

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 24. Juni 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements - Preis: vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne über deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereine und Bebauungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zweifache Zeilenbreite), jedes weitere Wort 10 Pf. Einzelzeilen und Schlusszeilen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Was ist's mit unserem Wahlrecht?

Im preussischen Abgeordnetenhaus gehen Dinge vor, die nachgerade auch die Geduld des Langmütigsten auf eine zu harte Probe stellen. Das preussische Abgeordnetenhaus hat jetzt ziemlich viel Zeit. Es ist ja überhaupt nur beisammen, weil das Herrenhaus verschiedene Vorlagen gründlicher als man erwartet hatte beraten und zum Teil geändert hat. Aber die Herren Privilegienritter verstehen es gründlich, die Zeit totzuschlagen. Seit einer Reihe von Tagen wiederholt sich stets dasselbe Schauspiel. Ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion erhebt sich und beantragt, den Antrag der Fortschrittspartei auf Einführung des Reichstagswahlrechts auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu stellen. Die Fortschrittspartei und die Nationalliberalen, obgleich diese Gegner des gleichen Wahlrechts sind, stimmen dem Antrag zu. Sie können sich darauf berufen, daß Konserervative und Zentrum sogar ausdrücklich zugefagt hatten, nach Erledigung der Budgetberatungen den Beratungen der Anteaße keinen Widerstand zu leisten. Die Konservativen widersprechen energisch. Sie sind prinzipiell in der Wahlrechtsfrage für den Druck aller Zusagen, von dem Versprechen der Thronrede angefangen. Dagegen versichert Herr von Redlich, wohl der verbissenste Feind des gleichen Wahlrechts, im Namen der Freikonservativen, gerne bereit zu sein, den Antrag zu diskutieren. Nur gerade am nächsten Sitzungstage sei keine Zeit dazu. Und Herr Dr. Vorsch, der Führer des Zentrums, ist ganz derselben Meinung. Er hat durchaus keine Scheu davor, den Wahlrechtsantrag zu verhandeln. Ist doch das Zentrum durchaus für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Nur leider, die Zeit ist zu weit vorgeschritten, und Zentrumsabgeordnete sind nur Menschen, die neben ihren öffentlichen auch noch zu Hause dringende private Pflichten zu erfüllen haben. Aber trotzdem, Herr Dr. Vorsch läßt die Hoffnung nicht sinken, daß noch vor Schluß der Session endlich der Tag gefunden werde, an dem ein paar Stunden der Besprechung des Wahlrechtsantrages gewidmet werden können. Kann man mehr verlangen? Und ist es nicht rührend, daß nicht nur Herr Dr. Vorsch, der Anhänger, sondern auch Herr von Redlich, der erbitterte Gegner des Reichstagswahlrechts für Preußen, mit ganz gleicher Bereitwilligkeit für die Beratung des freisinnigen Antrages eintreten? Sind sie daran schuld, daß sich bisher immer wieder gezeigt hat, daß gerade für diesen Antrag keine Zeit ist, weil so viel wichtigere Angelegenheiten vorliegen, wie zum Beispiel die Beratung der konservativen Interpellation über die Maul- und Klauenseuche oder die „zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Umlegung von Grundstücken in der Residenzstadt Posen“ oder die „erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Umlegung von Grundstücken in Köln“ oder die Besprechung des „dritten Verzeichnisses der von den Kommissionen für nicht zur Erörterung im Plenum erachteten Petitionen“, die am Donnerstag als erster Punkt auf der Tagesordnung stand?

Man sieht, dem preussischen Volk geht es so wie dem Arbeitmann Dehmels:
Und uns fehlt nur eine Kleinigkeit,
Um so frei zu sein wie die Vögel sind:
Nur Zeit!

Können die Herren von Redlich und Dr. Vorsch verantwortlich gemacht werden für die Kürze der Zeit? Gewiß nicht, und so wurde am Mittwoch der Antrag unserer Genossen ebenso abgelehnt wie an den Tagen vorher.

Aber das preussische Abgeordnetenhaus ist fleißig und nach dem Verlauf der Freitagssitzung mußte man die Hoffnung hegen, daß sich die nötige Zeit endlich finden würde, um am Montag den freisinnigen Antrag zur Beratung zu stellen. Selbst ein so streupulöser Freund des Wahlrechts wie Herr Dr. Vorsch und ein so streubelöser Gegner wie Herr von Redlich konnten nicht mehr behaupten, daß es am Montag an der nötigen Zeit mangeln werde.

Da geschah etwas ganz Merkwürdiges. Es war bekannt, daß am Schluß der Sitzung die Linke den Antrag auf Beratung der Wahlrechtsforderung stellen werde, trotz des Vetos König Seydewitzs. Herr Dr. Vorsch hätte natürlich mit Begeisterung diesmal für den Antrag gestimmt. Das Zentrum ist ja für das gleiche Wahlrecht. Mit der Linken zusammen hätte es die Mehrheit hergestellt. Freilich, die Konservativen hätten ein Niederlage erlitten. Aber die Konservativen sind ja Wahlrechtsfeinde und was hätte dem Zentrum lieber sein können, als den Wahlrechtsfeinden zu zeigen, daß sie selbst im Dreifachtslandtag nur eine Minorität seien.

Doch es kam ganz anders. Eben noch waren Zentrum und Konservative sehr stark im Hause vertreten gewesen. Da beantragte das Zentrum eine namentliche Abstimmung. Die Zentrumsmitglieder verließen größtenteils den Saal und diesen trefflichen Wahlrechtsfreunden schlossen sich die meisten konservativen Wahlrechtsfeinde im trauten Verein an. Nachdem der Auszug der Heiligen und Unheiligen erfolgt war, konnte Herr von Röcher mit befriedigtem Schminzeln die Beschlunnsfähigkeit des Hauses konstatieren. Seine „infamigen Jesuwiter“ hatten sich wieder einmal trefflich bewährt. Die Geschäftsordnungsdebatte über die Behandlung des

Wahlrechtsantrages war verhindert. Aber noch mehr: die Herbeiführung der Beschlunnsfähigkeit ermöglichte es auch, daß der Präsident eigenmächtig die Tagesordnung der nächsten Sitzung bestimmt. Und bei Herrn von Röcher kann man sich ja darauf verlassen, daß er nicht den Wahlrechtsantrag als ersten Punkt auf die Tagesordnung setzt. Die Taktik des Zentrums hat also bewirkt, daß es wieder fraglich geworden ist, ob die Beratung des Wahlrechtsantrages in dieser Session noch stattfinden wird.

Diese Taktik verdient es, genau dargestellt und wohl beachtet zu werden. Der Vorwand zu seinem Vorgehen vor dem Zentrum die dritte Beratung der Novelle zur rheinischen Landgemeindevordnung. Hierzu hatte es eine große Reihe von Anträgen gestellt, die teils eine Einschränkung des Einflusses der Großindustrie zugunsten der Landwirtschaft, teils wirkliche Verbesserungen bedeuteten. Hierzu gehört vor allem der Antrag auf Einführung der geheimen Wahl, den u. a. Genosse Reinert mit guten Argumenten befürwortete. Die Nationalliberalen, die im Prinzip für die geheime Abstimmung zu sein vorgeben, stimmten aber dagegen, und so wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, Fortschrittler und des Zentrums abgelehnt. Ein weiterer Antrag des Zentrums, der die Aufhebung der Arreststrafen für Unterbeamte im Geltungsbereich der rheinischen Gemeindevordnung bezweckt, wurde in namentlicher Abstimmung mit der gleichen Mehrheit abgelehnt. Hierbei zeigte es sich, daß das Haus reichlich beschlunnsfähig war. Was tat nun das Zentrum? Es brachte schnell einen Antrag ein, auch über die Frage der Wählbarkeit der Landbürgermeister namentlich abzustimmen, und nun fehlten plötzlich etwa ein halbes Hundert Zentrumslente und Konservative, die eben noch dagewesen waren. Nur die Führer blieben im Saal. Das Haus war beschlunnsfähig!

Die Perfidie dieser Jesuitentaktik bildet fürwahr ein würdiges Gegenstück zu dem niederrätigen Verrat, den das Zentrum beging, als es im Vorjahr im Bunde mit den Konservativen jede Reform des Wahlrechts vereitelte. Jetzt geht es sogar schon so weit, um — unrettbar der Knechtschaft der Junker verfallen — sogar jede Erörterung des Wahlrechts, die bloße Ausfrage zu vereiteln. Ob der blaueschwarze Block mit dieser hinterlistigen Taktik viel Glück haben wird, bleibt freilich abzuwarten. Wir meinen, daß wir heute schon mit dem vorläufigen Erfolg des sozialdemokratischen Eingreifens ganz zufrieden sein können. Das Drängen unserer Genossen hat das Zentrum entlarvt. Es gibt keinen denkenden Menschen, der nicht verstehen wird, daß das Zentrum die Beschlunnsfähigkeit mit Absicht und nur aus dem Grunde herbeigeführt hat, um der Beratung des Wahlrechtsantrages Steine in den Weg zu rollen. Ob diese parlamentarischen Künste ihm selbst auf dem parlamentarischen Felde etwas nützen werden, wollen wir in aller Ruhe abwarten. Schließlich kann ja die Wahlrechtsfrage auch in Form einer Interpellation zur Besprechung kommen und auch die Abstimmung, der das Zentrum heute entgangen ist, wird es auf die Dauer nicht vermeiden können. Auch vor dem Eingehen in die Tagesordnung der Montagsitzung kann ja die Frage gestellt werden, ob nicht das Haus statt der von Herrn v. Röcher vorgeschlagenen Punkte den Wahlrechtsantrag zur Beratung ziehen wolle.

Aber wie immer das parlamentarische Geplänkel jetzt ausgehen mag, der Verantwortung vor den Massen werden sich die Herrskalen Volksverräter nicht entziehen können. Sie haben den Junkern zuliebe die Besprechung der dringendsten politischen Forderung des preussischen Volkes in schmählicher und hinterhältiger Weise verhindert. Sie haben es verhindert in einem Moment, wo auch nicht der Schatten einer ernst zu nehmenden Nötigung für sie vorlag; verhindert, obwohl das Abgeordnetenhaus künstlich seine Zeit vertribelt, um nicht Zeit für die Beratung des Wahlrechtsantrages zu finden. Die Antwort dafür wird ihnen das preussische Volk erteilen:

Nur Zeit, wie wittern Gewitterwind,
Wir Volk!

Gewerkschaftsschule und Parteischule.

Als im Jahre 1906 die Vorbereitungen zur Schaffung der Gewerkschaftsschule und der Parteischule getroffen wurden, bestand zwischen den leitenden Organen der Partei und der Gewerkschaftsbewegung noch nicht die enge Fühlung, wie sie sich in den letzten Jahren erfreulicherweise je länger je besser angebahnt hat. Würde schon damals so wie heute jede wichtige Angelegenheit, die die Partei und die Gewerkschaftsinteressen in gleichem Maße angeht, rechtzeitig von ihren Anfangsstadien an gemeinsam besprochen und gefördert worden sein, so würde sicherlich auch das Bedürfnis nach Errichtung zentraler Bildungsanstalten zu diesen wichtigen gemeinsamen Angelegenheiten gerechnet und in gemeinsamer Arbeit erledigt worden sein.

Wenn an sich betrachtet erscheint es als der natürliche und zweckmäßige Zustand, wenn nur eine „Hochschule“ — wenn man diesen Ausdruck gebrauchen darf — für die organisierten Arbeiter in Berlin besteht, als wenn zwei derartige Institute nebeneinander wüssten.

Aber die Dinge gehen nicht immer ihren natürlichen Gang; es wirken mannigfache Umstände auf die Entwicklung mit ein, durch die der gerade Weg, wie ihn die abstrakte Erwägung vorschreibt, sehr oft verlassen und auf Umwegen und Nebenwegen umgangen wird.

Gerade die Entstehung, Einrichtung und Entwicklung der beiden Schulen zeigt, wie verschieden eine im Kerne gleichartige Idee verwirklicht werden kann. Die Notwendigkeit besserer Bildungsrichtungen bemächtigte sich in den ersten Jahren des vorigen Jahrzehnts immer größerer Kreise; auch der Plan zentraler Schulinstitute wurde in Zeitschriften und Zeitungen erörtert. Ueber die äußere Form solcher Schulen und über ihr Ziel und ihren Unterrichtsstoff gingen allerdings die Ansichten weit auseinander. Selbst über den Plan der gewerkschaftlichen Unterrichtsstufe herrschten innerhalb der führenden Gewerkschaftsgruppen zu Anfang große Meinungsverschiedenheiten. Daß die Funktionäre der modernen Arbeiterbewegung eine bessere Schulung haben mußten, darüber herrschte zwar allgemeines Einverständnis. Sollte aber diese bessere Schulung eine Verbesserung des Allgemeinwissens der Volksschule sein? Oder sollte sie ein besonderes Berufs- und Kampfwissen etwa im Sinne der jetzigen Gewerkschaftsschule bezwecken? Oder müßte die Schulung noch spezieller auf die praktischen Bedürfnisse der einzelnen Gewerkschaftsfunktionen zugeschnitten sein? Ein Aufzus, der alle Arten von Gewerkschaftsangeestellten, Verbandsleiter, Kassierer, Statistiker, Redakteure, Arbeitersekretäre, Bureaubeamte, Gau-, Bezirks- und Filialleiter usw. nach den gleichen Grundfäßen und mit den gleichen Stoffen unterrichtet will, wird vielen wenig Neues und anderen wenig unmittelbar Brauchbares bieten, und er wird trotz seiner längeren Dauer über ein allgemeines Durchschnittsniveau nicht hinauskommen. Was uns aber vor allem fehlt, sind Spezialkurse, die sich ein höheres Ziel setzen und die daran unmittelbar interessierten Teilnehmer auch intensiver bearbeiten können.“ So schrieb im Februar 1905 das „Correspondenzblatt der Generalkommission“.

Diese Auffassung hat sich aber in der Praxis zunächst nicht durchgesetzt. Die Gewerkschaftsschule kam in der Form zustande, daß alle Arten von Gewerkschaftsbeamten nach den gleichen Grundfäßen und mit den gleichen Stoffen unterrichtet wurden. Kurz danach wurde die Parteischule geschaffen, die noch weit über den Plan der Gewerkschaftsschule hinausging. Nicht nur, daß sie eine viel längere Dauer vorsah, sie beschränkte ihren Stoff auch nicht nur auf ein besonderes Wissen für Parteibeamte, sondern sie lehrte alle Teilnehmer, ganz gleich, ob sie vorwiegend politisch oder vorwiegend gewerkschaftlich tätig waren, ganz gleich auch, ob sie sich in Stellung befanden oder nicht, dasselbe allgemeine Wissen, das nötig ist, um den wissenschaftlichen Sozialismus zu begreifen, die historische-materialistische Denkmethode anzuwenden und die politische und gesellschaftliche Entwicklung in ihren Ursachen und Wirkungen zu begreifen.

Welche Form ist die richtige? Nach den fünf Jahren der Praxis muß es möglich sein, die kritische Sonde an die Institute zu legen, um zu prüfen, wo gebessert werden kann.

Man wird ohne weiteres zugeben, daß eine erspriehliche und wirkungsvolle Betätigung an irgendeiner Sonderaufgabe der modernen Arbeiterbewegung nur dann möglich ist, wenn man die Bedeutung und den Umfang der Gesamtaufgabe erkannt hat. Wer als Spezialfunktionär nur seine nächste Aufgabe kennt, wird im günstigsten Falle ein gewissenhafter Bureaukrat und Handlanger sein, also kein selbstbewußter und kardenfender Klassenkämpfer. Darum hat die deutsche Arbeiterbewegung von ihrem Anbeginn an den höchsten Wert darauf gelegt, daß jeder einzelne Arbeiter sich über die historische Aufgabe der Arbeiterklasse, über ihr Endziel und über die Grundsätze ihres Kampfes durch fleißiges Studium nach Möglichkeit klar werde.

Wenn man das anerkennt, kann man auch nicht bestreiten, daß eine solide theoretische Grundlage die nächste und unentbehrliche Voraussetzung für jedwede praktische Arbeit im Dienste der Arbeiterklasse ist. Ein solche Grundlage bemüht sich die Parteischule ihren Schülern zu geben. Sie setzt dafür sechs volle Monate an, und Lehrer wie Schüler sind sich darüber klar, daß diese Zeit eher viel zu knapp als zu lang bemessen ist.

Die Gewerkschaftsschule sieht für ihren Unterricht nur sechs Wochen vor; anfänglich waren es sogar nur vier Wochen. Ferner beschränkt sie sich in dieser kurzen Zeit nicht auf wenige wichtige theoretische Grundfächer, sondern sie läßt über eine große Reihe praktischer Spezialfächer vortragen. Immerhin gibt sie keine Spezialbildung, wie sie das „Correspondenzblatt“ in dem oben zitierten Artikel für notwendig hält. Sie ist eine Art Zwitterding zwischen dem damaligen Ziel des „Correspondenzblattes“ und der Parteischule. Ob sie in dieser Form für die Gewerkschaftsbewegung eine große Bedeutung gewonnen hat, darüber gibt der Bericht und die Debatte auf dem Gewerkschaftskongreß vielleicht näheren Aufschluß.

Ein Antrag, der dem Kongreß vorliegt, verlangt eine Vereinigung der beiden Schulen. Dieser Antrag wird sicherlich abgelehnt werden. Und das vorläufig mit Recht. Denn die Zeit für eine solche Vereinigung ist noch nicht gekommen. Ob sie einmal kommen wird, ist eine Frage, die sich nicht ohne weiteres mit Ja oder Nein beantworten läßt. Wir halten es für wahrscheinlich, doch können wir einer Vereinigung nur das Wort reden, wenn sie auf der Grundlage der pädagogischen Prinzipien der Parteischule möglich ist.

Aber diese Bedingung ist erfüllbar. Es ist eine Kombination der Parteischule mit dem erwähnten Plane des „Correspondenzblattes“ aus dem Jahre 1905 denkbar, die darin besteht, daß an den allgemeinen theoretischen Unterricht der Parteischule Sonder-

Kurse für die Theorie und Praxis einzelner Spezialfunktionen, so für Arbeitersekretäre, Redakteure, Gewerkschaftsbeamte, angegliedert werden. Ob dadurch der jetzige Lehrplan der Parteischule von dem einen oder anderen Spezialfach entlastet werden könnte, wäre eine Frage praktischer Erwägung. Wenn die verschiedenen Arten von Partei- und Gewerkschaftsangehörigen in den Fächern, die für alle gleich sein müssen, nicht zuletzt im Interesse der festeren inneren Einigung von Partei und Gewerkschaften, gemeinsam unterrichtet worden sind und sich die nötige theoretische Grundlage erworben haben, dann — aber auch nur dann — haben Spezialkurse ihre Bedeutung und unter Umständen einen ganz hervorragenden Wert. Es versteht sich ganz von selbst, daß durch die Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften auf diesem Gebiete auch die finanzielle Basis der parteigenösslichen Hochschule so verbreitert und befestigt werden würde, daß ihre quantitative Leistungsfähigkeit erheblich erhöht werden könnte.

Aber eine solche Entwicklung der beiden Schulen muß abgewartet werden. Jeder vorzeitige und gewaltsame Eingriff kann der Entwicklung mehr schaden als nützen. — Heinrich Schulz.

Gefängnisfolter.

Wir konnten gestern melden, daß dem Genossen Daxl von der Erfurter „Tribüne“, der zurzeit eine dreimonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen hat, nach einigen Schwierigkeiten Selbstbestätigung gewährt worden ist. Heute können wir mitteilen, daß auch dem Genossen Heilmann von der Chemnitzer „Vollstimme“, der in Zwickau eine sechsmonatliche Gefängnisstrafe verbüßt, Selbstbestätigung, das Tragen eigener Kleidung und Selbstbelästigung gestattet wurde.

Bei dieser Gelegenheit muß aber daran erinnert werden, daß unserem Genossen Mehlisch von der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ im Gefängnis zu Lingen noch wie vor alle Vergünstigungen vorenthalten werden, die Gesetz und Gefängnisordnung gewähren. Ueber einen Monat schon muß Genosse Mehlisch im Gefängnis Sprengstoffhüllen anfertigen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß das keine Beschäftigung für einen geistigen Arbeiter ist und welche unnötige Härte darin liegt, einen Redakteur sechs Monate von jeder Kenntnis dessen, was in der Welt vorgeht, fernzuhalten. Von den körperlichen und seelischen Qualen, die mit einer so monotonen und geistlosen Arbeit wie das Gefäßmischen verbunden sind, wollen wir gar nicht reden.

Befremdet werden muß, daß die bürgerliche Presse, mit ganz verschwindenden Ausnahmen — und auch diese nur mit ein paar Zeilen — von der skandalösen Behandlung unseres Genossen Mehlisch gar keine Notiz genommen hat. Immerhin hat wenigstens der Verband deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine in dieser Woche auf seiner Tagung eine Resolution angenommen, die für Journalisten, die bei Ausübung ihres Berufes in die Fesseln des Paragrafenrechtes geraten sind, Selbstbestätigung, Selbstbelästigung und das Tragen eigener Kleidung verlangt. Der Fall des Genossen Mehlisch gibt den Herren Gelegenheit, durch die Tat und in ihren Blättern zu beweisen, daß es ihnen mit ihrer Forderung ernst ist, und daß ihre Courage weiter reicht, als bis zur Zustimmung zu einer platonischen Resolution.

Als feinerzeit Genosse Markwald in Königsberg im Gefängnis mit Regestricken beschäftigt wurde, erhob auch die anständige bürgerliche Presse ihre Stimme neben der sozialdemokratischen, und der öffentliche Anwalt verlangte die Behörden, die moderne Gefängnisfolter gegen den Rechtsübler fallen zu lassen. Der Fall Mehlisch ist aber genau so empörend, wie der Fall des Genossen Markwald. Es sei denn, daß das „Verbrechen“ Mehlischs — Belästigung eines Kaplans — viel härter gefaßt werden muß, als ein Konflikt mit dem § 95 (Majestätsbeleidigung). Man möchte fast meinen, daß die hartnäckige Härte gegen Mehlisch eine Konzession an die dunklen Zentrumskräfte ist, die ihr Mäntelchen an einem unerfahrenen Kritiker läßteln wollen.

Die Gefängnisbehörde in Lingen und ihre vorgelegten Infranzosen müssen sich mit ihrem rigorosen Vorgehen gegen Mehlisch recht sicher fühlen. Sie scheinen der bei der preussischen Bureaokratie weit verbreiteten Meinung zu sein, daß man sich gegen Sozialdemokraten alles erlauben darf. Wir machen den Justizminister darauf aufmerksam, daß die gegen Mehlisch angewandte Gefängnisfolter in Widerspruch steht mit ministeriellen Äußerungen über den Strafvolzug. Sollen wir ihn weiter daran erinnern, daß die Justiz in anderen Fällen die weitgehendste Milde üben kann? Wir denken da an die Annehmlichkeiten, die einst Prinz Arzberg im Gefängnis geboten wurden und an die geradezu übermenschenmäßige Rücksichtnahme der Justiz auf die zarte Gesundheit des Fürsten Eulenburg. Wir verlangen gar keine besonderen Gnadenbeweise für inhaftierte Redakteure; wir fordern nur, daß ihnen als politische Gefangene die Vergünstigungen zuteil werden, die die Gefängnisordnung zuläßt.

Von der Parteipresse und auch von der anständigen bürgerlichen Presse erwarten wir, daß sie die skandalöse Behandlung des Genossen Mehlisch noch nachdrücklicher als bisher der Öffentlichkeit unterbreitet. Wenn die preussische Justizbehörde dann weiter bei ihrer Hartnäckigkeit beharrt, so beweist sie, daß sie im Jahre 1911 nicht um ein Haar besser ist als ihre Vorgängerin im Amte, die vor hundert Jahren den heute so geehrten Turnvater Jahn im Gefängnis schlamerte.

Der Polizeipräsident und Verwaltungsrat.

Paris, 21. Juni. (Fig. Ver.)

Der geschätzte Hüter der bürgerlichen Ordnung, der vieles wissende und darum so mächtige Polizeipräsident Lépine, dessen moralische Stellung durch die Kometen-Affäre und dessen professionelles Ansehen durch die Katastrophe von Joffe-Moulineau allerdings beträchtlich erschüttert worden ist, hat gestern in der Kammer die Ehre — wenn auch nicht das Vergnügen — einer speziellen Würdigung gehabt. Lépine, der ein schätzwürdiger Mann ist — dieser Umstand erklärt vielleicht seinen besonderen Eifer bei der Unterdrückung von Arbeiterdemonstrationen und beim „Schutz“ von „Arbeitswilligen“ — ist im Nebenamt Verwaltungsrat der Suezkanalgesellschaft. Die Stellung hat zwei Annehmlichkeiten: Sie gibt nichts zu tun und sie bringt jährlich mindestens 50 000 Frank ein. Es gibt nun Leute, die meinen, ein Beamter dürfe nicht interessierter Funktionär eines Unternehmens sein, daß bei Gelegenheit in einen Konflikt mit den Staatsbehörden kommen könnte. Zu ihren Wortführern machten sie die Deputierten Berrissoud, ein Radikaler, und Genossen Rouanet, die in Resolutionen die Regierung aufforderten, die Inkompatibilität gewisser staatlicher Verwaltungsfunktionen mit denen bei industriellen oder Finanzgesellschaften — Rouanet nannte das Kind beim Namen und sprach in seinem Antrag direkt vom Polizeipräsidenten — gesetzlich festzustellen. — Die Diskussion war für Herrn Lépine keineswegs angenehm. Berrissoud erzählte die charakteristische Anekdote, daß der gestrenge Polizeipräsident im Namen der Inkompatibilität einen Schumann aus dem Hallendiertel, der eine Markfrau

heiratet hatte, aufgefordert hat, zwischen seinem Amt und dem Handel seiner Frau zu wählen. Er wies auch auf die Affäre Durand hin, die damit endete, daß der mit einer Böhrenfirma assoziierte Untergebene des Herrn Lépine in Untersuchung gezogen wurde. Gen. Rouanet erinnerte daran, daß 1890, zur Zeit der Panama-Affäre, Strafanzeigen gegen den Präsidenten und den Generalsekretär der Suezkanalgesellschaft erstattet wurden. Wie hätte sich Herr Lépine in einer solchen Situation verhalten?

In dieser unangenehmen Situation entstand dem Polizeipräsidenten ein Helfer in der Person eines weiter unbekannteren Deputierten Maginot, der Herrn Lépine als „guten Bürger, nützigen Mann, gewissenhaften, mustergültigen Beamten“ usw. feierte. Zugleich aber wies er darauf hin, daß im Prinzip die Inkompatibilität eines öffentlichen Amtes mit einer Verwaltungsfunktion auch für ihn feststehe und die Kommission auch einen diesbezüglichen Entwurf angenommen habe. Er beantragte darum Vertagung. Damit erklärte sich auch der Staatssekretär Constant, der Sprecher der Regierung, da Herr Lépine vorher, wie es heißt, tüchtig eingeeizelt hat, einverstanden. Die deutliche Absicht war also, hinter dem großen Schild des „Prinzips“ Lépine einschließen zu lassen. Genosse Rhyens beantragte nun, dieses Prinzip sofort in einer Resolution auszudrücken. Das aber war nicht die Absicht der Schützer Lépines, die vielmehr auf der Verweisung an die Kommission bestanden. Diese wurde dann auch mit 423 gegen 145 Stimmen angenommen und Herr Lépine war gerettet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juni 1911.

Shdow und die Fortbildungsschule.

Das Wolffsche Teleg.-Bureau verbreitet folgende, allem Anschein nach direkt aus dem Handelsministerium stammende Mitteilung:

Handelsminister Dr. Shdow hat seine Stellung zu den Kommissionsbeschlüssen über den Entwurf betreffend die Errichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen folgendermaßen präzisiert:

Er habe zu Anfang der zweiten Beratung gesagt, daß es sein Wunsch und seine Hoffnung wäre, durch die zweite Lesung in der Kommission noch zu einem Einvernehmen über die Gestaltung des Gesetzesentwurfs zu kommen. Er habe damals die Punkte bezeichnet, um die es sich gehandelt hätte; nämlich Fortfall des obligatorischen Religionsunterrichts, das heißt keine Bestrafung für die Versäumnis desselben, die Weislichen nicht als geborene Mitglieder des Schulvorstandes und drittens die Ausführung des Gesetzes durch ihn, den Handelsminister, allein, ohne Hinzunahme eines anderen Ministers, in diesem Falle des Kultusministers. Nun habe die Kommission zwar im Punkte der Gestaltung des Religionsunterrichts als fakultativer Einrichtung scheinbar Entgegenkommen geübt. Tatsächlich habe sie dieses Entgegenkommen wieder rückgängig gemacht durch die Festsatzung, die für den Strafvorbehalt gegeben habe, indem die Versäumnis des Religionsunterrichts zwar nicht strafbar sein sollte, durch einen Zwang aber doch ein Zwang zum Besuch des Religionsunterrichts für die jungen Leute herauskäme. Dies sei der eine Punkt, der für ihn unannehmbar sei. Der andere Punkt sei die Beteiligung des Kultusministers. Von allen Seiten wäre anerkannt worden, daß sich die Fortbildungsschulen in den 20 Jahren, die sie unter dem Handelsministerium ständen, ausgezeichnet entwickelt hätten. Handel und Gewerbe wie die Kommunalverwaltungen, die Vertretungen des Handwerks und des Handels wären darin einverstanden und hätten wiederholt auf das lebhafteste anerkannt, wie gut die Fortbildungsschulen sich entwickelt hätten. Durch die Vorlage würde an der grundsätzlichen Gestaltung der Fortbildungsschulen nichts Wesentliches geändert. Infolgedessen könne er auch keinen Anlaß anerkennen und wäre es für ihn unannehmbar, daß neben ihm der Kultusminister als ausführendes Organ bezeichnet würde, und dies um so weniger, als die Bestimmung über die Verteilung der Geschäfte auf die verschiedenen Ressorts ein Vorrecht der Krone sei. Er bedauere, daß wegen dieser sachlichen Meinungsverschiedenheiten der Gesetzesentwurf, so wie er sich jetzt gestaltet habe, für die Staatsregierung unannehmbar sei, müsse aber die Verantwortung für diesen Verlauf des gesetzgeberischen Unternehmens den Mehrheitsparteien überlassen, die im Widerspruch zur Staatsregierung dem Gesetz eine Form gegeben hätten, die unannehmbar sei.

Eine preussische Kulturtat.

Die Zwangspolitik der preussischen Regierung in Nordschleswig hat eine Frucht gezeitigt, die an unsozialem Geiste alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt. In Lendemarck, einem Dorfe Nordschleswigs, wohnt der Arbeiter Jens Jensen, der dänischer Staatsangehöriger ist, und der von allen Seiten, selbst vom Gemeindevorstand und dem Pastor des Kirchspiels, als ein fleißiger und tüchtiger Arbeiter geschätzt wird. Im August 1908 hatte der Arbeiter Jensen das Unglück, bei seiner Arbeit einen Unfall zu erleiden, dessen Folge ein langes Krankenlager und die Amputation eines Beines oberhalb des Knies war. Das Schicksal fast aller im Dienste des Kapitals zum Krüppel gewordenen Arbeiter wurde auch Jensen nicht erspart, er mußte lange um seine Rente kämpfen. Erst durch Schiedsgerichtsurteil vom 11. Februar 1910 wurde ihm eine Rente zugesprochen und zwar für die Zeit vom 1. Juli 1909 bis 1. Juli 1910 eine Rente von 800 R., von da an jährlich 400 R. Als Jensen aus dem Krankenhaus entlassen war, veranlaßte der Geistliche des Kirchspiels eine Sammlung für den Krüppel, für deren Ertrag dem Krüppel ein Holzbein beschafft wurde. Das sollte sowohl dem menschenfreundlichen Geistlichen als auch dem armen Krüppel verhängnisvoll werden. Der Geistliche wurde bestraft, weil er ohne Erlaubnis eine Kollekte veranstaltet hatte.

Schlimmer aber erging es dem Krüppel. Bisher hatte er eine sogenannte widerrufliche Niederlassungserlaubnis gehabt, das heißt, sie mußte jedes Jahr erneuert werden, was bisher auch geschehen war. In einem Schreiben vom 3. Februar dieses Jahres teilte der Landrat dem Jensen mit, daß seine Niederlassungserlaubnis nicht erneuert werden könne. Die deutsche Presse in Nordschleswig erklärte dazu, der Grund dafür sei, daß die Gefahr vorliege, Jensen könne der Armenpflege zur Last fallen. Eine eigenartige Logik. Ein fleißiger, tüchtiger Arbeiter wird bei der Arbeit zum Krüppel, eine amtliche Behörde, die Berufsgenossenschaft, sorgt durch ihren bürokratischen und von antisozialem Geiste besessenen Geschäftsgang dafür, daß der Krüppel möglichst lange auf eine Rente warten muß, und nachdem sie ihn dadurch erst recht in Not gebracht hat, kommt eine andere amtliche Behörde, der Landrat, und nimmt diese Not zum Anlaß, die Erneuerung der Niederlassungserlaubnis zu verweigern.

In einem weiteren landräulichen Schreiben vom 2. Juni d. J. wurde darauf dem Krüppel Jensen mitgeteilt, weil er sich ohne Erlaubnis in Lendemarck niedergelassen habe, habe er innerhalb zwei Wochen den Ort zu verlassen.

Widerwillig er ausgewiesen würde. Zugleich wurde in dem Schreiben an den Krüppel gemeldet, daß sich die Hamburgische Baugewerk-Verufsgenossenschaft bereit erklärt habe, die Rente, mit dem dreifachen Jahresbetrage abzulösen. Bereits durch Beschluß vom 13. Juni d. J. dekretierte denn auch schon die Berufsgenossenschaft, daß sie dem Jensen als Ausländer einen dreifachen Betrag der Jahresrente zuerkannt habe, weil er im Laufe kurzer Zeit das Gebiet des Deutschen Reiches verlassen müsse. Sie verlangte von Jensen, er solle sich unterschriftlich verpflichten, daß er auf weitere Forderungen verzichte.

Im § 95 des Unfallversicherungsgesetzes heißt es nämlich: „Mit der Beschädigte ein Ausländer, so kann er, sobald er seinen Wohnsitz in dem Deutschen Reich ausübt, auf seinen Antrag mit dem dreifachen Betrag der Rente abgefunden werden.“ Jensen hatte aber weder einen Antrag an die Berufsgenossenschaft gestellt, noch ihr irgendwelche Mitteilung gemacht. Landrat und Berufsgenossenschaft haben also Hand in Hand gearbeitet.

Jensen verweigerte aber die Unterschrift und richtete ein Gesuch an den Landrat, er möge ihm die Erlaubnis geben, daß er bis zum Inkrafttreten der neuen Reichsversicherungsordnung in Deutschland bleiben könne. Die Reichsversicherungsordnung enthält nämlich eine Bestimmung, nach der Ausländer, die gegen ihren Willen gezwungen werden, das Land zu verlassen, die ihnen zuerkannte Unfallrente weiter beziehen können. Dienstag, den 20. Juni, erhielt Jensen eine Verfügung vom Landrat, daß er des Landes verweisen sei und unverzüglich das Deutsche Reich zu verlassen habe, widrigenfalls er in eine Gefängnisstrafe von 150 R. eventuell zwei Wochen Gefängnis genommen werde. Auf dem Landratsamt in Londern, wo der Ausgewiesene eine schriftliche Beschwerde abgeben wollte, wurde ihm mitgeteilt, er werde zwangsweise von der Polizei über die Grenze transportiert werden, wenn er bis Donnerstag (22. Juni) das Land nicht verlassen habe.

Jensen hat sofort telegraphisch Beschwerde bei der Regierung erhoben und will es auf die gewaltsame Ausweisung ankommen lassen. Wie die Sache abgelaufen ist, ist bis zum Niederschreiben dieser Zeilen nicht bekannt. — Ob das Kesseltreiben gegen den Krüppel Jensen ein Stück der preussischen Weltpolitik in Nordschleswig ist, ob es von sozialpolitischer Sparsamkeit diktiert wird, oder ob beides zutrifft, kann im Augenblick nicht festgestellt werden. Dem Ansehen des preussischen „Kulturstaates“ wird dadurch jedenfalls ein schwerer Schlag versetzt.

Konservative und Minister.

In einer liberalen Wählerversammlung in Bieberstein im Wahlkreise Postenburg-Verden hat am letzten Sonntag, wie die „Königsb. Post. Ztg.“ berichtet, der konservative Rittergutsbesitzer v. Egan-Krieger das interessante Geändnis gemacht: Die konservative Partei habe den Kanzler Bülow gestützt, wie eben ein Besitzer seinen Knecht wegjage, der nicht das Letzte, was man von ihm verlange! —

Herr v. Egan-Krieger hat damit die Auffassung der Konservativen von ihrem Verhältnis zu den Ministern richtig charakterisiert. Tatsächlich sehen die Junker in den Ministern nur ihre „Knechte“, die alle ihnen von der konservativen Parteilung übertragenen Dienstverrichtungen ohne Widerspruch zu erfüllen haben, auch die Hinterräumung des konservativen Rüstes. Sondernlich hoch ist diese Wertschätzung des Ministeramtes ja nicht, sie entspricht aber den politischen Tatsachen.

„Eine Werkhütte praktischer Sozialpolitik“

nennt die „Königsche Zeitung“ die rheinisch-westfälische Sätten- und Balzwerks-Verufsgenossenschaft. Warum? Weil in der Sätten- und Balzwerksindustrie die Arbeiter am ärgsten ausgebeutet werden, weil dort die längsten Arbeitszeiten, die meisten Unfälle und die traurigsten Gesundheitszustände unter den Arbeitern herrschen? Nein, der „Königschen Zeitung“ imponieren die Namen der großen Herren, die auf der jüngsten Genossenschaftsversammlung anwesend waren, jeder Name eine wirtschaftliche Macht; ihr imponieren die großen Zahlen, mit denen der Jahresbericht aufwartet; vor allen Dingen aber imponieren ihr die schmeichelhaften Worte, womit der auf der Genossenschaftsversammlung anwesende Präsident Kaufmann vom Reichsversicherungsamt das soziale Pflichtgefühl der Herren von der schweren Industrie pries. Der Herr Präsident sagte:

Es war mein Wunsch, Ihnen heute den aufrichtigen Dank der Aufsichtsbehörde für das auszusprechen, was Sie in den vergangenen 25 Jahren im Dienste der Unfallversicherung geleistet haben. Das warme Lob, das ich bei der eindrucksvollen Gedankfeier in den letzten Herbst in Berlin den gesamten Verufsgenossenschaften spenden konnte, darf auch Ihre Verufsgenossenschaft für sich in Anspruch nehmen. Auch bei Ihnen hat die berufsgenossenschaftliche Selbstverwaltung den hochgepriesenen Erwartungen des Gesetzgebers voll auf entsprochen. Auch bei Ihnen haben die ehrenamtlichen Organe selbstlos und opferwillig sich als dienende Glieder einem großen Ganzen angeschlossen. Die oft mühevollen ehrenamtliche Tätigkeit ist auch bei Ihnen zu einer freudig geübten Pflicht geworden. Die Unternehmer sind auch bei Ihnen hochherzig darauf bedacht gewesen, die Arbeiterfürsorge weit über die Grenzen des Gesetzes auszu dehnen. Vor allem war Ihrer Verufsgenossenschaft das Glück beschieden, an ihrer Spitze held Männer mit hellem Kopf und warmem Herzen zu haben.

Diese Rede nimmt sich höchst auffällig auch gegenüber den Reden, die längst von der Regierung und den bürgerlichen Parteien gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen gehalten wurden. Lob und Preis den Unternehmern, die in den Verufsgenossenschaften ihr selbstherrliches Regiment führen! Hinweg mit den Arbeitern, die in den Krankenkassen einen ihren Beiträgen entsprechenden Einfluß beanspruchen und für diesen Anspruch mindestens soviel Einsicht, Erfahrung und Selbstlosigkeit ins Feld zu führen haben, wie die Herren Unternehmer in ihren Verufsgenossenschaften!

Präsident Kaufmann wünschte zum Schluß, daß die Arbeit der Verufsgenossenschaft auch in Zukunft getragen sein möge von dem Gedanken, daß in dem Willen für das Wohl der Gesamtheit die höchste Verwirklichung, das reinste Glück, in der Sorge für den Schutz und das Wohl des wirtschaftlich Schwachen die vornehmste Pflicht des tätigen Mannes erkannt werden muß. Damit dienen Sie auch den höchsten Interessen des Vaterlandes. Denn demjenigen Volke wird in dem heißen Wettringen der Nationen die Siegespalme zuteil werden, das im Kampfe gegen menschliches Elend die größten Erfolge, das den Schutz der wirtschaftlich Schwachen am wirksamsten durchzuführen vermag. Es ist Ihnen gelungen, durch die Arbeiterversicherung die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, die Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Arbeit zu heben und zu befestigen. Möge es unseren Nachfahren vergönnt sein, durch die Arbeiterversicherung auch die Seelen der Arbeiter zu gewinnen und eine Veröhnung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schauen.

In das glänzende Bild „von der hochherzigen Arbeiterfürsorge“ und der „gehobenen“ und „gefestigten“ Lage der Arbeiter brachte der Vortrag, den der Vorsitzende über die Entwicklung der Genossenschaft

schafft seit 25 Jahren hielt, doch einige recht störende Glieder. Der Vorsitzende konnte nicht verschweigen, daß die glänzende Entwicklung, bei der eine gewaltige Vermehrung der Produktion Hand in Hand ging mit einer höchst erfreulichen wirtschaftlichen Hebung der Arbeiterkraft, auch eine dunkle Rückseite gehabt hat in der großen Zunahme der Unfälle und der dadurch entstandenen Verletzung. In unserer Berufsvereinschaft stieg die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle von 388 im ganzen und 5 auf je 1000 Versicherte im Jahre 1888 auf 2581 und 15 auf je 1000 Versicherte im Jahre 1910, es hat sich also die Zahl der Unfälle im Verhältnis zur Arbeiterkraft in diesen 25 Jahren verdreifacht. Der Betrag der gezahlten Unfallentschädigung war im Jahre 1888 pro Kopf der Versicherten 95 Pf. und auf 1000 M. Lohn 80 Pf., dagegen im Jahre 1910 rund 271/2 M. pro Kopf und 171/2 M. auf 1000 M. Lohn. Im ganzen mußten an die Verletzten und ihre Angehörigen 521/2 Millionen Mark Entschädigungen gezahlt werden, während die gesamte Unfallversicherungsumlage die Werke mit mehr als 65 Millionen Mark belastete.

Als Erklärung und Entschuldigung dieses „trüben Ergebnisses“ gab der Vortragende die Natur der zu verrichtenden Arbeit an, das Hartieren mit schweren Maschinen und elementaren Kräften, den häufigen Arbeitswechsel usw. Nur eines vergaß er: die überlange Arbeitszeit in der Gütten- und Walzwerkindustrie, die geringe Entlohnung und die sonstigen Mißstände im Dasein der Arbeiter, die die Unfallgefahr geradezu herausfordern. Freilich, hätten die Herren von der schweren Industrie diese Dinge in der Ehrlichkeit und der Vollständigkeit aufgeführt, wie es von Seiten der davon betroffenen Arbeiter gefordert ist, was bliebe dann von der „Wertstätte praktischer Sozialpolitik“ und wenn die „Nachfahren“ der heutigen Unternehmer in den Bahnen ihrer Väter wandeln, wird es ihnen auch kaum gelingen, die „Seelen der Arbeiter“, wie Präsident Kaufmann es wünscht, zu „gewinnen“.

Kaiserdank und Junkerhag.

Nachdem der Kaiser dem Reichskanzler seinen Dank für die Durchsetzung des elsaß-lothringischen Verfassungsgesetzes abgeleitet hat, hat nun auch der Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, die kaiserliche Anerkennung für seine Bemühungen gefunden. Es wurde ihm nämlich das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub in Brillanten, dem Direktor im Reichsamte des Innern, Franz Caspar, der Wilhelm-Orden und dem Direktor im Reichsamte des Innern, Dr. Theodor Lewald, der Stern zum königlichen Kronenorden zweiter Klasse verliehen.

Der Hag der Krant- und Schlotjunker gegen den Staatssekretär wird dadurch schwerlich besänftigt. Sie werden gegen ihn intrigieren, bis er aus den bekannten Gesundheitsrückichten seinen Abschied nehmen muß.

Die Steigerung der Getreide- und Brotpreise.

Im Auftrage des Königsberger Magistrats hat das Statistische Amt der Stadt Königsberg eine Schrift über die monatliche Bewegung des Gewichts und der Preise für Roggenbrot und Weißbrot, die Großhandelspreise von Roggen und Weizen und über die Kleinhandelspreise von Weizenmehl und Roggenmehl 1902 bis 1910 herausgegeben. Die Schrift zeigt, wie außerordentlich die höheren Preise von 1902, die im Jahre 1906 in Kraft traten, das Brot und Mehl verteuert haben. So wog ein Roggenbrot für 50 Pf. im Jahre 1904 noch 2500 Gramm, im Jahre 1905 aber nur 1724 Gramm, macht einen Unterschied von 785 Gramm. Das Gewicht eines Franzbrotes (Weißbrotchen) betrug im Jahre 1903 72 Gramm; im Jahre 1909 sank das Gewicht auf 51 Gramm. Eine Semmel wog im Jahre 1903 66 Gramm, im Jahre 1909 nur 48 Gramm. Ein Zwieback wog im Jahre 1904 89, im Jahre 1908 nur 29 Gramm. Ein Weizenbrot wog im Jahre 1904 83 Gramm, im Jahre 1909 25 Gramm.

Im Jahre 1904 kostete das Kilogramm Roggenbrot 20,050 Pf., im Jahre 1908 29,810 Pf. Das Kilogramm Weißbrot stellte sich im September 1905 auf 38,833 Pf., im Juni 1909 auf 54,973 Pf. Der Großhandelspreis für Weizen stellte sich im Jahre 1902 auf 14,87 M. für 100 Kilogramm, im Jahre 1909 aber auf 25 M., was eine Spannung von 10,63 M. ausmacht. Im Jahre 1903 betrug der Roggenpreis für 100 Kilogramm 12,08 M., im Jahre 1907 aber 20,85 M., also mehr 8,77 M.

Im Kleinhandelspreis kostete im Jahre 1903 ein Kilogramm Weizenmehl 32 Pf., im Jahre 1908 aber 42 Pf. Roggenmehl kostete im Jahre 1903 das Kilogramm 25 Pf., im Jahre 1909 aber 39 Pf., macht eine Steigerung von 14 Pf. Von Mitte 1909 macht sich wohl ein Abflauen der Preise bemerkbar, doch erreichen die Preise lange nicht den Stand von 1903 und 1904, und in diesem Jahre sind die Getreidepreise und Brotpreise wieder gestiegen, so daß sie den Stand von 1908 erreicht haben.

Das Statistische Amt stellt weiter fest, daß die Bewegung des Roggenbrotpreises ziemlich gleichmäßig mit der des Roggenpreises verläuft. Allerdings macht ersterer nicht alle großen und schnellen Sprünge mit, die Bewegung des Roggenbrotpreises ist gemäßigter; sie geht einerseits nie so tief hinab wie der Roggenpreis, steigt aber auch nie so hoch wie dieser. Die Bewegung des Weizenbrotpreises und des Weizenpreises zeigt aber außerordentliche Verschiedenheiten. Zwar folgt der Weizenbrotpreis einer Aufwärtsbewegung des Weizenpreises in der Regel recht schnell; dagegen hielt sich der Weizenbrotpreis von Dezember 1907 bis Juli 1908 andauernd recht hoch, trotzdem der Weizenpreis in dieser Zeit bedeutend sank. Vielfach folgte der Weizenbrotpreis mehr der Bewegung des Roggen- als des Weizenpreises.

Die konservative Stichwahlparole.

Die parlamentarische „konservative Korrespondenz“ bestätigt die gestern von uns mitgeteilte Erklärung der „Deutschen Tagesztg.“, daß die Mehrzahl der bei der Vertagung der konservativen Partei beteiligten Herren die Sozialdemokraten und Freisinnigen bei den Reichstagsstichwahlen als gleichwertig behandeln wollen. Das Herdenbrüllende Antisemit drückt nämlich die Verhöhnung der „Deutschen Tagesztg.“ ab und sagt ihr hinzu:

„Wir können diese, dem Standpunkt des Herrn Grafen Schmetzin entgegenstehende Auffassung namens unserer Partei nicht bestätigen. Wir vermögen einen Unterschied zwischen Sozialdemokraten und deren Helfern nicht gelten zu lassen und müssen im übrigen die Entscheidung über die in den einzelnen Wahlkreisen zu beobachtende Stellung zur Stichwahl lediglich von tatsächlichen Gründen unserer Parteiinteressen abhängig machen.“

Immer wieder Verpöhlungsversuche.

Ein Schlosser Odemar war vom Schöffengericht Magdeburg-Budau wegen Diebstahls eines Auslasses zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Er legte Verurteilung ein und behauptete in der Verhandlung vor dem Magdeburger Landgericht (21. Juni), die ihn belastenden Angaben des Kriminalschutzmanns Horn stimmten nicht. Dieser habe ihn aufgefordert, der Polizei Spieldienste zu leisten, zu diesem Zwecke Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins zu werden und ihm Berichte über die Verhandlungen und Beschlüsse dieses Vereins zu bringen. Für jeden Bericht solle er 10 M. bekommen. Er habe es aber abgelehnt, Verzet zu üben und sich dadurch mißliebiger gemacht. Das Landgericht hob wegen ungenügenden Beweises das Urteil des Schöffengerichts auf und sprach den Angeklagten frei.

Zwei Urteile der Militärjustiz.

Das Oberkriegsgericht der Hochseeflotte in Kiel hatte am Mittwoch über die Verurteilung eines Heizers vom Linienfährt „Westfalen“ zu befinden, der vom Kriegsgericht des ersten Geschwaders in Wilhelmshaven wegen tückischen Angriffs auf Vorgesetzte zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Er hatte im fernen Ausland verschiedene Vorgesetzten den Gehorsam verweigert, hatte einem Obermaat einen Bein gestoßen und auf den Fuß getreten, gegen einen anderen Obermaat war er mit dem Kopf angerannt. In der psychiatrischen Abteilung des Marine Lazarets, der der Angeklagte zur Beobachtung überwiesen worden war, wurde festgestellt, daß sein Großvater im Delirium gestorben, sein Vater ein Trinker und im Armenhause untergebracht und er selbst teils im Waisenhause, teils von seinem Onkel erzogen worden sei. Die Zeugenangaben des Onkels und andere Feststellungen ergaben, daß der Angeklagte, wenn er betrunken ist, vollständig bewußlos handelt. Der Sachverständige, Oberstaabsarzt Dr. Schmidt, befand, daß die Wahrscheinlichkeit vorliegt, daß der Angeklagte in einem krankhaften Zustand gehandelt hat. Das Gericht aber entschied, daß weder die Wahrscheinlichkeit, noch die Möglichkeit bestehe, daß der Angeklagte im pathologischen Zustande gehandelt habe, er sei für seine Tat voll verantwortlich. Das Urteil lautete auf ein Jahr neun Monate Gefängnis. — An demselben Tage hatte das Kriegsgericht der ersten Marineinspektion über einen Torpedobootmaat vom Schulschiff „Friedrich Karl“ zu urteilen, der einen Matrosen mit dem Fuß in das Gesicht getreten hatte, daß der Getretene starke Schmerzen verspürte, und hatte ihn Schwein genannt. Das Urteil lautete auf zwei Tage gelinder Arrest. — Da wird der Sozialdemokrat immer von den Patrioten antimilitaristische Agitation vorgeworfen, und sie hat es bei solchen Urteilen der Militärjustiz wirklich nicht nötig, antimilitaristische Agitation zu betreiben.

Demission des französischen Ministeriums.

Paris, 23. Juni. Die gestrige Abstimmung in der Kammer über das Proportionalwahlrecht hat gezeigt, daß der größte Teil der Radikalen, die den Kern der Regierungsmajorität bilden, gegen den Proporz, für den die Regierung sich ausgesprochen, Stellung genommen hat. Heute blieb das Ministerium bei einer an sich unwichtigen Frage über den Oberbefehl der Armee im Kriegsfalle in der Minorität.

Wir erhalten hierzu folgendes Privattelegramm:

Unter patriotischer Maske haben die über den gestrigen Sieg des Proporztes wütenden Radikalen, wie auch die heutige „Lanterne“ ankündigt, der Regierung erbarmungslos den Krieg bereitet. Sie heucheln Entrüstung, weil für den Proporz auch die Progressiven eingetreten. In Verbindung mit den Monarchisten haben die Radikalen die Ministerkrisis heraufbeschworen. Anscheinend arbeitete auch Delcassé (?) auf die Krise hin, weil er auf das Vertrauensvotum bestand, während die anderen Minister auch Monis einfache Tagesordnung akzeptiert hätten. Die Krise ist für die Sieger ohne Gewinn, da nur Proporzministerium möglich, wahrscheinlich Caillaux.

Ueber die Kammerstimmung berichtet „B. T. B.“:

Da die Kammer in der Interpellationsdebatte über die Senatsrede des Kriegsministers die vom Justizminister im Namen der Regierung abgelehnte einfache Tagesordnung mit 248 gegen 224 Stimmen angenommen hat, wird das Ministerium als gestürzt angesehen. In der Kammer rief das Abstimmungsergebnis große Aufregung hervor, gleichwohl blieben die Minister ruhig auf ihren Plätzen, und ein sozialistischer Deputierter bestieg die Rednertribüne, um eine Interpellation über die Länderkongressionen in Tunis zu begründen, doch wurde von der Opposition ein solch anhaltender Lärm verursacht, daß der Vizepräsident Etienne sich genötigt sah, die Sitzung zu unterbrechen. Nach Wiederaufnahme derselben vertagte sich die Kammer bis Dienstag. In den Wandgesprächen der Kammer verlautet, daß mehrere Minister gegen den Justizminister heftige Vorwürfe erhoben, weil er sich nicht mit der einfachen Tagesordnung begnügt habe. Es heißt, daß Ministerpräsident Monis telephonisch erklärt habe, daß er die einfache Tagesordnung annehme.

Oesterreich.

Folgen der Reichsratswahlen.

Es sind alle Aussichten vorhanden, daß der Ausfall der Wahl dem Ministerium Wienert den Garau machen wird. Herr Dr. Weiskirchner hat ja schon demissioniert, und wenn auch diese Demission noch nicht erledigt ist, so nur deshalb, weil man noch nicht weiß, ob nur einzelne seiner bisherigen Ministerkollegen oder gleich das gesamte Ministerium sein Schicksal teilen soll. Die Demission des Ministeriums Wienert, das stets bemüht war, den Absolutismus der Krone gegen das Parlament des gleichen Wahlrechts zu stärken, würde für die Befundung der politischen Verhältnisse Oesterreichs von großer Bedeutung sein. Freilich zögert Herr Wienert noch und möchte sich gerne von seinen Regierungsparteien ein Vertrauensvotum ausstellen lassen. Der „freihetliche“ deutsche Nationalverband ist natürlich dazu bereit. Aber den Christlichsozialen brennen die Prügel noch zu sehr auf den Rücken. Sie haben keine Lust, sich sofort wieder der unpopulären Regierung zur Verfügung zu stellen und haben heute in einer Konferenz beschlossen, sich sowohl den anderen Parteien als der Regierung gegenüber völlig freie Hand vorzubehalten. Das sieht einer Abgabe an Herrn von Wienert so ähnlich, wie ein Ei dem andern. Fallen aber die Christlichsozialen von der Regierungsmajorität ab, so ist Herr von Wienert geliefert und dem politischen Tod verfallen.

Und dem politischen Tod verfallen ist bereits der schlimmste und gefährlichste Reaktionsär unter den österreichischen Politikern, der Dr. Albert Seymann. Er hat sein Wiener Gemeindeparlament, ebenso wie Herr Dr. Weiskirchner, und seine Stelle im Landesparlament, wo er der unermüdete Vorkämpfer der Merkantilisierung der Schule gewesen ist, niedergelegt. Das Landtagsmandat hat er freilich noch behalten und ebenso das einträgliche Landesauschussmandat. Wo es Dämon zu verbienen gibt, da verzichtet ein Herrmann nicht so schnell. Daß er aber nochmals seine unheilvolle politische Tätigkeit in vollem Umfange aufnehmen kann, ist wohl ausgeschlossen. Das gleiche Wahlrecht ist ein gerechter Richter.

In Krakau wurde gestern in der Stichwahl Genosse Weresel gewählt. Die sozialdemokratische Fraktion zählt jetzt 80 Mandate.

Frankreich.

Die Wahlreform.

Paris, 22. Juni. Die Kammer hat heute bei Beratung der Wahlreform mit 341 gegen 223 Stimmen einen Zu-

stimmungsbericht, der die Wahl der Kammermitglieder auf Grund von Majoritätswahlen festsetzen will. Dieses Abstimmungsergebnis bedeutet einen großen Erfolg der Anhänger der Proportionalwahlen.

Studentenpolitik.

Paris, 23. Juni. Heute vormittag wurde ein von allen hiesigen Studentenvereinigungen unterzeichneter Aufruf angehängt, in dem in überaus heftigen Worten gegen einen aus Anlaß der Auflösung des elsaßischen Studentenzirkels in einem Straßburger Blatte erschienenen Artikel Einspruch erhoben und zur Teilnahme an einem Protestmeeting aufgefordert wird, das am Sonntagabend stattfinden soll. (In dem Artikel der „Straßburger Post“ wurden die Pariser Studenten in gleichgültigster Weise wegen ihres angeblichen unethischen Lebenswandels angelegelt und ihnen die deutschen Studenten als edles Muster vorgeführt. Deutsche und französische Nationalisten sind schon wieder einmal bemüht, sich gegenseitig in die schmutzigen Hände zu werfen.)

Türkei.

Eine Niederlage in Arabien.

London, 23. Juni. Wie dem Reuterschen Bureau aus Hodeida vom 17. Juni gemeldet wird, überfiel eine starke Abteilung aufständischer der Vorhut Rahamed Ali Paschas, die aus vier Bataillonen mit vier Kanonen bestand und drei Meilen von Djisan entfernt lagerte, tödete tausend und verwundete 500 Soldaten. Die Truppen flohen, von den Rebellen verfolgt, in Unordnung nach Djisan. In der Verwirrung wurde bardierte ein türkisches Kanonenboot Djisan und tödete und verwundete einige hundert Soldaten. Die Araber erbeuteten vier Kanonen, zwei Maschinengewehre, zweitausend Gewehre, eine große Menge Munition und Vorräte und zogen sich dann zurück. Der Befehlshaber der Truppen war nicht anwesend.

Marokko.

Die spanische Kammer über das Marokko-Abenteuer. Madrid, 23. Juni. Kammer. Der Republikaner Soriano interpellierte gestern die Regierung über das Vorgehen Spaniens in Marokko. „Warum gehen wir nach Marokko?“ fragte er, „da wir nicht wissen, welche Rechte wir in Afrika haben?“ Der Republikaner Robes erklärte, die Ausstüftung der Truppen in Marrasch, zu der Spanien durch keinen Vertrag ermächtigt sei, bedeute in den Augen Europas den ersten Schritt zur politischen Isolierung. Der Republikaner Azcarate sprach sich gegen jeden Gedanken einer Eroberung in Marokko aus. Spanien dürfe seine vertraglich eingegangenen Verpflichtungen nicht verletzen. Ein Krieg würde den Ruin Spaniens bedeuten. Der Sozialist Galejas trat die Ansicht, daß die Lage jetzt viel schlimmer sei als zur Zeit der Kämpfe bei Melilla, da die Mauren jetzt von den Franzosen getrieben würden. Der Deputierte Amado, Direktor der „Correspondencia Militar“, betonte, das marokkanische Problem sei auch das Problem der nationalen Integrität Spaniens. Der frühere Minister Villanueva erklärte, bevor Spanien den Teil des Riffes Marokkos erobern, in dem Marrasch liegt, sollte es sich den Besitz desjenigen Teiles sichern, in dem es sich bereits befindet. Man müsse jedenfalls darauf bedacht sein, daß aus der zwischen Marokko, Spanien und Frankreich schwebenden Frage nicht eine europäische Frage werde. Ministerpräsident Canalejas erklärte, es gebe weder einen Konflikt noch selbst eine Schwierigkeit zwischen Frankreich und Spanien. Gehen wir eine Politik intimer Herzlichkeit mit Frankreich fort! (Beifall.) Bevor wir nach Marrasch gehen, haben wir es den Mächten mitgeteilt. Der Ministerpräsident versas hierauf die betreffende Mitteilung. Eine hohe französische Persönlichkeit habe gesagt, wenn ein von einem spanischen oder französischen Offizier befehligter Lator angegriffen wird, so muß von derjenigen Macht, der der Offizier angehört, eine Landung vorgenommen werden. Wenn man also in Tetuan landen mußte, so konnten es nur die Spanier tun. In Melilla müssen wir zum Schutze gegen Angriffe kriegerischer Stämme keine Verteidigungsanlagen anlegen an Stellen, die dazu geeignet sind, deren Besetzung aber sonst keine Bedeutung hat. Gerade das geht auch in Marrasch vor sich. Die Regierung wird die Algecirasakte achten. Canalejas besonte des weiteren die Reklamation der Absichten Spaniens. Der Sozialist Galejas erwiderte dem Minister, indem er noch mehr behauptete, es handle sich um eine Teilung Marokkos. Canalejas erklärte aber, weder darum noch um etwas Ähnliches handle es sich. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Haus der Partei.

An die örtlichen Bildungsausschüsse!

Die Fragebogen über die Bildungsarbeit des letzten Jahres, die bis zum 16. Juni an die Geschäftsstelle des Bildungsausschusses (Berlin SW. 68, Lindenstraße 3) zurückgeschickt werden sollten, sind erst zum Teil bei uns eingegangen. Wir ersuchen die Bildungsausschüsse, die Fragebogen nunmehr sofort auszufüllen und an uns einzusenden.

Bildungsausschüsse, die bis jetzt keinen Fragebogen erhalten haben, sind bei uns nicht gemeldet. Wir bitten sie um sofortige Anmeldung, damit wir ihnen noch einen Fragebogen senden können. Bei Orten, in denen noch kein Bildungsausschuss besteht, ersuchen wir die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, den Fragebogen von uns einzufordern.

Der Bildungsausschuss, J. A.: Heinrich Schulz.

Sozialreform und Arbeiterfreundlichkeit. Eine Abrechnung. Rede des Reichstagsabgeordneten H. Fischer zur dritten Beratung der Reichsversicherungsordnung. Unter obigem Titel ist die wirkungsvolle Rede des Genossen Fischer als Broschüre erschienen. (Verlag Buchhandlung Vorwärts.) In ihr ist nicht nur alles zusammengefaßt, was die sozialdemokratische Partei veranlassen mußte, gegen die Reichsversicherungsordnung zu stimmen, sondern sie bildet zugleich eine flammende Anklage gegen die Arbeiterfreundlichkeit der Mehrheitsparteien im allgemeinen und die politische „Sauberkeit“ der Konserverativen im besonderen. Die Broschüre ist eine ausgezeichnete Bereicherung unseres Agitationsmaterials im bevorstehenden Wahlkampf. — Der Preis der Broschüre ist 15 Pf.

Pölkzliches, Berichtliches usw.

Preßpragel.

In einem Artikel des „Thüringer Volksfreundes“, der sich mit der Kandidatur des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Enders-Sonneberg für Weimar-Ilpolda beschäftigte, war gesagt, die Fortschrittler in Weimar-Ilpolda hätten es schon einmal mit einem Sonneberger Produkt versucht. 1890 sei der Spielwarenfabrikant Samhammer durch sozialdemokratische Stichwahlhilfe in den Reichstag gekommen. Aber das sei einmal gewesen; denn wie die Kinder, wenn sie reifer und verständiger würden, ihr Spielzeug — eine Sonneberger Puppe oder einen Hanswurst — in die Erde werfen, machten es auch die politischen Kinder. Die kommenden Reichstagswahlen würden zeigen, daß der Geschmack an Sonneberger Spielzeug verloren gegangen sei. Samhammer klagte, und das Sonneberger Schöffengericht verurteilte den Genossen Schmetzer zu 150 M. Geldstrafe. Die Strafkammer in Koburg ermächtigte die Geldstrafe auf 100 M. In der Verhandlung hat Samhammer um besondern Schutz; er könne sich in Sonneberg nicht mehr auf der Straße blicken lassen, ohne daß ihm „Hanswurst“ nachgerufen werde.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe im Jahre 1910.

Das lithographische Gewerbe dient in erster Linie der Herstellung von Reklame- und Luxusartikeln und ist im besonderen auf den Weltmarkt angewiesen. Durch die Zoll- und Handelspolitik ist aber das amerikanische Absatzgebiet beinahe völlig unterbunden und auch nach den anderen Ländern ist die Ausfuhr jetzt sehr erschwert, beinahe unmöglich. Daneben ist auch in Deutschland durch die Einführung der Tabaksteuer eine große Verringerung der Bedarfs an lithographischen Tabakpackungen eingetreten, so daß dadurch die Arbeitslosigkeit im lithographischen Gewerbe schon seit langer Zeit außerordentlich groß ist. Eine Hebung ist auch kaum mehr zu erwarten, eher kann noch eine weitere Einschränkung des Gewerbes durch die Lage des Weltmarktes eintreten.

Diese große Arbeitslosigkeit veranlaßte viele Mitglieder des Verbandes, dem Berufe den Rücken zu kehren oder ins Ausland auszuwandern, wodurch ein Mitgliederabgang eingetreten ist. Am Anfang des Berichtsjahres hatte der Verband 17 505 Gehilfenmitglieder und 3277 Lehrlingsmitglieder und am Ende des Jahres 1910 waren nur noch 16 723 Gehilfenmitglieder und 3025 Lehrlingsmitglieder in 153 örtlichen Zahlstellen vorhanden, wobei beachtet werden muß, daß dem Verbande circa 90 Proz. aller Berufangehörigen als Mitglieder angehören. — Der Verband gewährt seinen Mitgliedern bei einem Wochenbeitrag von 1,80 M. Unterstützungen in fast allen Lebenslagen, was aus nachstehenden Ausgabeposten hervorgeht. Es wurde im Jahre 1910 verausgabt für: Pflegeunterstützung (drei Viertel des verdienten Lohnes und für jedes Kind 1 M. extra) 10 222,35 M., Rechtschutz 1511,94 M., Umzugunterstützung (bis 180 M.) 15 315,88 M., Reiseunterstützung (3 Pf. pro Kilometer Luftlinie) 20 351,05 M., Arbeitslosenunterstützung (pro Woche 9 bis 15 M.) 158 158,75 M. Außerdem wurde an die statutenmäßig ausgesteuerten Arbeitslosen für die fernere Dauer ihrer Arbeitslosigkeit eine kleine wöchentliche Extrazustützung ausgezahlt (die Ledigen erhielten wöchentlich 3 M., die Verheirateten 5 M.), die Gesamtausgabe hierfür betrug im Jahre 43 424 M. An Krankenunterstützung für Gehilfenmitglieder (pro Woche 10,80 M. auf die Dauer von 52 Wochen) wurden 282 112,40 M. und an Lehrlingsmitglieder (bei einem Wochenbeitrag von 10 Pf. — 3 M. Krankengeld) 17 573 M. ausgezahlt. Für der Mitgliedschaft, auf die Dauer der Invalidität) wurden an 304 Invaliden 104 954 M. verausgabt und für Witwenunterstützung (die hinterbliebenen Witwen verstorbener Mitglieder erhalten auf Lebenszeit 2,50 bis 3,50 M. wöchentlich) wurde im Jahre an 306 Witwen 53 901,58 M. ausgezahlt. Für Sterbegelder wurden insgesamt 16 133,80 M. verausgabt (für Gehilfenmitglieder je 50 bis 100 M., deren Frauen 50 M. und für verstorbene Lehrlingsmitglieder 25 bis 50 M.). Trotz dieser hohen Ausgaben sind die Kassenverhältnisse des Verbandes günstig. Die Gesamteinnahmen betragen im Jahre 1910 1 178 756,00 M. und die Gesamtausgaben 1 049 511,38 M., so daß ein Reinerüberschuß von 129 244,71 M. zu verzeichnen ist. Das Gesamtvermögen aller Klassen des Verbandes (einschließlich des Kassenbestandes der vorhandenen Invalidenkasse in Liquidation) beträgt am Schlusse des Berichtsjahres 943 547,59 M.

Ferner ist hervorzuheben, daß im Jahre 1910 trotz der ungünstigen Wirtschaftslage im Gewerbe eine ganze Reihe erfolgreicher Lohnbewegungen geführt wurden, die für die Mitglieder wesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse brachten. — Insgesamt fanden im Jahre 1910 in 121 Orten 164 Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen statt, die sich über 408 Betriebe mit 5714 Beschäftigten erstreckten. Von diesen Bewegungen endeten 145 mit 5221 Beteiligten erfolgreich, 5 mit 258 Beteiligten teilweise erfolgreich und 14 mit 235 Beteiligten erfolglos. Durch die Gesamtzahl der Bewegungen wurde für 1979 Personen Arbeitszeitverlängerungen von 3009 Stunden wöchentlich, für 2131 Personen Lohnverhöhungen von 3026 M. wöchentlich und für 2227 Personen sonstige Verbesserungen erreicht. Die Gesamtausgaben für diese geführten Bewegungen betragen 83 317 M.

Alles in allem hat trotz der Lage des Gewerbes und trotz der außerordentlich ungünstigen Lage des Gewerbes und trotz des dadurch hervorgerufenen Mitgliederabganges seinem Zwecke und seinen Aufgaben tatkräftig gedient. Er gab den Mitgliedern in allen Notlagen des Lebens einen festen Rückenhalt und wirkte unablässig für die Hebung der Lage des Berufes.

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Portefeulle- und Reiseartikel-Tatler.

Nachdem die Ergebnisse der zentralen Tarifverhandlungen von den Arbeitern als zu gering und deshalb unannehmbar erklärt worden waren, fanden in den in Frage kommenden Städten örtliche Verhandlungen statt. In Berlin wurde am 19. d. M. verhandelt und dabei in der Hauptsache die folgenden Ergebnisse erzielt: Die jetzt 54 Stunden wöchentlich betragende Arbeitszeit wird auf 53 Stunden gekürzt, und zwar so, daß täglich 9, Sonnabends 8 Stunden gearbeitet wird. Vom 1. Juli 1914 ab soll Sonnabends nur noch 7 Stunden gearbeitet werden, so daß die wöchentliche Arbeitszeit 52 Stunden beträgt. Einen Lohnabzug bringt die Verkürzung der Arbeitszeit nicht mit sich. Vom Unternehmer angeordnete Feiertage müssen bezahlt werden. Die Mindeststundenlöhne betragen bisher im ersten Gesellenjahre für Tatler 40, für Portefeulle 37 Pf., im zweiten Gesellenjahre 42, bzw. 39 Pf., im dritten Gesellenjahre 44, bzw. 41 Pf. Jetzt sollen beide Arbeiterkategorien gleichmäßig entlohnt werden, und zwar mit 43 Pf. im ersten, 47 Pf. im zweiten, 50 Pf. im dritten Gesellenjahre. Anstatt des bisherigen allgemeinen Durchschnittslohnes von 50 Pf. wurde ein Mindestlohn von 55 Pf. festgesetzt. Die Stanzler sind den gelernten Arbeitern hinsichtlich der tariflichen Entlohnung gleichzustellen, wenn sie mindestens zwei Jahre im Beruf tätig und mindestens 20 Jahre alt sind oder 3 Jahre im Beruf und 19 Jahre alt sind. Den Affordarbeitern wird bei noch nicht kalkulierten Artikeln ihr Durchschnittsverdienst der letzten acht Wochen garantiert. Auf keinen Fall dürfen sie weniger als den vertraglichen Mindestlohn erhalten. Alle gelernten Zeitarbeiter, sowie die beruflich tätigen Hilfsarbeiter erhalten vom 1. Juli d. J. ab eine Lohnverhöhung von 5 Proz. Diejenigen, welche am 1. Juli 1913 weniger als 34 M. pro Woche verdienen, erhalten wieder eine Lohnverhöhung von 5 Proz. — Die Mindestlöhne der Arbeiterinnen unter 16 Jahren betragen 17 Pf. im ersten, 20 Pf. im zweiten, 23 Pf. im dritten, 25 Pf. im vierten Halbjahr. Ungeübte Arbeiterinnen über 16 Jahre erhalten 23 Pf. in den ersten sechs, 25 Pf. in den folgenden drei, 28 Pf. in den weiter folgenden drei Monaten. Nach Ablauf dieser Zeit erhalten sie die Löhne der folgenden Kategorien: Stubie Hilfsarbeiterinnen 30 Pf., Zuschneiderinnen und Stepperinnen 32 Pf. im dritten, 35 Pf. im vierten Halbjahr ihrer Beschäftigung. Perfekte Stepperinnen erhalten 38, perfekte Paplerinnen 40 Pf. — Die Affordlöhne aller bis zum 30. Juni 1911 eingeführten Artikel werden durchschnittlich um 5 Proz. erhöht. — Die Entschädigung für den Arbeitsraum der Heimarbeiter soll in derselben Weise wie in Offenbach geregelt werden. — Unter den vorstehenden Bedingungen soll der Vertrag auf fünf Jahre abgeschlossen werden. Unter außerordentlich starkem Andrang fand am Donnerstag eine Branchenversammlung der Portefeulle- und Reiseartikel-

Verbandes statt, welche zu den Ergebnissen der Tarifverhandlung Stellung zu nehmen hatte. Der Referent Schulze trug die Verhandlungsergebnisse vor und empfahl namens der Kommission die Annahme derselben. Die geforderte 53stündige Arbeitszeit werde zwar nicht sofort, aber doch während der Vertragsdauer erreicht. Ebenso sei es mit der Forderung einer Lohnverhöhung von 10 Proz. Auch diese trete für die Zeitarbeiter während der Dauer des Vertrages in Kraft. Den Affordarbeitern sei zwar nur eine Zulage von 5 Proz. bewilligt, doch sei es ein nicht geringer Fortschritt, daß die Kommission bei den Preisfestsetzungen neuer Artikel mitzureden habe. Die Löhne der Arbeiterinnen sei so wie gefordert bewilligt worden. Der einzige Punkt, der wesentlich hinter den Wünschen der Arbeiter zurückbleibe, sei die fünfjährige Vertragsdauer. Im übrigen seien die Forderungen so weit erfüllt, daß es sich nicht lohne, deswegen in einen Kampf einzutreten. Die Kommission empfehle die Annahme des Vertrages. Trotz aller Bemühungen habe die Kommission nicht mehr für die Kollegen erreichen können.

In der sehr ausgedehnten Diskussion machte sich eine scharfe Opposition gegen den Vorschlag der Kommission bemerkbar. Unter anderem wurde gesagt, die Verhandlungen hätten für die Kofferarbeiter so gut wie nichts gebracht. Besonders scharf wurde die fünfjährige Vertragsdauer bekämpft und der Tarif mit dieser Bestimmung für unannehmbar erklärt.

Nachdem Schulze nochmals die Gründe dargelegt hatte, welche für die Annahme des Tarifs sprechen, wurde derselbe in geheimer Abstimmung mit 888 gegen 271 Stimmen angenommen.

Der Streik bei den Vereinigten Berliner Mäntelwerkern und in der Kalksandsteinfabrik von Robert Gutmann in Niederlehme dauert fort. Die Hoffnung der Arbeitgeber, daß die Organisationen nur sechs Wochen Unterstützung zahlen, ist ja nun schon schanden geworden und haben sie jetzt ihre Erwartungen darauf gesetzt, daß die Streikenden wankelmütig werden und anlaufen kommen. Mit den anspruchsvollen Stahlmännern scheint man es jetzt doch überdrüssig zu haben. Diese Elemente verstehen es ausgezeichnet, die Forderungen der Arbeitgeber auszunutzen; haben sie doch in den fünf Wochen ihrer Ausdauerfertigkeit den Lohn von 18 auf 24 M. bei freier Verpflegung gebracht.

In den letzten Tagen hat nun auch die Kalksandsteinfabrik ihre Agenten, Revisor, Nachtwächter usw. auf die Streikbrecherjagd geschickt. Unter welchen Vorwänden die Leute angeworben werden, schildern dieselben folgendermaßen: Es wurde ihnen gesagt, sie wären für eine neue Fabrik bestimmt, und da die Berliner doch keine Lust zum Arbeiten hätten, wolle man sich von Schweißnähern Leute holen; als Lohn wurde ihnen die Stunde 40 Pf. versprochen. Bei ihrem Eintreffen wurde ihnen erst klar, daß sie als Streikbrecher verdemtet werden sollen, und wurde es ihnen auch offenbart, daß der Lohn nur 30—32 Pf. die Stunde beträgt. Als nun einzelne dieser Opfer ihr Jagdnetz zur Rückfahrt verlangten, und einige in etwas derben Worten ihrem Unwillen Luft machten, wurden sie von der Polizei in das Spriehaus gebracht, statt daß den Leuten zu ihrem Rechte verholfen wurde. Die Streikleitung hat sich dieser Leute angenommen und dürfte es der Firma Kalkgemacht werden, daß — wenn man Arbeiter unter Verpiegelung solcher Tatsachen anwirbt — dieselben Anspruch nicht nur auf Jagdlohn, sondern auch auf Entschädigung haben; hat man doch einen Teil dieser Leute direkt aus der Arbeit gerissen. Wenn auch in Niederlehme augenblicklich für die Streikenden sowie für die christlichen Opfer des Schwindels Ausnahmegesetze bestehen, und sie hier bei niemandem Recht erhalten, so dürfte doch an anderer Stelle das Verhalten der Polizei sowie der Verleitungen eine andere Beurteilung erfahren.

Zugang nach Niederlehme ist streng fernzuhalten. Alle arbeitserfreundlichen Blätter, besonders die polnischen, werden um Abdruck gebeten.

Deutsches Reich.

Der Väterstreik in Mannheim mit einem vollen Siege beendet.

Auf Ansuchen der Innung fanden am Montag, den 19. Juni, Unterhandlungen mit den Organisationsvertretern der Gehilfen vor dem Gewerbegericht unter Vorsitz des Rechtsrats Dr. Erdel statt. Beide Parteien einigten sich zur Abschließung des Tarifvertrages, der bis zum Eintritt in die Unterhandlungen mit 169 Unternehmern, bei denen 238 Gesellen beschäftigt sind, anerkannt wurde. Der Tarif gilt auf 3 Jahre; in Betracht kommen 308 Betriebe mit 355 Gesellen. Erreicht wurde die vollständige Beseitigung des Kost- und Logiszwanges im Hause des Arbeitgebers, 11stündige Arbeitszeit; im ersten Beschäftigungsjahre 5 Tage, im zweiten Jahr 7 Tage Ferien. Ueberstunden werden mit 50 Pf. bezahlt. In die Arbeitsnachweisungskommission, in der von Gesellen bis jetzt die Gesellenausschussmitglieder vertreten waren, wird nach dem Vertrag ein Organisationsvertreter der Gehilfen mit beratender Stimme zugezogen. Die Kontrollinstanz des Arbeitsnachweises ist das Tarifamt. — Dieser Erfolg konnte nur errungen werden durch das einmütige Zusammenhalten der Streikenden und durch den Vorkost der organisierten Arbeiterschaft; die Ankündigung des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes zum Gegenboikott kam nicht zur Ausführung.

Erfolgreicher Brennerarbeiterkampf.

Der Anfang März in der Brennerlei Gaderer in Wetz. holl entstandene Kampf um das Koalitionsrecht ist jetzt zugunsten der Arbeiter beendet. Herr Gaderer hatte den Vertrauensmann der Organisation entlassen und von den anderen Arbeitern den Austritt aus dem Brennerarbeiterverband verlangt. Deshalb traten die Arbeiter in den Streik, dem der Vorkost des Gadererschnapses folgte. Am den Vorkost unwirksam zu machen, hatte Gaderer gegen eine Anzahl Personen, Kartelle und Zeitungen den Erlass einseitiger Verfügungen beim Landgericht Essen beantragt, wonach es bei Strafe von je 1000 M. für den Fall verboten sein sollte, gegen den Gadererschnaps Stimmung zu machen. Der Antrag auf Erlass der einseitigen Verfügung wurde am 28. Mai vom Landgericht Essen zurückgewiesen, und nun war Gaderer auch zum Frieden geneigt. Er verpflichtete sich zur Respektierung des Koalitionsrechtes seiner Arbeiter, zur sofortigen Einstellung von fünf der Ausständigen und der noch weiter vorhandenen bis zum 1. Juni 1911.

Eine Fahne für die Gelben!

Der gelbe Bund der Väter- und Konditorgehilfen ist bekanntlich auch bei der verflochtenen Lohnbewegung der Väter seiner Lebensaufgabe treu geblieben, indem er die Arbeitgeber im Kampfe gegen die Arbeiterinteressen unterstützt hat. Das konnte den Meistern allerdings nicht helfen und den Sieg des Väterverbandes nicht aufhalten, geschweige denn verhindern. Doch das liegt nur daran, daß dem gelben Bunde noch ein Pf. fehlt. Wenn er das erst hat, dann mag sich der Verband vorsehen. Um welches Randermittel es sich handelt, das verrät ein Schreiben, welches die sechs Berliner Mitgliedschaften (zusammen etwa 100 Mitglieder) des gelben Bundes der Väter- und Konditorgehilfen an Berliner Mehlhändler verfaßt haben. Das kursive Schreiben lautet:

Beachtl. Firma!

Nach sehr langer reiflicher Überlegung kamen die hiesigen sechs Mitgliedschaften zu dem Entschluß, daß ihnen in ihrem schweren Kampfe gegen den sozialdemokratischen Väterverband ein Symbol fehlt, um welches sie sich scharen wollen. Daher haben alle Mitgliedschaften beschlossen, eine gemeinsame Fahne zu stiften. Da es denselben nun nicht möglich ist, neben der so großen Agitation aus eigenen Mitteln die Fahne anzuschaffen, so treten wir an Sie mit der Bitte heran, ebenfalls einen Beitrag zum Fahnenfonds zu stiften. Wir fügen unserm Schreiben zu diesem Zwecke eine Anweisung bei und wir danken schon im voraus für die so freundliche Unterstützung.

Wohl haben wir dabei erwogen, daß eine Fahne mehr Luxus sei, jedoch heute in der politisch wie gewerkschaftlich so zerrütteten Zeit ist auch eine Fahne geeignet, das nationale Gefühl sowie

auch die Treue zu Kaiser und Reich immer mehr zu erwecken. Schon aus diesem Grunde bitten wir Sie, unserem höchsten Besuch Gehör zu schenken.

Hochachtungsvoll

Das Fahnenkomitee. P. Seidel, Vorsitzender.

Na also. Wenn die Gelben erst die erbetelte Fahne haben und Schmiegert, von dem wir die ekelhafte Schmutzerei berichteten, eventuell das „Symbol im Kampfe gegen den sozialdemokratischen Väterverband“ vorantreibt, dann kann ja der Erfolg nicht ausbleiben.

Ausland.

Vom Seemannsstreik.

England. Am 14. zum 15. Juni wurde bekanntlich der Streik in allen englischen Häfen erklärt. In den darauf folgenden Tagen konnte der Streik nicht mit voller Wucht wirken, weil die Mehrzahl der Schiffe ihre Befahrung angemustert hatte, bevor der Streik erklärt war. Diese Mannschaften waren gezwungen, den unterzeichneten Heuervertrag einzuhalten. Deshalb waren am 16. und 17. d. M. erst wenige Schiffe von der Bewegung ergriffen, am 18. Juni begann jedoch der Streik richtig einzusetzen. Auf 200 Küstendampfern bewilligten die Reeder die volle Forderung von 35 M. pro Woche. Das bedeutet in vielen Fällen eine wöchentliche Erhöhung von 7 M. Die Mannschaften von über 200 Wochen-dampfern reichten am Sonnabend ihre Kündigung ein. Sobald diese Dampfer einlaufen, müssen sie liegen bleiben. Bis zum 19. Juni gelang es den Reedern, aus sämtlichen Häfen nur 10 Schiffe mit Streikbrechern besetzt auslaufen zu lassen. Einige von diesen Schiffen hatten unvollständige Befahrung an Bord und noch dazu unfähige Leute. Im Hafen von Southampton ist die Lage unbedeutend. Eine große Zahl Hafenarbeiter erklärten sich mit den Seeleuten solidarisch. In Dublin, wo die Seemannsunion keine Abteilung hat, übernehmen die Hafenarbeiter die Führung. Die großen Dampfer, die Wochen-dampfer, auf denen der Mannschaft die geforderten 35 M. pro Woche noch nicht bewilligt waren, wurden blockiert. Dadurch wird der ganze Verkehr zwischen Dublin und Liverpool, Glasgow und Dublin in Mitleidenschaft gezogen. In der Nordostküste von England ist die volle Heuererhöhung bewilligt worden. Schiffe, die nicht bewilligten, verblieben im Hafen. In Liverpool sieht die Bewegung sehr gut. Die dortigen Gesellschaften verhandeln mit der Union und bewilligten eine Heuererhöhung von 10 M. pro Monat. In Bristol Channel warten viele Schiffe auf Befahrung. Geseigt wurde in vielen Fällen, aber es zögern auch Schiffe mit der Absicht in der Erwartung, daß der Streik bald zusammenbrechen werde. Die Hafenarbeiter in Hull sind nicht organisiert, die Seeleute jedoch haben eine lokale Organisation, die etwa 800 Mitglieder zählt. Diese lokale Organisation stand dem Streik bisher ablehnend gegenüber. Die Mitglieder beschloffen, sich ebenfalls zu beteiligen, nachdem ein Vertreter der Union in diesem Sinne zu ihnen gesprochen hatte. In Manchester liegt ein Duzend Schiffe still. Die Hafenarbeiter sind an der Bewegung stark beteiligt. In Southampton blockieren die Hafenarbeiter die Schiffe der nichtbewilligten Reeder. In London ist die Position sehr gut. Die Seeleute weigern sich, unter Lire 5,10 anzumustern. So war die Situation bis zum 19. Juni. Nach neueren Mitteilungen der englischen Organisationsleitung macht der Streik überall Fortschritte. Die Shipping Federation ist in orger Verlegenheit. Ueber 3000 Hafenarbeiter in Glasgow haben sich dem Streik angeschlossen. Die Eisenbahnarbeiter und die Mannschaften der großen Dampfer in Greenock, einem Hafen bei Glasgow, von wo die Reeder bisher Streikbrecher erhielten, sind ebenfalls ausständig. In Hull streiken alle Hafenarbeiter und Seeleute; in Goole desgleichen. In Southampton ist alles stillgelegt und jede Branche im Hafen ist am Kampf beteiligt. Etwa 1000 Hafenarbeiter in Liverpool, die auf den Küstendampfern beschäftigt sind, blockieren die Schiffe mit Streikbrecherbefahrung. Am Sonnabend haben die Fuhrlente und Hafenarbeiter dort eine Konferenz, um, wenn der Kampf dann noch nicht beendet sein sollte, über eine Teilnahme ihrerseits zu beschließen. In London ist jetzt jede Schiffsahrt vom Streik berührt und die Shipping Federation ist machtlos; sie kann ihre Leute nicht zurückhalten trotz ihres schändlichen Anbelohnungssystems. Zum Sonnabend erwartet man die Krise, da es unmöglich erscheint, daß die englische Schiffsahrt den gegenwärtigen Zustand länger ertragen kann.

Holland. In Amsterdam macht die Befahrung der Dampfer mit Streikbrechern große Schwierigkeiten. Trotzdem gelingt es einigen Dampfern, mit zweifelhaften Elementen notdürftig besetzt, den Hafen zu verlassen. Von den 27 deutschen Streikbrechern, die am Montag in Amsterdam von Hamburg aus anlangen, haben sich 12 gewweigert, anzumustern. Die holländischen Mannschaften von den einlaufenden Schiffen schließen sich alle den Streikenden an. Die Zahl der Streikenden ist von einigen Hunderten bei Beginn des Streiks auf jetzt 500 gestiegen. Ein Solidaritätsstreik der Hafenarbeiter scheint unvermeidlich zu sein, doch hält der Hafenarbeiterverein „Nacht en Dicht“ jetzt noch nicht den Augenblick für gekommen, den Streik zu proklamieren. In Rotterdam sind sich Streikbrecher von den Nord-Holländischen Einlassen an; auch werden Chinesen als Streikbrecher verwandt. Streikbrecheragenten sollen nach der Rheingegend unterwegs sein. Viele der Streikenden mustern auf englischen Schiffen, welche die Forderungen bewilligt haben, an und entsorgen so die Organisation. Die Reeder hatten eine Konferenz und beschlossen, die gestellten Forderungen nicht zu bewilligen und sich besonders gegen die Annahme des Arbeiterreglements zu wehren, wodurch die Autorität an Bord, nach Meinung der Reeder, von dem Kapitän auf die Vereinigung „Volharding“ übergehen würde. Demnach scheinen gegen eine Heuererhöhung keine großen prinzipiellen Schwierigkeiten zu bestehen.

Belgien. Die Situation in Antwerpen ist nicht allzu günstig, da es den Shippingmastern in vielen Fällen gelingt, für die Streikenden Ersatz zu schaffen. Augenblicklich streiken 600 Mann, wovon 400 dem belgischen Verband angehören, die übrigen den deutschen, englischen und dänischen Organisationen. Die Organisation rechnet nach Verlauf von zwei Wochen mit 1000 Streikenden.

Letzte Nachrichten.

Zur Krise in Frankreich.

Paris, 23. Juni. (B. Z. V.) In den Wandelgängen der Kammer wird die politische Lage als besonders verwickelt bezeichnet. Wenn das nächste Kabinett für die Proportionalwahl sei, so werde es die zweihundert Republikaner gegen sich haben, die sich gestern gegen die Proportionalwahl ausgesprochen haben. Sei es gegen die Proportionalwahl, so werde es überhaupt keine Mehrheit in der Kammer finden. Die Politiker, die für die Nachfolger Romis in Frage kommen können, müssen dementsprechend als Proportionalisten und Antiproportionalisten unterschieden werden. Unter diesen wird Clemenceau, unter jenen werden Caillaux, Briand und Delcassé genannt. (Siehe auch Politische Uebersicht.)

Andere Länder andere Sitten.

London, 23. Juni. (B. Z. V.) Die ausländischen Seeleute, die dem König Georg V. anlässlich der Krönungsfeierlichkeiten ein Glückwunschkartogramm gefandt hatten, haben heute eine Antwort erhalten, in der der König den Seeleuten seinen herzlichsten Dank ausspricht.

Ein Todesurteil.

Meiwiß, 23. Juni. (B. Z. V.) Das hiesige Schwurgericht hat nach zweitägiger Verhandlung den Schneider Joseph Kupla-Jadze wegen Mordes zum Tode verurteilt. Kupla hatte die Handelsfrau Gustel Träger aus Galzian am 15. Februar mit Hammeranschlägen betäubt, betäubt, mit Petroleum begossen, angezündet und in einen Schornstein gezwängt. Seine Ehefrau wurde wegen Begünstigung zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Abgeordnetenhaus.

94. Sitzung vom Freitag, den 23. Juni, mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Hr. v. Schorlemer.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Konservativen wegen der Gefahr der Weiterverbreitung der Maul- und Klauenseuche durch Abhaltung von Wandern.

Nach kurzer Begründung der Interpellation durch den Abg. Busse (L.) erwidert

Minister Hr. v. Schorlemer, daß die Regierung der Frage große Aufmerksamkeit zuwenden. Er habe sich mit dem Kriegsminister in Verbindung gesetzt und es werde das möglichste getan werden, um eine Verschleppung der Maul- und Klauenseuche durch Wandern zu verhindern.

Eine Absehung der Interpellation wird nicht beantragt.

Das allgemeine Zweckverbandsgesetz wird auf Antrag des Abg. v. Heydebrand an die Kommission verwiesen.

Es folgt die

dritte Lesung der Gemeindeordnung für die Rheinprovinz.

Dazu liegen u. a. auch wieder Anträge auf Einführung der geheimen Wahl vor.

In der Generaldebatte erhält zunächst das Wort

Abg. Reinert (Soz.):

In der Fassung der zweiten Lesung ist der Entwurf für uns unannehmbar. Er bringt nur Rückwärts und hilft den bestehenden Ungerechtigkeiten nicht ab. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokr.) Die Ernennung der Landbürgermeister soll die spezifische reaktionäre Bestimmung auch nach dem Rheinland verpflanzen. Wir verlangen Veseitigung dieser Bevormundung der ländlichen Bevölkerung und Wahl der Landbürgermeister. Unersucht ist, daß das Abgeordnetenhaus nicht die volle Öffentlichkeit der Sitzungen der Gemeinderäte bewilligt hat. Die Steuerzahler haben ein Recht darauf, zu erfahren, wie ihre Steuergrößen verwendet werden. (Sehr richtig! b. d. Soziald.) Bei dem Streit, ob die Interessen der Industriellen oder der Großgrundbesitzer mehr zu bevorzugen seien, hat man die Arbeiter ganz vergessen. Das empfinden wir als weiteres Unrecht und verlangen

gleiches Recht im Gemeinderat auch für die Arbeiter.

Schon deshalb fordern wir Veseitigung der Vorrechte der Meistbegüterten. — Was die Ablehnung der geheimen Wahl in der zweiten Lesung anlangt, so verstehen wir ja die Haltung der Konservativen in dieser Frage. Sie sagen sich ganz richtig: Was man dem Besten gibt, kann man dem Osten nicht versagen und sie fürchten mit Recht eine Verminderung der Junkerherrschaft im Osten, wenn auch dort die geheime Wahl eingeführt würde. Es ist aber unerhört, daß der reaktionäre Osten in dieser Frage dem bedeutend fortgeschrittenen Westen seinen Willen aufdrängen will. Das ist ein Grund mehr, zu fordern, daß das Dreiklassenwahlrecht für den preussischen Landtag endlich abgeschafft werde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Charakteristisch war wieder die Haltung der Nationalliberalen. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist ja nach Äußerungen von Nationalliberalen nur zeitgemäß für Hottentotten und Papuaner oder zur Zeit der alten Germanen. Für das geheime Wahlrecht in diesem Falle zu stimmen haben sie abgelehnt, mit der Begründung: weil sie es nicht für alle Gemeinden erhalten könnten, müßten sie es auch hier ablehnen. Das ist ein ganz verkehrter Standpunkt. Wer wirklich das geheime Wahlrecht will, muß jede sich ihm bietende Gelegenheit ergreifen, um dies Prinzip zur Verwirklichung zu bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Nationalliberalen hätten hier die Regierung zwingen müssen, die Regierung vor die Alternative zu stellen, eine Forderung des Zentrums für unannehmbar zu erklären. Das hat die Regierung noch nie getan, wenn es dem Zentrum darauf ankam, völkseindliche Gesetze durchzuführen. Aber die Nationalliberalen wollen die geheime Wahl gar nicht ernstlich. Sie fürchten im Rheinland für ihre Parteiinteressen und darum haben sie hier genau dieselben Argumente gebraucht, wie das Zentrum gegen die direkte Wahl bei Gelegenheit der Wahlreform. Es sind nur

verteilte Rollen,

hier wie dort kommen Parteiinteressen in Frage. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Nationalliberalen, die feinerzeit auf dem Standpunkt standen, daß eine Wahlrechtsvorlage gegen die Konservativen gemacht werden müsse, verbinden sich hier mit den Konservativen und beweisen somit wieder ihre absolute Unzuverlässigkeit, wenn es sich um Volksrechte handelt. Die Nationalliberalen haben bei diesem Gesetz eine Resolution eingebracht, die Arreststrafen für die Unterbeamten der ganzen Monarchie zu beseitigen. Ebenso hätten sie ja auch eine Resolution einbringen können, daß nach Annahme der geheimen Wahl in diesem Gesetz die geheime Wahl für alle Gemeinden in Preußen eingeführt werden sollte. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir werden für die vorliegenden Anträge, soweit sie Verbesserungen im einzelnen betreffen, stimmen. Wir werden alles tun, um die nach unserer Meinung gemeingefährlichen Beschlüsse der zweiten Lesung abzuschwächen in der Richtung einer größeren Demokratisierung der Gemeinden. Deshalb stimmen wir auch der konservativen Resolution zu, die die Regierung auffordert, mit tunlichster Beschleunigung ein Gesetz vorzulegen, das die noch bestehenden Mängel der Gemeindeordnung, die in weiten Kreisen der Bevölkerung Unzufriedenheit erregen, beseitigen soll. Wir erwarten, daß die Regierung dann auch die sozialdemokratischen Anregungen erfüllt. Zu diesen Mängeln, die in weiten Kreisen der dortigen Bevölkerung Unzufriedenheit erregen, gehört auch die Öffentlichkeit der Wahl. Wir werden nur dann in der Gesamtabstimmung für das Gesetz stimmen, wenn die geheime Wahl angenommen werden sollte. Wenn es auch im übrigen äußerst reaktionär gestaltet ist, so werden wir ihm unter dieser Bedingung doch zustimmen, weil durch die Einführung der geheimen Wahl in diesem Gesetz der Anfang gemacht würde zur Herbeiführung der geheimen Stimmabgabe für die Gemeinden überhaupt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Gieseler (L.): Der Vorredner hat unsere Resolution merklich ausgelegt. Natürlich liegt uns die Absicht fern, etwa auch die sozialdemokratischen Anregungen, wie die Einführung des geheimen Wahlrechts oder die Wahl der Bürgermeister zu befechtigen.

Abg. Fleuser (Z.) spricht für die Zentrumsanträge.

Abg. Dr. Gottschall (natl.): Wenn wir bei dieser Vorlage der geheimen Wahl zustimmen würden, wäre der Erfolg nur, daß wir gar keine Reform der Gemeindeordnung bekommen. Wenn Herr Reinert der konservativen Resolution zustimmt, so verrät er damit ein großes Vertrauen zur Regierung. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (H.): Wir lehnen die Wählbarkeit der Bürgermeister sowie die geheime Wahl nach wie vor ab.

Abg. Eichhoff (Sp.): Wir werden dem Gesetz zustimmen, weil es zwar keine wirkliche Reform, aber doch einen kleinen Fortschritt bedeutet insofern als der Industrie wenigstens etwas Einfluß auf die Gemeinderäte eingeräumt worden ist. Von einer Reform kann schon deshalb keine Rede sein, weil die Verhandlungen der Gemeinderäte nicht öffentlich sein sollen und weil die Landbürgermeister nicht gewählt, sondern ernannt werden sollen, vor allem aber weil die Einführung der geheimen Wahl nicht erfolgt ist, die wir jetzt erneut beantragen.

Abg. Reinert (Soz.)

volemisiert gegen einzelne Bemerkungen der Vorredner. Herr Gottschall meint, durch unsere Zustimmung zu der Resolution der Konservativen zeigten wir, daß wir Vertrauen zur Regierung haben. Gewiß würde eine Regierung, zu der wir Vertrauen haben könnten, Herrn Gottschall wohl wenig gefallen. Daß wir aber zu der jetzigen preussischen Regierung kein Vertrauen haben, brauchen wir wohl wirklich nicht noch besonders zu betonen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Generaldebatte.

In der Spezialberatung werden eine Reihe Paragraphen in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Bei der Abstimmung über die Einführung der geheimen Wahl zu den Gemeinderatswahlen stimmen Zentrum, Freisinnige, Polen und Sozialdemokraten gegen Konservative und Nationalliberale. Da das Resultat sehr zweifelhaft erscheint, erörtern von der Linken

Wir dürfen auch genau, daß sich die breite Masse der Berliner Arbeiter durch das vornehme Dreiklassenhaus und das noch vornehmerere Herrenhaus geniert fühlt. Dennoch ist der Arbeiter als Staatsbürger verpflichtet, in diesen gesellschaftlichen Kreisen zu verkehren. Es wäre wirklich sehr verdienstlich, wenn er so rasch wie möglich von diesem lästigen Umgange befreit würde und in einem reichsrechtlichen parlamentarischen Volksbause seine Angelegenheiten unter sich mit feingebildeten erledigen könnte.

Auch die nahen Beziehungen der breiten Masse der Berliner Arbeiter während ihrer militärischen Dienstzeit zu den vornehmen Gardeoffizieren genieren sie längst. Auch auf diesem Gebiete wäre es sehr willkommen, wenn die Proletarier in einer demokratischen Volkswehr sich selbst zur Verteidigung erziehen dürften. Nicht minder genieren ihn die aus ganz anderen vornehmeren Kreisen stammenden Richter, Staatsanwälte, zu deren Umgang er nicht selten genötigt wird. Abermals wäre ihm damit gedient, wenn er sich nur der Rechtsprechung von Massenangehörigen zu stellen brauchte. Die breite Masse der Berliner Arbeiter erinnert sich ferner, daß sie sich bei der bisherigen Selbstverwaltung der Krankenkassen recht wohl gefühlt hat. Erst jüngst aber hat die Regierung Wilhelm II. im Verein mit einer Reichstagsmehrheit, die den Berliner Arbeiter ebenfalls geniert, diese Selbstverwaltung genommen und ihn genötigt, sich mit Kreisen zu mischen, in denen er nicht gern verkehrt.

Im zoologischen Garten erwirbt schließlich der Berliner Arbeiter genau wie jeder andere für dasselbe Geld die gleichen Rechte wie das Publikum, das der Kaiser vornehm nennt. Als Staatsbürger aber trägt er weit höhere Kosten und hat dafür mindere Rechte. Das geniert ihn.

Einst wurde den Arbeitern geraten, wenn sie sich in Deutschland geniert füllten, den deutschen Staub von den Pantoffeln zu schüttern. Heute werden solche Schlüsse nicht mehr gezogen. Heute ist offenbar das Bewußtsein durchgedrungen: daß die breite Masse das Recht auf ein anderes Deutschland hat, sofern sie das jetzige geniert. Heute weiß man, was uns fehlt.

Was die englische Ordnung kostet. Während in den Straßen Londons „das Volk“, das heißt die Müßiggänger und Flaneure, den fremden Fürsten zuzubelt und neugierig auf das große Schauspiel des Krönungszuges wartet, sitzen im Finanzministerium die Beamten eifrig über lange Zahlenreihen gebeugt und rechnen; sie rechnen an der hübschen Zahl von Millionen, die die Staatskasse weit bezahlen müssen, wenn die schönen Tage des Festrausches verklungen sind. Wäher sehen nur die Ziffern für einen kleinen Teil der Ausgaben fest, aber sie genügen, um die Menge der Millionen ahnen zu lassen, die der Staatsfidel für das Fest opfern muß. Die Konzentrierung der zur Krönungsfeier nach London befohlenen englischen Truppen wird rund 1600 000 R. kosten, und die große Flottenparade verhängt wiederum eine halbe Million. 720 000 R. sind vom Staate für den Transport der indischen Delegierten und Truppen nach London ausgeworfen worden, 200 000 R. trägt der Staat bei den Empfängen der fremden Würdenträger. Dazu kommen noch Dutzende von anderen, nicht weniger stattlichen Posten, die der Staat trägt, während die Stadt London ihrerseits auch Millionen opfern muß. Dabei sind die Ausgaben des königlichen Hauses für die Zeremonien, die Kosten der großen Banketts und Bälle gar nicht in Berücksichtigung gezogen. Man wird weil

vielfache Aufe: Hammelsprung! Trotzdem erklärt das Bureau diesen Antrag für abgelehnt.

Im Artikel 8 sind in der zweiten Lesung die Arreststrafen für Unterbeamte in der Rheinprovinz beseitigt.

Abg. Frisch (natl.) befragt einen Antrag seiner Fraktion, diesen Artikel zu streichen und die Regierung zu ersuchen, spätestens in der nächsten Session ein Gesetz vorzulegen, durch welches die Arreststrafen gegen alle Unterbeamten in der ganzen Monarchie aufgehoben werden.

Abg. Eckert (H.) spricht für die Veseitigung der Arreststrafen für Unterbeamte im allgemeinen. Beim Militär würden Arreststrafen nicht als Ehrenstrafen empfunden, wohl aber von den Beamten.

Abg. Kopsch (Sp.): Trotz wiederholter, einmütiger Beschlüsse dieses Hauses auf Veseitigung der Arreststrafen für Unterbeamte, kommt die Regierung dieser Forderung nicht nach. Man begründet diese Haltung mit der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Autorität und Ordnung. Dabei hat z. B. der Eisenbahnminister in dessen Ressort doch vor allem die Aufrechterhaltung der Ordnung im Interesse des Publikums notwendig ist, ausdrücklich erklärt, daß bei den Unterbeamten der Eisenbahnen die Arreststrafen nicht mehr angewandt werde. Nur das Ministerium des Innern hält an dieser Strafkategorie noch fest, trotzdem im Reich zum Beispiel die Arreststrafe für Unterbeamte nicht existiert und trotzdem der neue Minister des Innern von seinem bisherigen Wirkungskreise in Anhalt her wissen könnte, daß es auch ohne Arreststrafe sehr gut geht. Im vorigen Jahre wollte man den Schulleuten und Gendarmen als „Kulturträger“ ein höheres Wahlrecht geben, heute will man ihnen nicht einmal die Arreststrafe nehmen. (Sehr gut! links.) Wir werden für Aufrechterhaltung des Artikels stimmen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Bartscher (Z.) beantragt namentliche Abstimmung über den Artikel.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Es ist bezeichnend, daß die Mehrheit dieses Hauses es gerade der Sozialdemokratie unmöglich gemacht hat, ihre Meinung zu dieser die Unterbeamten lebhaft interessierenden Frage zu äußern. Es wird dies einmal dahin verstanden werden, daß in diesem Hause nicht genügend Zeit und Interesse für diese so wichtige Frage vorhanden ist, sodann aber, auch daß die Herren Angst davor haben, daß die Sozialdemokratie durch ihr energisches Eintreten gegen dies Stück mittelalterliches Preussens die Sympathie der Unterbeamten noch weiter erwirbt, als sie sie gegenwärtig bereits besitzt. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

In der namentlichen Abstimmung wird der Art. 8 mit 182 gegen 119 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Die Resolution auf Abschaffung der Arreststrafen für die Unterbeamten der ganzen Monarchie wird angenommen.

Ferner wird auf Antrag des Zentrums namentlich abgestimmt über einen Zentrumsantrag auf Wahl der Landbürgermeister. Es beteiligten sich an der Abstimmung 170 Abgeordnete. (Die Zentrumsabgeordneten haben zum Teil den Saal verlassen.)

Präs. v. Kröcher: Das Haus ist also beschlußunfähig. (Bewegung.) Die nächste Sitzung setze ich an auf Montag 1 Uhr. Die Tagesordnung werde ich den Herren bekannt geben. Schluß 5 Uhr.

17. General-Versammlung der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine.

Leipzig, 22. Juni. 7

Im Anschluß an den Genossenschaftstag, der gestern nachmittag beendet, tagte heute vormittag die 17. ordentliche Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft, an der fast sämtliche Delegierte des Genossenschaftstages teilnahmen. Den Vorsitz führte Postel-Hamburg.

Zunächst erstattete die Geschäftsleitung den

hinter der wirklichen Zahl zurückbleiben, wenn man annimmt, daß die königliche Kasse, der Staat und die Stadtkasse ein Viertelhundert Millionen für die Krönungstage ausgeben. Elend und Armut existieren offenbar nicht in England.

Notizen.

Ein Milliontel Millimeter dem Auge wahrnehmbar zu machen, ist eine Leistung, die auf den ersten Blick unmöglich scheint. Durch die stete Verbesserung der Mikroskope unter Zuhilfenahme starker Lichtquellen ist das jedoch, wie wir im „Mikroskopos“ lesen, trotzdem möglich geworden. Auf dem vorjährigen Chemikertag wurde im Ultramikroskop nach Siedentopf die Molekularbewegung in kolloidalen Goldlösungen gezeigt. Es wirbelten entzückend anzusehende, farbig leuchtende Kügelchen durcheinander, die aller Wahrscheinlichkeit nach die ultramikroskopischen Metallmoleküle der betreffenden Flüssigkeit darstellen. Sie sind annähernd ein Milliontel Millimeter groß und werden nur durch den Lichtreflex überhaupt sichtbar.

Die Chemische Internationale. In Paris kamen vor kurzem Vertreter der angesehensten chemischen Gesellschaften der Erde, nämlich der französischen „Société Chimique“, der englischen „Chemical Society“ und der „Deutschen Chemischen Gesellschaft“ zusammen. Zum Präsidenten der Association wurde Wilhelm Ostwald-Leipzig und zum Generalsekretär Professor Jacobson-Berlin gewählt. Wilhelm Ostwald ist weiteren Kreisen nicht nur als berühmter Chemiker, sondern auch als Vorkämpfer der Friedensbewegung und als Förderer des Esperanto (Zbo) bekannt. In jüngster Zeit schlug er die Bildung einer Libo zu nennenden chemischen Weltsprache vor. Professor Jacobson ist der Redakteur der „Berichte der deutschen chemischen Gesellschaft“ (Berlin) und der Hauptredakteur des „Beilstein-Verzeichnisses“, das alle organisch chemischen Verbindungen (zirka 200 000) enthält, die überhaupt bekannt sind. Die Wahl beweist aufs neue das hohe Ansehen, dessen sich die deutsche Wissenschaft in der Chemie zu erfreuen hat.

Eine Gesellschaft für Reform der Männerkleidung ist in Berlin gegründet worden. Sie erklärt die heutige Männerkleidung für unpraktisch, unschön und unhygienisch und hat sich zum Ziel gesetzt, deren Reformbedürftigkeit in der Öffentlichkeit zu betonen. Die Gesellschaft erblidt Anlässe zur Reform, die als Richtlinien dienen können, in der Sportkleidung und zum Teil in der Knabenkleidung. Sie sieht daher insbesondere im Erfah der langen Weinsleider durch die Aniechse und in einer einfachen, blusen- oder joppenähnlichen Bekleidung des Oberkörpers die Grundlagen künftiger Reformkleidung. Zuschriften sind an Herrn Zahn, Berlin W. 15, Württembergische Str. 27/28, zu richten.

Der Kampf um 806. Ein nettes Geschichtchen wird aus Odessa gemeldet. Hier haben die im südlichen Krankenhaus untergebrachten Sphylitischen einen richtigen Streik proklamiert, weil die dortigen Ärzte der Salvasanbehandlung etwas skeptisch gegenüberstehen und sie nur in einem sehr beschränkten Umfange anwenden. Als die Kollektivproteste der Kranken keinen Erfolg zeigten, beschloßen sie einfach, jeder anderen Behandlungsweise Widerstand zu leisten. Die Sache kam vor die Medizinverwaltung, die ihrerseits die Krankenhausärzte angewiesen hat, auf keine Proteste zu achten und die Behandlungsweise nach freiem Ermessen jedesmal zu bestimmen.

Die Arbeiter genieren sich!

Wilhelm II. will in der Jungfernhede zu Berlin einen Tiergarten schaffen helfen. Hagenbeds Eisbären und vielleicht sogar die Rindviehkreuzungen von Cabinen sollen dem Volk die Freude an der heutigen Gesellschaftsordnung zurückbringen. Es ist auch zu erwarten, daß die zur Volkserziehung bestimmten Bestien sorgfältiger und vernünftiger gehalten werden, als in den engen Käfigen der großen Strafvollzugsfabrik am Rande der Jungfernhede die Menschen behandelt werden.

Gegen diesen Tiergarten des Volkes sträuben sich nun die Aktionäre des zoologischen Gartens im Berliner Westen. Aber der Kaiser, so hat er zu Hagenbed gesagt, wird diesen Plan durchsetzen; er weiß, was dem Volke fehlt; das Volk aber geht nicht in den anderen zoologischen Garten, der Berliner Arbeiter geniert sich vielmehr, dorthin zu gehen, weil er ihm zu vornehm sei.

Das Publikum des zoologischen Gartens ist tatsächlich nicht erfreulich, gerade weil es so ganz und gar nicht vornehm ist. Es wirkt schon ein wenig abschreckend. Aber wie wir den Berliner Arbeiter kennen, ist er duldiam genug, um selbst jenen Proben ihr Vergnügen und ihre Art zu gönnen; und er geht trotz ihnen in den zoologischen Garten, des nicht menschlichen Getiers wegen, wenn's ihm nicht zu teuer wäre. Daß er sich wegen des zahlungsfähigen Stammpublikums zu genieren brauchte, ist nicht recht einzusehen, denn er ist ja nicht für deren Sitten verantwortlich. Er laßt vielleicht ein wenig über diese Gasse, aber nicht zu laut, als überlegener Weltstädter, der vieles sieht, was ihm nicht behagt, und noch mehr dulden muß, was ihn quält.

Diese Begründung der Notwendigkeit eines zweiten zoologischen Gartens wegen der generischen Barnehmtheit des alten beruht also auf mißverständlichen Informationen über die Empfindungen der Berliner Arbeiterchaft. Sie hat durchaus kein Verlangen danach, daß nun auch das preussische Klassensystem auf die zoologischen Gärten ausgedehnt wird, wobei dann noch das Problem zu lösen wäre, ob die allzu vornehmen Tiere des westlichen zoologischen Gartens, die Königsstier und die Silberfahne, wegen der Generichkeit von der Verschleppung in den Volkstiergarten ausgeschlossen werden müßten, und auch etwa Hirsche nur in minder vornehmen, das heißt geringer gekleideten Gehegen vorzuführen werden sollen.

Ist in diesem Falle die Voraussetzung falsch, so ist die Rücksicht auf die Gefühle der breiten Masse immerhin ein lebenswürdiger Zug, der auf anderen Gebieten eine recht zweckmäßige Verwirklichung fände. Der Berliner und nicht nur der Berliner Arbeiter fühlt sich in der Tat sehr oft aufs höchste durch vielfältige Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens geniert. Die Monarchie in ihrer heutigen deutschen Art ist ihm durchaus genant, nicht nur wegen der Knieschoten, Galawagen, Orden und des ganzen höfischen Pomp und Ritus, sondern wegen ihrer staatsrechtlichen Vorrechte, die ihm recht unbehaglich sind. Wie wäre, wenn man ihn nicht fürderhin nötigte, in diesem monarchischen Garten zu leben, wenn man ihm gestattete, für sich und seine Klasse ein Staatswesen zu schaffen, das ihm nicht zu vornehm scheint, in dem er sich wohl fühlte; eine proletarische Republik. Die besseren Leute mögen dann immerhin ihre vornehmeren Staatsform behalten. Es läßt sich wirklich ganz gut ausdenken, daß man zunächst einmal die breite Masse für eine Art Jungfernhede des städtischen Lebens herstellen läßt.

Geschäftsbericht

für 1910, und zwar den allgemeinen Bericht Herr Seberling-Hamburg. Die Zahl der Mitglieder der G. E. G. stieg im Jahre 1910 auf 675 gegen 633 im Jahre 1909. Der Warenumsatz stieg von 74 915 813,39 M. im Jahre 1909 auf 88 669 649,27 M., das Mehr beträgt also über 13 1/2 Millionen Mark. Die Lager der Gesellschaft in Hamburg, Erfurt, Chemnitz, Berlin, Düsseldorf und Mannheim zeigt ein Bild stetig fortschreitender Entwicklung und Inanspruchnahme.

Die Kaffeeernte hat erfreulicherweise im Berichtsjahre einen Mehrumsatz von 144 027 Kilogramm zu verzeichnen, der Gesamtumsatz betrug 1 698 161 Kilogramm. Der Warenbezug der G. E. G. von genossenschaftlichen Organisationen des In- und Auslandes begiffert sich auf 3 590 015 M. Alle diese Angaben sind Beweise des prächtigen Aufstiegs der G. E. G., die ein mächtiger Faktor im Wirtschaftsleben geworden ist.

Geschäftsführer Lorenz-Homburg berichtete nun über die Produktionsbetriebe der Gesellschaft. Die genossenschaftliche Eigenproduktion für den organisierten Konsum in die Wege zu leiten, sei eine der wichtigsten Aufgaben der G. E. G. Gelöst könne diese Aufgabe nur werden, wenn die Voraussetzungen für die Eigenproduktion: genügender zentralorganisierter Umsatz, die erforderlichen Betriebsmittel für die Errichtung von durchaus modernen eingerichteten Betriebsstätten, sowie die genossenschaftliche Einsicht und Treue der Konsumvereine vorhanden sind. Diese Voraussetzungen herbeizuführen, müsse deshalb das Bestreben aller fortschrittlich gestimmten Genossenschaftler sein. In diesem Jahre sei die Gesellschaft zum ersten Male in der Lage, über die eigenen Produktionsbetriebe zu berichten. Die Zigarrenfabriken in Franzenberg, Hamburg und Dödenheim liefen in der ersten Hälfte des Jahres noch stark unter den Wirkungen des Tabakolies. Der Umsatz betrug 80 113 Tille Zigarren, gegen 27 807 Tille bei der Tabakarbeitergenossenschaft, deren Fabriken die G. E. G. übernahm. Der Mehrumsatz beschränkt sich aber fast ausschließlich auf die unteren Preislagen, der Umsatz bei den besseren Qualitäten ist zurückgegangen. Das ist die Wirkung des Tabakwertvolles. Die Verdienenden dieses Volles sind diejenigen Arbeiter, die bisher die besseren Sorten Zigarren angefertigt haben, und diejenigen Konsumenten, die ihren Erwerbverhältnissen entsprechend nicht mehr in der Lage sind, die höheren Preise für die besseren Sorten zu zahlen. — Die Zahl der in den Zigarrenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beträgt 565 gegen 433 bei Beginn des Berichtsjahres, und die Gesamtzahl der überhaupt von der G. E. G. beschäftigten Personen stieg im Berichtsjahre von 334 auf 1155. — Die Seifenfabrik in Riesa hat ihren Betrieb im Juni aufgenommen. Im Juli betrug der Umsatz 69 386 Kilogramm oder 27 151 M., im Dezember aber 670 827 Kilogramm oder 325 744 M.

An die Berichte schloß sich eine Debatte, in der auf die Notwendigkeit hingewiesen wurde, daß alle Vereine ihre Waren von der G. E. G. beziehen.

Nach dem Revisionsbericht des Herrn Gauß-Stuttgart ist bei der Revision alles in bester Ordnung befunden worden. Er beantragt Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates. Diefem wird entsprochen; ebenso wird die Jahresrechnung genehmigt. Der Revisor, Herr Gauß, wurde wieder gewählt.

Der 1910 erzielte Reingewinn von 1 015 757,46 M. (gegen 852 651,92 M. im Vorjahre) wurde nach dem Vorschlage der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates verteilt. Dem Reservefonds wurden 46 652,55 M. und dem Dispositionsfonds 327 067,87 M. überwiesen. Der Reservefonds hat nun eine Höhe von über drei Millionen Mark erreicht, das sind über 150 Proz. der Anteile der Gesellschaft, also ein überaus günstiges Ergebnis.

Die Generalversammlung stimmte ferner einem Antrag der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates zu, nach dem die zum Zwecke der Errichtung neuer Produktionsbetriebe sich nötig machenden Neubauten — die auf dem Gelände der G. E. G. in Riesa erstellt werden sollen — von der Generalversammlung bewilligt werden. Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat werden ermächtigt, die weiteren Maßnahmen zu treffen. — Die jetzt auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder Junger-Velzin, Koch-Weipzig, Hübner-Gersdorf, Martas-Remscheid und Bernhard-Frankfurt a. M. wurden wiedergewählt. Hoffmann-Magdeburg neugewählt. Der langjährige Vorsitzende Kalkofen-Dresden hatte eine Wiederwahl wegen Krankheit abgelehnt. Nachmittags 2 Uhr waren die Arbeiten der Generalversammlung beendet.

Parlamentarisches.

Zweckverbandsgesetz Groß-Berlin.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat am Freitag früh zu den vom Herrenhause an dem Entwurf eines Zweckverbandsgesetzes für Groß-Berlin vorgenommenen Änderungen Stellung genommen.

(Nachdruck verboten.)

Gompers über die Verhältnisse in Europa und Amerika.

Von Fritz Kummer.

I.

Die Anwesenheit Samuel Gompers', des Präsidenten der American Federation of Labor, wird den deutschen Arbeitern noch in Erinnerung sein. Seinen ausföhrlichen Aufenthalt in Europa hat er dazu benutzt, die alte Welt von Liverpool bis Neapel und vom Haag bis Budapest zu durchfliegen, und er hat dabei so tiefe Bläse in die politischen, wirtschaftlichen, sozialen, gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse der von ihm besuchten neun Länder getan, daß er damit ein Buch (S. Gompers: Labor in Europe and America) füllen konnte.

Das Auffälligste am Buche Gompers' ist seine eiserne Sicherheit im Urteil. Neben den Eisenbahnschritten und offiziellen Besuchen blieb ihm doch kaum mehr als ein Duzend ganzer Nachmittage zum eigentlichen Studium der vielgestaltigen, für den Landes- und Sprachforscher ungeheuer schwierigen Probleme, wie es die politischen, wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen und sozialen Verhältnisse von neun Ländern mit verschiedenen Rassen, anderen Gewohnheiten, mit tiefgehenden Unterschieden in Geschichte, wirtschaftlicher Entwicklung, Politik und Tradition sind. Aber das hinderte den „großen alten Mann" nicht, über alles, was sich seinem Touristenauge zeigte, mit Autorität zu sprechen; seine Sentenzen sind apodiktisch, seine Schlussfolgerungen weder durch Zweifel noch durch Einschränkungen getrübt. Jedes Selbstbewußtsein und Voreiligkeit im Urteil mag als Annahme dachtariert, aber von einer Weisheitsbesessenheit, die jenseits von Gut und Böse liegt, hergeleitet werden. Allein, wer die „amerikanische Masse", bekanntlich die „smaragde in der Welt" und den „größten Arbeiterführer, den die Welt jemals hervorgebracht hat", näher kennt, wird alles in Ordnung finden — oder auch nicht!

Die Art der Darstellung Gompers' läßt es geboten erscheinen, einiges in Paraphrase einzuflechten:

Der Amerikaner liebt sein Land allen anderen Ländern weit voran zu stellen. Von der Güte und Ueberlegenheit seines Vaterlandes ist er eifrig überzeugt. Er glaubt Gründe genug dafür zu haben, Gründe, die der erfahrene Kenner allerdings auf eine mit Raubriten gepaarte Unkenntnis zurückführt.

Besonders dem „alten Land", seinen Einrichtungen und Leuten gegenüber tritt der amerikanische Patriot mit überlegener Miene, herablassenden Gesten, tanzgenen Spott und Annäherung auf. „Amerika erleuchtet die Welt!" Was kann von der alten Welt, wo es nur Untertanen und Herrscher, viel Dämlichkeit und keine Smaragde gibt, wohl Nachahmungswertes kommen? Der Aus-

An den § 1 knüpfte sich eine Generaldebatte. Das Herrenhaus hat hier einmal die Ziffer 4 gestrichen, wonach zu den Aufgaben des Verbandes auch die Erwerbung von Flächen für den Bau von Kleinwohnungen gehört, und zweitens hat es den letzten Absatz gestrichen, wonach der Landkreis Osthaveland oder Teile desselben mit Zustimmung des Kreises durch Beschluß der Verbandversammlung mit dem Verbandsvereinigt werden können. Der Vertreter der Sozialdemokratie beantragt in beiden Teilen die Wiederherstellung der Beschlässe des Abgeordnetenhauses, während die Vertreter des Zentrums nur insoweit die Wiederherstellung beantragten, als es sich um die Erwerbung von Flächen für den Bau von Kleinwohnungen handelt.

In der Debatte, die sich im wesentlichen um die Wohnungsfrage drehte, gaben die Redner der Konservativen, der Freikonserativen und der Nationalliberalen zu, daß das Herrenhaus das Gesetz in mancher Hinsicht erheblich verschlechtert hat, sie erklärten sich aber im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes mit den Beschlässen des anderen Hauses einverstanden. Sämtliche Redner dieser Parteien vertraten die Ansicht, daß es nicht möglich sei, das Herrenhaus zu einer anderen Stellung zu bewegen, und daß man deshalb am besten tue, mutig zurückzuweichen. Auch der Minister des Innern hat dringend, von Änderungen Abstand zu nehmen; er bedauerte die Streichung der Ziffer 4, machte aber darauf aufmerksam, daß diese Streichung fast einstimmig erfolgt und daß auf eine Veränderung des Herrenhauses nicht zu rechnen sei. Die Annahme des sozialdemokratischen Antrages würde mit dem Scheitern des Gesetzes identisch sein, die ganze Arbeit der Session wäre dann erfolglos. Auch möge man den Verband nicht von Anfang an mit Dingen belasten, die geeignet sind, seine Tätigkeit zu erschweren. Im übrigen werde die Regierung die Wohnungsfrage, deren Lösung sie für eine der dringendsten Aufgaben halte, nicht aus dem Auge lassen. Ein Redner der fortschrittlichen Volkspartei erklärte, daß seine Freunde grundsätzliche Gegner des Gesetzes seien, daß sie sich der Stellung von Anträgen zwar vorläufig enthalten, aber für Verbesserungsanträge stimmen würden. Ein freikonserverialder Redner wünschte von der Regierung Auskunft darüber, ob ein Gesetz über die Wohnungsfürsorge für Groß-Berlin zu erwarten sei. Der Vertreter der Sozialdemokratie bedauerte die Verschlechterungen des Herrenhauses und wies darauf hin, daß die Erklärung der Regierung zur Wohnungsfrage nicht genüge. Die Lösung der Wohnungsfrage sei so wichtig, daß man die Gesellenheit, wenigstens einen Anfang zu machen, nicht vorübergehen lassen dürfe. Ebenso notwendig sei die Einbeziehung von Teilen des Kreises Osthaveland, der, soweit es sich z. B. um die Ufer der Havel handle, weit enger mit Berlin verbunden sei als die entfernteren Teile der Kreise Niederbarnim und Osthavelland. Nachdem der Minister nochmals erklärt hatte, daß die Regierung den Gedanken ihres Wohnungsgesetzentwurfs aus dem Jahre 1904 nicht fallen gelassen habe und bereit sei, den Gedanken weiter zu verfolgen, wies ein Redner des Zentrums auf die Bedeutung der Wohnungsfrage speziell für Groß-Berlin hin. Ein Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei betonte, daß er für die sozialdemokratischen Anträge stimmen werde, namentlich auch für die Einbeziehung von Osthaveland. Sollte das abgelehnt werden, dann bitte er aber, daß die Regierung nicht erst dann ein Gesetz vorlegt, wenn der ganze Kreis Osthaveland einbezogen werden soll, sondern schon dann, wenn die Einbeziehung einzelner Orte unmittelbares Bedürfnis sei. Die Wohnungsfrage werde der Verband nicht lösen können. Geht seien in Berlin in hygienischer Beziehung Uebelstände auf dem Gebiet des Wohnungswesens vorhanden, aber es sei jetzt schon besser geworden, und vor allem sei es nicht schlimmer als in anderen Großstädten. Deshalb dürfe ein Wohnungsgesetz auf seinen Fall ein Ausnahmegesetz für Groß-Berlin sein.

Ein Vertreter der Regierung bemerkte, so sehr die Regierung die Einbeziehung der Ziffer 4 begrüßt habe, so dürfe man doch diese Bestimmung nicht überschätzen. Weit wichtiger als der Bau von Wohnungen sei die Mitwirkung des Verbandes bei der Befreiung von Verkaufslinien, und in dieser Beziehung habe das Herrenhaus Vorzüge getroffen. Das sozialdemokratische Mitglied erwiderte, daß auch er die Bestimmung nicht überschätze; ob der Verband etwas zur Vinderung des Wohnungselends tun könne oder nicht, das hänge ganz von der Zusammensetzung der Verbandversammlung ab. Ueberwäge das hausgründliche Element, dann sei freilich nicht viel zu erwarten. Ein besonderes Wohnungsgesetz für Groß-Berlin sei nicht nötig, hier gelte es, ganze Arbeit für den gesamten Umfang des Staates zu machen. Nachdem noch ein freikonserverialder Abgeordneter, um in der Wohnungsfrage praktisch vorzugehen, bei Groß-Berlin anzufangen empfohlen hatte, wurde die Generaldebatte geschlossen.

Unter Ablehnung aller Anträge wurde § 1 in der Fassung des Herrenhauses genehmigt. Auch der Rest des Gesetzes erfuhr gegenüber den Beschlässen des Herrenhauses keine Änderung. Es lag nur noch ein einziger, von dem Vertreter der Sozialdemokratie ausgehender Antrag auf Wiederherstellung des § 38 vor, der die Einbeziehung eines sachverständigen Beirats aus Vertretern der Baukunst, des Verkehrswesens, der

sprach des biblischen Pharisäers rüßte unwillkürlich durch das Gehege seiner Speisetafel.

Vom Auftreten des Fremdlinges allein schon leitet der patriotische Schrei seinen Glauben an die Berechtigung seiner und seines Landes Ueberlegenheit ab:

Die Einwanderer kommen mittellos, ohne Kenntnis der Sprache und der Verhältnisse an. Dieser Mangel zeitigt bei ihnen eine Schwäche des moralischen Nutes, Unsicherheit im Auftreten, und nimmt ihnen die Lust und die Möglichkeit, mit den patriotischen Prodhäusen zu rechten. Der leere Geldbeutel und hohle Magen zwingen sie gebieterisch, willig, fügsam, nachgiebig und verträglich zu sein. Diese Fügsamkeit, die Unlust zum Widerstand werden als Merkmale europäischer Rückschüßigkeit, als Produkte einer im Unterthanenverhältnis gestandenen Entwicklung angesehen. Solchen armen Teufeln von Einwanderern gegenüber bleibt der zungenbewehrte Eingeborene natürlich Sieger.

Das Wohnungsaugmentum ist auf der Offseite der Union noch härter als auf der Westseite, in den (schnell emporgekommenen) Mittelschichten noch mehr als bei der Arbeiterklasse zu finden. Aber dieser Unterschied will nicht allzuviel besagen. Denn auch in den Fabriken und Unionstempeln zeigt es sich weit über das ertägliche Maß hinaus. So ziemlich alle Einwanderer wissen davon ein gallenbitteres Lied zu singen. Ein aus der Art geschlagener Fremdling, d. h. einer, der Behauptungen Zweifel, Ueberlegenheit kritisiert, patriotischem Gesetze unparteilichen Spott entgegensetzt, hat bald einen mit Spudsalben und noch saftigeren Gockams arbeitenden Feind mehr. Die Wunde des Problems entbehrt ganz gewiß nicht der Heilung. Wer Lust und das Zeug dazu hat, mit den Yankee auf ihrem vielgeliebten Reichtboden ein Sträußchen auszufuchen, wird heitere Erinnerungen sammeln können. Am Ende überwältigt ihn die Unschuld oder Raubriten seiner Partner, und er kann ihnen nicht mehr gram sein.

Der Psychologie des Pancketums hätte auch unser Österreichischer Genosse Queber Rechnung tragen sollen, als er auf der internationalen Konferenz der Gewerkschaftssekretäre in Paris Gompers an den Wagen fuhr. Wie konnte er sich nur unterziehen, den amerikanischen Trade-Unionismus zu kritisieren, seine Erfolge und Ueberlegenheit zu bezweifeln, und die Mächtigkeit seiner Politik anzuzweifeln! Diese Verneinung wird prompt gerochen durch Aufzählung aller der ungalanten Bemerkungen, die einige Pariser Blätter, fast alle halb und ganz sozialistenfeindlich, an seine, Quebers, Rede knüpften. Und dann wird auch noch, nachdem die Stärke der österreichischen Gewerkschaften an der der amerikanischen gemessen worden ist — ein Vergleich, der, wie natürlich, in ein Lob der letzteren ausfällt — in dem Buche gesagt: „Für den amerikanischen Beobachter wird sich an diese statistische Aufstellung der österreichischen Gewerkschaften insofern eine Bedeutung knüpfen, als auf der internationalen Gewerkschaftskonferenz zu Paris der österreichische Delegierte der

Volkswirtschaft und des Gesundheitswesens vorsteht. Der Antrag fand vor den Augen der Mehrheit keine Gnade.

Im Interesse der Beschleunigung der Verabschiedung des Gesetzes, das am 1. April nächsten Jahres in Kraft treten soll, wird sogar von einer schriftlichen Verabredung abgesehen. Die Mehrheit will, daß die Vorlage schon am Montag vom Plenum beraten wird.

Aus Industrie und Handel.

Steigende Erträge von Bau- und Terraingesellschaften.

149 in der Form von Aktiengesellschaften bestehende Bau- und Terraingesellschaften haben in den ersten vier Monaten dieses Jahres ihre Gewinnergebnisse so veröffentlicht, daß sich die Gewinne resp. Verluste denen des Vorjahres gegenüberstellen lassen. Es schlossen im Jahre 1909 mit einem Reingewinn 118 Bau- und Terraingesellschaften ab, mit Verlust arbeiteten 31. Die Summe des Reingewinns belief sich bei den 118 Gesellschaften auf ein gesamtes Aktienkapital von 204,74 Millionen M. auf 24,12 Millionen M., während die 31 Verlustgesellschaften auf ein Aktienkapital von 42,17 Millionen M. insgesamt 4,80 Millionen Mark Verlust zu verzeichnen hatten. Im Jahre 1910 hat sich das Bild sehr günstig verändert; die Zahl der gewinnbringenden Gesellschaften nahm von 118 auf 128 zu, die der verlustbringenden sank von 31 auf 26. Der Reingewinn betrug im Jahre 1910 bei den 128 Gesellschaften mit 219,70 Millionen Mark Aktienkapital 27,18 Millionen Mark, der Verlust stellte sich bei den 26 Gesellschaften mit 34,40 Millionen Mark Aktienkapital auf 6,24 Millionen. Bei den mit Gewinn arbeitenden Gesellschaften stellten sich für die beiden letzten Jahre die einschlägigen Ziffern wie folgt:

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in 1000 M.	Reingewinne in M.			
	1900	1910	1909	1910		
Baugesellschaften	60	62	51420	52801	5706820	6328035
Terraingesellschaften	58	81	153319	166821	18398401	20801853
Zusammen	118	128	204739	219712	24104781	27190488

Bei den mit Verlust abschließenden Gesellschaften gestalteten sich die Abchlüsse folgendermaßen:

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in 1000 M.	Verluste in M.			
	1900	1910	1909	1910		
Baugesellschaften	8	6	3309	3213	918506	1207591
Terraingesellschaften	23	20	83557	81183	8881440	4035051
Zusammen	31	26	42166	84396	4799946	5242642

Insgesamt ergibt sich für 149 Gesellschaften mit einem von 246,91 auf 254,11 Millionen Mark erhöhten Aktienkapital im Jahre 1910 ein Gewinnerüberschuß von 21,89 Millionen Mark gegen 19,80 Millionen im Jahre 1909. Er ist also von 1909 auf 1910 um 13 1/2 Proz. gestiegen. Trotz der Zunahme der Verlustsumme hat sich der Ueberläuß noch kräftig gehoben. Besonders günstig haben die Terraingesellschaften abgeschlossen, während bei den Baugesellschaften die Gewinnsteigerung weniger kräftig war. Bei ersteren ging der Ueberläuß von 14,52 Millionen Mark im Jahre 1909 auf 16,77 Millionen im Jahre 1910 hinauf, bei letzteren stieg er von 4,79 auf 5,12 Millionen. Mit einer bemerkenswerten Gewinnsteigerung ragen unter den Terraingesellschaften die Terraingesellschaft Berlin und Borsote, die Lehndorff-West-Terrain-G. G., die Heilmannsche Immobilien-Gesellschaft München, sowie die Hannoverische Immobilien-Gesellschaft hervor.

Gemischte Werke.

Der Prozeß der Vereinigung von Hüttenwerken mit Kohlenzechen nimmt seinen unaufhaltsamen Fortgang. Augenblicklich verhandeln die Eisenwerke Buderus mit der Bergbaugesellschaft Wachen über eine Vereinigung der Betriebe. Damit säwündet aus dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat wieder eine Fede und dem Syndikat geht mit den Buderus'schen Eisenwerken wieder ein Uennehmer verloren. Auf die Bedingungen der Fusion wird erst dann näher eingegangen sein, wenn sie genau festgelegt worden sind, was gegenwärtig noch nicht der Fall ist. Augenblicklich verdienen nur die allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte der Vereinigung hervorgehoben zu werden. Die Buderus'schen Eisenwerke stellen in erster Linie Kobelisen her und verbrauchen dazu eine bedeutende Menge Koks. Sie haben alljährlich in ihrem Geschäftsbericht schon darüber gesagt, daß sie bei den hohen Preisforderungen des Kohlenyndikats keinen Gewinn mehr erzielen können. Auf der anderen Seite hat die Bergbaugesellschaft Wachen unter der Ungunst der Verhältnisse der reinen Zechen sehr zu leiden gehabt. Daher war eine Fusion sofort gegeben, sobald sich nur die Verwollungen und Geopaktionäre über das Umtauschverhältnis klar geworden waren. In der Regel verberben die Aktionäre und die Börsenspekulation solche technisch möglichen Pläne dadurch, daß sie in übertriebenem Optimismus die Kurse betart in die Höhe setzen, daß dann keine Einigung mehr erzielt werden kann. Bei der in Rede stehenden Vereinigung ist zu bemerken, daß dem neuen ge-

berste und beharrlichste Kritiker der „Konservativen" Politik der amerikanischen Union war."

Leider ist aus dem Buche nicht zu ersehen, wie Gompers über jene Arbeiterversammlung in Berlin, wo er interpelliert wurde, denkt. Diese Veranstaltung zu seinem Empfang muß ohne jede Bedeutung gewesen sein, denn sonst hätte sie Gompers auf keinen Fall in seiner sonst sehr detaillierten Berichtserstattung übersehen. —

Amerika ist das am meisten entdeckte Land unter der Sonne. So ziemlich jeder Reisende glaubt seine Pflicht nicht ganz erfüllt zu haben, wenn er die neue Welt nicht beschreibt. Die Zeit zwischen Laqueville und James Orthe hat einen recht hohen Berg Bücher, zum Teil sehr gründliche Werke über die Vereinigten Staaten gebracht, von den ständigen Zeitungskorrespondenzen gar nicht zu reden. Ueber die allgemeinen Verhältnisse der Union ist das lesende Publikum Europas gut unterrichtet, man möchte fast sagen, besser als die Amerikaner selbst.

Umgekehrt liegen die Dinge viel ungünstiger, ein Zustand, der zum Teil in der größeren Schwierigkeit seine Erklärung hat. Graste Werke über die vielgestaltigen Verhältnisse der europäischen Länder sind in Amerika relativ selten, und was davon vorhanden ist, wird wenig gelesen. Viele der billigen Tageszeitungen bringen in ihren Sonntagsausgaben zwar ständig ein Seite mit „Neuigkeiten aus dem alten Land". Aber diese Berichte sind, von spärlichen Ausnahmen abgesehen, derart verberbete Stimmungsbilder, oberflächliche Darstellungen, dämlicher Hoffläuß, ekelhafte Verherrlichungen der Potentaten und ihres Geschlechtes, daß selbst die deutschen General- und Lokalzeitungen sie aufzunehmen nicht wagen könnten. Diese „Neuigkeiten" bilden für breite Schichten des arbeitenden Volkes die einzige Kenntnisquelle. Wenn man sie ständig liest, so muß man gezwungenermaßen zu der Ansicht kommen, daß es in Europa neben den gekronten Häuptern und ihren Frauen kaum noch etwas Gutes, was der Beschreibung wert sei. Wie das arbeitende Volk lebt und streitet, wie es strebt, sich kulturell und wirtschaftlich zu heben, wie es gegen den feudalen Druck und die politische Reaktion und wirtschaftliche Knechtung ankämpft und darin Fortschritte macht, davon weiß der Durchschnittsamerikaner herzlich wenig. Nun ist hierin allerdings in der allerletzten Zeit eine merkwürdige Besserung eingetreten, dank dem regeren Verkehr und Meinungsaustausch mit der alten Welt. Zum meist sind es wiederum Europäer, die sich an die schwierige Aufgabe machen, den Landsleuten ihrer Wahl die alte Heimat geistig näher zu bringen, die versuchen, die tiefeingefressenen Vorurteile und falschen Meinungen zu heffigen. Schade nur, daß ihre Werke dorthin den Weg am seltensten finden, wo sie am allerunwendigsten sind, auf den Lesetisch des Arbeiters.

So liegt Grund und Bedürfnis, Aufklärung über die Lage und Kämpfe der europäischen Arbeiter zu schaffen, in Amerika genug vor. Vor allem sind Berichte nötig von Arbeitern über die

mischen Wert die Vorteile der Gültigen im gegenwärtigen Stand nicht zulassen, da Maßnahmen bisher eine reine Fische und Wunders ein reines Eisenwerk war. Die künftige Gesellschaft muß also den Arbeitslohn für die Gültigen beim Standhalten verweigern, und zwar mit der hohen Umlage, die gegenwärtig erhoben wird. Doch genießt die Gesellschaft bei einer Erneuerung des Standhalts dann alle Vorteile der Gültigen, die ihnen in einem eventuellen neuen Vertrage zukommen werden.

Soziales.

Die Gewerbeinspektion für Mecklenburg-Schwerin
hat ihren Bericht für das Jahr 1910 erscheinen lassen. Wie sich das für das Unterland Mecklenburg verzieht, verzieht der Gewerbeinspektor darauf, Ausführungen allgemeiner Art zu machen. Er bietet in seinem Bericht eine reiche Arbeit über Tatsächlichkeiten. Die „exakte Forschung“ des hinreichend bekannten Hofstadter Professors Ehrenberg kann also damit zufrieden sein. Soviel aber geht aus den Berichtszahlen doch hervor, daß die mecklenburgische Gewerbeinspektion völlig unzureichend ist. Denn von 8888 revidierungspflichtigen Betrieben mit 27069 Arbeitern wurden nur 967 mit 17758 Arbeitern kontrolliert. Die Sucht nach billigem Menschenfleisch teilen die mecklenburgischen Unternehmer mit ihren Kollegen in anderen Bundesstaaten. Der Bericht des Gewerbeinspektors muß konstatieren, daß die Zahl der Arbeiterinnen, die über 16 Jahre alt sind, sich um etwas über 5 Proz. vermehrt hat; die Zahl der jugendlichen Arbeiter hat gar eine Zunahme um 15 Proz. erfahren. Eine Besserung der Lebenshaltung der mecklenburgischen Arbeiter kann der Gewerbeinspektor nicht konstatieren, vielmehr führt er aus, daß „die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft sich gegen das Vorjahr wenig geändert hat“. Die junkerliche Finanzreform quitiert der Bericht mit tiefen Seilen: „In der Zigarrenindustrie hat die neue Steuer in einigen Fällen zur Kürzung der Arbeitszeit, Entlassung oder völligen Aufgabe der meist wenig umfangreichen Betriebe beigetragen.“

Versammlungen.

Zum Lohnkampf im Bauklemperergewerbe Groß-Berlin

nahm am Donnerstagabend eine allgemeine Mitgliederversammlung der Klemperer Stellung, die in den Konfordia-Festhallen stattfand. Der Referent Dietrich schilderte die Entscheidung und den bisherigen Verlauf der Bewegung, die ja eine Fortsetzung des dreizehntägigen Kampfes vom Jahre 1909 ist. Damals brachte der Kampf den Arbeitern keinen Vorteil, aber auch die Unternehmer erreichten ihre Absicht, den Arbeitern einen unannehmbaren Tarif aufzuzwingen, nicht. Die Arbeiter wollten die Bewegung schon im vorigen Jahre von neuem aufnehmen, verschoben sie jedoch aus Rücksicht auf den Werftarbeiterstreik auf 1911. Ueber den Verlauf des diesjährigen Kampfes hat ja der „Vorwärts“ seine Leser fortwährend unterrichtet. Bezeichnend für die Absichten und Hoffnungen der Unternehmer ist ein Ausspruch, den der Obermeister Kulak kurz nach Pfingsten dem Streikleiter Dietrich gegenüber getan hat. Es war bei einer Besprechung, die dadurch zustande gekommen war, daß Dietrich am zweiten Feiertag zufällig mit dem Schriftführer der Klempererinnung, Herrn Grünwald, zusammengetroffen war und von diesem über den Streik befragt und veranlaßt wurde, Herrn Kulak aufzusuchen. Wenn aber der Schriftführer der Innung wirklich geglaubt hatte, daß nun eine Einigung möglich wäre, so zeigte es sich bei der Besprechung mit dem Obermeister sofort, daß man sich getäuscht hatte. Herr Kulak sagte unter anderem ungefähr folgendes: „Wir sind fest überzeugt, daß wir die Massen des Metallarbeiterverbandes nicht leermachen können; aber was wir wollen, das ist, daß wir die einzelnen Streikenden in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen so herunterbringen, daß sie zur Arbeit kommen müssen.“ Die Streikenden sollen also gründlich ausgehungert werden, bis sie kommen und das Unternehmertum um Arbeit anbeteln und als Sklaven in das Joch der Arbeit zurückkehren. Das möchten die Herren gar zu gern; aber es ist dafür gesorgt, daß der brutale Plan nicht gelingt. Wie die Streikenden fest im Kampfe ausharren, so sind auch ihre arbeitenden Berufsgenossen bereit, alles aufzubieten, um ihnen den endlichen Sieg zu sichern. Das wurde auch in der Diskussion deutlich genug gesagt und überdies in einer einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck gebracht.

Um weiterhin auch für die Unterstützung der ausgesetzten Arbeiter im Bauklemperergewerbe zu sorgen, wurde einstimmig beschlossen, freiwillige Beiträge zu leisten, wozu Marken im Werte von 50 Pf. herausgegeben werden unter der

Voraussetzung, daß jeder arbeitende Kollege je nach seiner wirtschaftlichen Lage zwei oder mehr Marken wöchentlich nimmt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Die Kohleleger und Helfer Berlins und Umgegend hielten am Donnerstag eine stark besuchte Wanderversammlung ab, die sich in der Hauptsache mit der Angelegenheit Kamrath und Brandt befaßte. Bei den genannten Firmen haben die Mitglieder des Wiesenthalischen Verbandes die Arbeit niedergelegt. Der deutsche Metallarbeiterverband hat diese Arbeitsniederlegung nicht mitgemacht, da bei Brandt der Tarif des D. M. V. seit November und bei Kamrath seit dem letzten Dienstag anerkannt und auch eingehalten wird. Die Veranlassung zur Arbeitsniederlegung bei den beiden Firmen durch die Wiesenthaler ist, wie Hein als Berichtserstatter kundtat, durchsichtig genug. Bei Kamrath verlangen die Wiesenthaler die Entlassung des Vertrauensmannes vom D. M. V., weil derselbe angeblich — Abfälle verkauft haben sollte. In Wirklichkeit ist der Grund darin zu suchen, daß der betreffende Vertrauensmann pflichtgemäß sein Amt ausübte.

Bei Brandt wurde die Arbeit eingestellt, weil dort ein Mitglied des D. M. V. den tarifmäßigen Lohn nicht erhalte. Für das betreffende Mitglied trifft dies nun allerdings insofern zu, als der Mann in einer Art Bezahlungsverhältnis steht, da er die Branche neu erlernt. Nun ist im Tarif des D. M. V. eine Bestimmung über Bezahlungen überhaupt nicht vorgesehen, insofern liegt keine Veranlassung vor, hier einzuschreiten.

Kerner berichtete Hein noch über einen Fall aus Kottowitz, wo Wiesenthal ebenfalls in bekannter Manier gearbeitet hat. Dort traten am 8. Mai d. J. bei zwei Firmen die Heizungsmonteur, Installateure und Helfer in den Streik, um ein Tarifverhältnis herbeizuführen. Von den 33 Arbeitern gehörten 4 dem Wiesenthalischen Verbande, die übrigen dem D. M. V., an, beginn waren sie unmorganisiert. Einmütig hatten diese 33 Mann den Vorstand des D. M. V. mit der Durchführung der Bewegung beauftragt. Nachdem bis zum 11. Mai alles gut und glatt vor sich ging, blieben die Wiesenthaler plötzlich weg. Des Rätsels Lösung lag in der Ankunft Wiesenthals, der am selben Tage eine Versammlung einberief, zu der jedoch nur 21 Personen erschienen, darunter, abgesehen von den 4 Wiesenthalern, keine Kohleleger und Helfer. Die Streikenden waren vernünftigerweise für diesen Persönlichkeitsversuch nicht zu haben. Für das letztere sprach ein Tarifentwurf, den Wiesenthal den Firmen unterbreitete. Es wurde ihm von den Inhabern aber bedeutet, daß man mit ihm nichts zu tun haben wolle. Nun hob Wiesenthal den Streik — den die Wiesenthaler gar nicht beschloßen hatten — auf. Ehe jedoch dieser Beschluß gefaßt wurde, hatte der D. M. V. mit der einen Firma eine Verständigung auf günstiger und zufriedenstellender Grundlage erzielt, dergleichen kurz nachher mit der anderen Firma.

In der Diskussion nahm der Wiesenthaler Wilipp das Wort und erklärte am Schlusse seiner Ausführungen, daß er das Verhalten der Mitglieder des D. M. V. anlässlich der Arbeitsniederlegung bei Brandt als Streikbruch bezeichnen müsse.

H. a. sprach dann Higinus vom D. M. V., der eine eingehende Darstellung des Sachverhalts gab und das Vorgehen des D. M. V. als durchaus einwandfrei darstellte. Nach ihm nahm Wilipp unter andauerndem Widerspruch noch einmal das Wort, um seine Ansicht zu verteidigen. Der nächste Redner vom D. M. V. richtete an Wilipp die Frage, warum die Wiesenthaler gerade in dieser Firma das Verbot von Wasserleitern usw. zum Ausgangspunkt einer Arbeitsniederlegung machen, während sie sich in anderen Betrieben angesichts weit größerer Pflichten ruhig verhalten? Der Zweck der Aktion sei eben zu durchsichtig.

Hein ging nochmals auf die Wortwahl Wilipps recht wirkungsvoll ein und erklärte, daß der D. M. V. die Wiesenthaler zur Durchführung einer Bewegung nicht brauche, nur im Interesse der Gesamtheit und der Arbeiterbewegung wünsche er eine einheitliche, geschlossene Fronte. Wenn Wilipp sage, sie hätten, wären die Mitglieder des D. M. V. mit in den Streik gegangen, denselben sofort, aber ausnahmsweise vom Nachweis für das Kohlelegergewerbe Arbeit verschafft, so fühle er das Erniedrigende eines solchen Anerbietens wohl nicht. Der Vorwurf des Streikbruchs, von einem Verband ausgesprochen, der sich nach unserer Meinung zur gelben Gewerkschaft entwickelt hatte, pralle am D. M. V. wirkungslos ab. (Stürmischer Beifall.)

In der Sache Kamrath nahm der Herr, der erschienen war, selbst das Wort. Er teilte den Sachverhalt folgendermaßen mit: Der Kohleleger von den Wiesenthalern, Levin, den er wegen Zusätzkommens zur Rede stellte, sagte hierauf: „Meister, damit Sie leben, daß ich nicht allein schuldig bin, will ich Ihnen sagen: Der Hampel (Vertrauensmann des D. M. V.) hat Abfälle verkauft!“ Er, Kamrath, sehe die Abfälle ja als sein Eigentum an, habe aber nichts dagegen, wenn die Leute sie verkaufen und den Erlös unter sich verteilen, nur sollten sie es ihm mitteilen. Hampel sei übrigens ein sehr tüchtiger und valenter Arbeiter und er wünsche, immer solche Arbeiter zu haben. In seinen weiteren Ausführungen bestätigte er Wort für Wort das, was Hein (D. M. V.) gesagt, vollständig. Das gleiche gilt von den folgenden Rednern. Nachdem er nochmals geteibel und die Rede des Herrn Kamrath abzuwachen versucht hatte,

sein mögen, mit ihren Erfolgen, ihrer männlich-proletarischen Gesinnung, ihrem Klassenbewußtsein, ihrer Arbeit im Denken und Handeln und ihrem Einfluß auf das öffentliche Leben getrost neben die American Federation of Labor stellen können.

Comper's hat die Sozialdemokratie und alles, was mit ihr zusammenhängt. Das wird ihm nur der verdanken können, der nicht die vielen Gründe seines Hasses kennt: So ziemlich alle seine Pläne und Taten werden von Sozialisten in garstiger Weise benützt. Insonderheit sehen sie seiner eigenartigen Verdrängung des Klassenkampfes, seiner Politik mit den bürgerlichen (korrupten) Parteien und seiner Vereinigung mit dem in der Civic Federation vertretenen Großkapitalisten heftigen Widerstand entgegen. Daß aus diesen ständigen Schamähelein kein heilvolles Verständnis für die Sozialdemokratie, noch Freundschaft für ihre Anhänger sprechen kann, versteht sich. Von Zeit zu Zeit hält Comper, wenn gerade keine tragfähige Rednerbühne frei ist, im „Federationist“, das Organ der American Federation of Labor, Straßpredigten gegen seine Widersacher und Widerlegungen der sozialistischen Theorie, die von beängstigender Gelehrsamkeit zeugen. Zu verlangen, daß diese Wortgefechte in strenger Sachlichkeit ausgetragen werden, wäre unbillig. Die Öffentlichkeit ist darum auch nachsichtig, wenn er behauptet, (amerikanische) Sozialisten würden von Unternehmern mit Mitteln gespeist, die grundlegenden Gedanken Marxens seien die ollen Kamellen amerikanischer oder sonstiger Autoren, die Erfolge des Klassenkampfes seien mehr als fragwürdig, und der Sozialismus sei ganz unamerikanisch und wurmtüchtig (unsound) obendrein. Unsere Genossen sind ungalant genug, an der Wahrheit dieser Behauptungen zu zweifeln. Als Beweis für die Heberlegenheit der Klassenbewußten Politik des Proletariats führen sie die Fortschritte in den Ländern mit harter sozialistischer Bewegung, in erster Linie Deutschland an. Die andere Seite sucht das Gegenteil darzutun.

Der simple Unionsmann muß sich diesen diametral entgegengegesetzten Behauptungen gegenüber vornehmen, wie Wilcoans Esel zwischen den zwei Heubündeln. Die Unsicherheit, die Unmöglichkeit, eine klare Meinung über die strittigen Fragen zu fassen, hat in trade-unionistischen Kreisen das Verlangen nach einer sachverständigen und gemeinverständlichen Darstellung der Partei-, Gewerkschafts- und Arbeitsverhältnisse Europas laut werden lassen. Sie können und werden nun, um ihren Rang an Kenntnissen zu beheben, nach dem Buche Comper's greifen. Ob sie darin ihre Erwartungen erfüllt finden? Ob sie damit eine unparteiische, von kundiger, nach Wahrheit strebender Feder geschriebene Darstellung der Verhältnisse der alten Welt, oder ein von Vorurteil, Antipathie und Gefügigkeit gemaltes Bild erhalten haben?

Auf diese Fragen werden die Leser selbst am besten antworten können, wenn eine Anzahl Blicke aus dem Buche Comper's gegeben worden sind, was in den nächsten Artikeln geschehen soll.

nahm dieser das Wort nochmals und löste lebhaftes Entzücken aus, als er mitteilte, daß ein Wiesenthaler, den er einmal um Heugnis in einer Klagesache gebeten hatte, ihm gesagt: „Wenn Sie nicht bewilligen, zeige ich Sie an wegen Meineidsverleitung, wie gehen über Leichen!“ Sein erklärte zum Schluß, daß er überzeugt sei, daß Wiesenthal mit der denkbar größten Rücksichtslosigkeit vorgehen würde.

Aus aller Welt.

Fortsetzung des deutschen Rundfluges.

Nach achtstündiger Pause, die durch Fluglunzen in Kiel ausgefüllt wurden, startete gestern früh ein Teil der Teilnehmer für die fünfte Etappe des Rundfluges. Die Fahrt ging von Kiel nach Lübeck, wo eine Zwangszwischenlandung vorgesehen war, und von dort nach Lüneburg; insgesamt 147 Kilometer. Sieben Flieger waren startbereit. Als erster stieg kurz nach 4 Uhr morgens bei regnerischem Wetter Bächner auf, der in seinem Apparat einen Passagier mitführte. In kurzen Abständen folgten Lindpaintner (mit Passagier), Reichardt, Thelen, Schauenburg (mit Passagier) und Vollmüller, der gleichfalls mit Passagier flog. Nachdem der einsehende Regen etwas nachgelassen hatte, stieg nach 5 1/2 Uhr noch König mit einem Passagier auf. Zur Zwischenlandung in Lübeck erschienen als Erster Bächner, dann Lindpaintner, Vollmüller, Thelen. König hatte auf der Strecke Rotordefekt, der ihn zweimal zur Landung zwang. Erst um 10 Uhr vormittags traf er in Lübeck ein. Reichardt mußte in Gosau und Schauenburg in der Nähe von Gutin niedergehen. Am Ziel in Lüneburg traf als Erster um 6 Uhr 10 Minuten morgens Lindpaintner ein, ihm folgte wenige Minuten später Bächner. Als dritter langte Vollmüller an. Den Beschluß machte Thelen, da König von Lübeck erst gegen Abend weiterfliegen will.

Zur Typhus-Epidemie in Schneidemühl.

Dank der umfassenden Maßnahmen der Sanitätskommission hat sich die Zahl der täglichen Erkrankungen bedeutend vermindert. Am Donnerstag wurden 24 Personen in das städtische Krankenhaus eingeliefert, während am Freitag nur 15 Fälle an Typhus-Erkrankungen festgestellt worden sind. Der Leberwundungsdiene ist außerordentlich scharf und die Familien, in denen Typhus oder typhusähnliche Erkrankungen festgestellt worden sind, werden streng isoliert. Erfreulicherweise sind die Erkrankungen bisher nicht allzu schwer und die Ärzte hoffen fast alle Patienten, die im Krankenhaus oder in den Baracken Aufnahme gefunden haben, durchzubringen. In den Kasernen ist bisher noch kein Fall von Typhuserkrankung festgestellt worden. Die Untersuchung nach den Ursachen der Erkrankung wird eifrig fortgesetzt. Es scheint, daß eine Mollerei an der Peripherie der Stadt trotz des strengen Verbotes aus einem in der Nähe gelegenen Dorf, in dem die Maul- und Klauenseuche herrscht, Milch besorgen und so den Typhus verbreitet hat. Die sanitäre Lage der Stadt hat sich gelegt, doch reisen noch täglich zahlreiche begüterte Familien ab, um eine Ansiedlung vorzubringen. Die Schulen und ebenso einige Fabriken bleiben bis auf weiteres geschlossen.

Eine Bauerngenossenschaft in Schwierigkeiten.

Die Bezugs- und Ablagengenossenschaft des Rheinischen Bauernvereins weist nach dem in der unter dem Vorsitz des Kreisraters von Los in Köln abgehaltenen Generalversammlung erstatteten Bericht über das verlossene Geschäftsjahr einen Verlust von 307 527 Mark und eine Schuld von 1 167 118 Mark bei der Rheinischen Bauerngenossenschaft auf; ferner sind an die Lieferanten noch 504 480 Mark zu zahlen, so daß sich eine Fehlsomme von nahezu zwei Millionen Mark ergibt. Nach den mit großer Mehrheit angenommenen Sanierungs-vorschlägen verlieren die Mitglieder durch Zusammenlegen der Anteile im Verhältnis von 4 zu 1 von je 200 M. 150 M.

Wenn solche Zustände in einer Arbeitergenossenschaft herrschten, so müßten wir das dem Zentrum nahestehenden Bauernverein, wie hier in dem großen dem Zentrum nahestehenden Bauernverein, so müßten wir das dem Gefahre der bürgerlichen Presse nicht erleben.

Kleine Notizen.

Die Oberschiffahrt lahmgelegt. Auf der kanalisierten Oberstraße ist, wie die „Schlesische Ztg.“ meldet, gestern früh das Wehr bei der Reikemündung abgedrohen, und das Wasser abgestossen. Die Oberschiffahrt ist lahmgelegt.

Grubensturz in Oberschlesien. Auf der Konfordia-grube bei Zabrze stürzten plötzlich Kohlenmassen in den Schacht, wodurch mehrere Bergleute verschüttet wurden. Der Bergmann Wamel konnte nur als Leiche geborgen werden. Einige Bergleute trugen Verletzungen davon.

Schweres Bootunglück. Im Hafen von Antwerpen kenterte gestern mittag ein dem Passagierverkehr dienendes Boot, das mit 20 Personen besetzt war. Trotz aller Rettungsversuche sind acht Personen ertrunken.

Cholera und Pest. Wegen der nicht mehr zu leugnenden Choleraerkrankungen in verschiedenen Orten Italiens, so in Venedig und Palermo, sind in den italienischen Grenzstationen Vorsichtsmahregeln getroffen worden, um eine Verschleppung der Seuche zu verhindern. — In Odesa ist neuerlich wieder ein Pestfall bakteriologisch festgestellt worden.

Der Geist der Unzufriedenheit

in Bildern, Lächern

..... und Verjen

Bon G. Brandt • Preis Mt. 2,50

Diese aktuelle politische Satire in Bild und Wort wird allen „Freunden unserer Politik“ viel Vergnügen bereiten. Es ist ein ganz eigenartiges Werk, das überall großes Aufsehen erregen muß.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 (Laden).



A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Sonnabend. Soweit Vorrat



Lillign Kürzm-Fagen

Hervorragendes Angebot

Extra-Verkauf im Lichthof

Tändelschürzen weiss oder farbig.....	45, 75, 95 Pl.	Miederschürzen verschied. Stoffe, hübsch garniert	1.25, 1.65
Tändelschürzen mit Trägern, weiss, mit Stickereigarnierung.....	95, 1.25	Trägerschürzen farbig, mit Bortenbesatz.....	95, 1.25, 1.45
Tändelschürzen aus mode Satin, mit reicher Spitzengarnierung.....	1.25	Kleider-Reformschürzen in verschiedenen Ausführungen.....	1.25, 1.45
Hausschürzen aus gestreiftem oder kariertem Gingham, mit Volant.....	75, 95, 1.25	Küchenschürzen Blandruck vorzügl. Qualität.....	95, 1.25
Hausschürzen aus schwarzem Panama.....	1.10, 1.45	Servierschürzen aus weissen Stoffen, mit breiten Stickereien garniert.....	1.25, 1.45

Ein grosser Posten Kinderschürzen farbig oder weiss, in verschiedenen Grössen..... durchweg Stück	95 Pl.	Ein Posten Russenkittel prima Stoffe, hübsch garniert, in 3 Grössen..... durchweg Stück	1.25
---	---------------	---	-------------

Belle-Alliancestrasse Gr. Frankfurterstrasse

In der Lebensmittel-Abteilung:

Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Gervelat- o. Salamiwurst Pfund	1.20	Kirschen Pfund	10, 25 Pl.	Junge Bohnen Pfund	16 Pl.
Nusschinken Pfund	1.05	Erdbeeren Pfund	25, 35 Pl.	Wirsingkohl Kopf	13 Pl.
Schinkenspeck Pfund	90 Pl.	Blaubeeren Pfund	32 Pl.	Moerrüben 3 Bund	10 Pl.
Schinkenecken Pfund	65 Pl.			Neue Kartoffeln 3 Pfund	25 Pl.

Kasseler..... Pfund **78 Pl.**

10 *Wunderwurz*
Yorox
für *Wunder*

1911.		
24	Sonnabend	Juni
25	Sonntag	Juni
26	Montag	Juni
27	Dienstag	Juni
28	Mittwoch	Juni
29	Donnerstag	Juni
30	Freitag	Juni
1	Sonnabend	Juli
2	Sonntag	Juli
3	Montag	Juli

Lyons
= 886 =
gloomy

Möbel
Jeder einzelne Gegenstand bis zum Betrag von Mk: 60- Anzahlung

Alte
York
73.

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden
Dr. Popke, Rosenthaler Str. 70
Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder**,
an der neuen Heerstrasse beim **Alten Freund**.

Die dunkelste Ecke wird taghell, wenn Sie auf Ihrer Lampe **Urania-Salonoel** brennen.

Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte **Urania-Salonoel** (der Name ist gesetzlich geschützt) zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft. **Nur der volle Name**

Urania-Salonoel bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische **Sicherheits-Petroleum** zu erhalten. 215/5*

Urania-Salonoel bietet größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft. Keine Verwechslung mit österreichischem (galizischem) Petroleum.

Nebenstehendes Plakat bezeichnet die Verkaufsstellen.

Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Dabendorf T.B. steht uns das Lokal „Zum deutschen Kaiser“, Inh. Georg Wichmann, zu allen Veranstaltungen zur Verfügung. — Aus Mariendorf wird noch berichtet, daß die gute Absicht des Herrn v. Niedrowski, sein Lokal „Karienhöhe“ allen Parteien ohne Unterschied zur Verfügung zu stellen, sehr schnell durch den Terrorismus der Scharmacher zu nichte geworden ist. Nachdem uns das Lokal für den 27. Juni zu einer Volksversammlung zur Verfügung gestellt war, kam am 20. Juni plötzlich von Herrn v. Niedrowski der Bescheid, daß er seine Zulage zurückziehen möchte, da ihm sonst der Militärbojott bevorsteht. Pflicht aller Parteigenossen muß es sein, den Saalabtreibern in Mariendorf das Handwerk zu legen. Nur solche Lokale dürfen besucht werden, deren Inhaber Kandidat genug besitzen, diesem scharfmacherischen Treiben entgegenzutreten.

In Dahme, Kreis Jüterbog-Luckenwalde, steht uns das Lokal von Nietdorf zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Gr.-Lichterfelde. Am Dienstag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Erpel, Gr.-Lichterfelde-Süd, Berliner Str. 124, Mitgliederberathung des Wahlvereins. Sämtliche Mitglieder haben sich über die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft und des Abkommens auf den „Vorwärts“ auszuweisen. „Vorwärts“-Bestellungen nimmt H. Bernice, Steglitz, Alsenstr. 5, entgegen. Der Vorstand.

Schmargendorf. Am Sonntag früh, 7 Uhr, Flugblattverbreitung. Treffpunkt: Gasthaus zum Lindenbaum.

Mariendorf. Die Besucher des Botanischen Gartens treffen sich Sonntag, früh 9 Uhr am Bahnhof Mariendorf. Nachzügler am Bahnhof Steglitz 1/2 10 Uhr. Der Vorstand.

Schmargendorf. Am Sonntag, 25. Juni, früh 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung vom Gastwirt A. Pötscher, Spandauer Str. 40 aus. Der Vorstand.

Johannisthal. Die Genossen und Genossinnen treffen sich Sonntag, früh 8 Uhr bei Artner, Kaiser Wilhelmstr. 48, um die Reueanlagen der Konsumgenossenschaft in Dichtenberg zu besichtigen. Die Mitgliederberathung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 27. Juni, abends 9 Uhr, bei Weller, Friedrichstr. 6, statt. Tagesordnung: Vortrag über „Heinrich Heine“. Referent: Genosse Erich Steuer. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Grig-Budow und Umgegend. Sonntag, den 25. Juni, nachmittags 8 Uhr, öffentliche Versammlung unter freiem Himmel auf dem Grundstück des Gen. Karl Klein, Gastwirt in Budow, Chausseestraße 12. Tagesordnung: „Die politische Lage“. Referent: Gen. E. Soeske. Erster Genosse, die sich daran beteiligen, treffen sich bei Gruhn, Grig, Chausseestr. 18. Abmarsch 9 Uhr. In Budow Sonntag früh 8 Uhr: Handzettelerverbreitung. Der Führer.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde des „Vorwärts“ fällt am heutigen Sonnabend aus. Vom Montag, den 26. Juni bis einschl. Sonnabend, den 15. Juli, findet dieselbe in der Zeit von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Der Groß-Berliner Hülftag für Mutter und Kind, um den in den letzten Monaten und Wochen so viel gestritten worden ist, wird nun am 24. Juni für Berlin und am 25. Juni für die Vororte in Szene gehen. Das leitende Komitee veröffentlicht in letzter Stunde noch einen Aufruf, der noch einmal die Beforgnis zerstreuen will, daß durch diese Veranstaltung das soziale Gewissen der besitzenden Klasse eingeschläfert werden solle. Ein Tag der Erweckung, ein Tag der Schärfung des sozialen Bewusstseins sei der Hülftag für Mutter und Kind, ausgerufen werde das Gewissen, um beizusteuern zur Bänderung ihrer Not.

Die Besteuer will man belanlich erheben durch den Verkauf von Blumen, von Margueriten, die jeder nach dem Grad seiner Zahlungsfähigkeit mit einem Betrag in selbstgewählter Höhe bezahlen soll, ganz so, wie kürzlich bei dem Kornblumentag und bei den anderen Blumentagen, die bereits stattgefunden haben. Für einen Groschen schon kann heute jedermann sich eine Schärfung seines sozialen Bewusstseins kaufen, für einen Groschen sich schmücken mit der ihm durch Mähdendhand überreichten Blume, die er stolz als Duitung über die vollzogene Bewusstseins Schärfung sich ins Anoploch steckt. Diese Einwirkung auf das Gewissen wollte man vor allem auch durch kinematographische Darstellungen der Räte von Mutter und Kind herbeizuführen versuchen, so war es im Verlauf der Debatten über den Plan des Groß-Berliner Hülftages angekündigt worden. Damals mußte angenommen werden, daß die Hülftag-„Kontakts“ sich an die gesamte Bevölkerung wenden würden. Zutritt haben aber fast nur diejenigen Personen erhalten, die am Hülftag die Gabendirekte betreiben sollen, die jungen Mädchen der besitzenden Klasse, die allerdings bisher einen sehr unzureichenden Begriff gehabt haben dürften, unter welcher Not so man die Mutter und so manches Kind zu leiden hat.

Die besitzlose Klasse bedarf solcher Belehrung nicht, sie braucht nicht ihr soziales Gewissen erst erwecken und schärfen zu lassen durch den Anblick kinematographischer Bilder der Not oder durch die Raßnung blumenverkaufer junger Damen, die der Not mit Bettelsternchen wehren zu können sich einbilden. Sie kennt die Not ohne dies, kennt sie aus eigener Anschauung und verspürt sie nur zu oft an eigener Leibe. Sie erwartet aber nicht von Massenbeteuerungen die Abhilfe, die aller Not von Mutter und Kind ein Ende machen könnte. Das soziale Gewissen der besitzlosen Klasse ruft auf zum Kampf um die Befreiung der Arbeit aus den Fesseln des Kapitalis, zum Kampf für Herbeiführung einer demokratischeren und gerechteren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der es keine Ausbeutung und keine Klassen gibt.

Wie steht zu diesem Kampf sich die besitzende Klasse, die heute ihre Töchter mit Blumenbüschen und Sammelbüchsen auf die Straße und in die Häuser schickt? Sie sucht mit allen Mitteln diejenige Wirtschaftliche und Gesellschaftsordnung zu schützen, die sie selber allen Reichtum und alle Macht sichert, der Arbeiterklasse aber alle Ohnmacht und alles Elend bringt. Und da verlangen diese „warmen Herzen“, daß man ihren neuesten Wohltätigkeits-sport, den sie Hülftag nennen, für ein echtes „Werk der Nächstenliebe“ hält!

Mit der Errichtung einer kommunalen Fachschule für Kraftfahrzeugführer beschäftigte sich gestern eine unter dem Vorsitz des Stadtschulrats Dr. Michaelis tagende gemeinschaftliche Sitzung von Vertretern der Gemeinden Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Nixdorf und Grunewald. Die ebenfalls eingeladenen Gemeinde Wilmersdorf hat es ausdrücklich abgelehnt, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Nachdem Stadtschulrat Dr. Michaelis einen Überblick über die Vorgeschichte der geplanten Einrichtung gegeben hatte, wurden die allgemeinen Ge-

sichtspunkte besprochen, welche für die Fachschule maßgebend sein sollten. Die Vertreter der Gemeinden stimmten für ihre Person im Prinzip den bei der Beratung gemachten Vorschlägen zu. Insbesondere war man sich darin einig, daß der Bestand der Schule nur gesichert erscheine, wenn die Fachschule die Befugnis erlange, im Hinblick an die kurze Prüfungen abzuhalten und auf Grund dieser Prüfungen Berechtigungsbescheine für die Fahrzeugführer auszustellen. Es wurde beschlossen, mit dem Verkehrsministerium darüber zu verhandeln, daß vom Staat beantragte Vertreter zu den Prüfungen entsendet werden und der Fachschule die Berechtigung zur Ausstellung von Führerscheinen erteilt wird. Zur Zeit werden diese Prüfungen vom Dampfkesselrevisions-Verein abgehalten. Hinsichtlich der durch die Fachschule entstehenden Kosten wurde die Verteilung nach der Einwohnerzahl und dem Steuer-aufkommen in den einzelnen Gemeinden in Aussicht genommen. Eine zweite Sitzung wird nach den Ferien stattfinden.

Die Generalversammlung des Naturvereins Zoologischer Garten befahte sich mit dem Antrage, den Vorstand zu ermächtigen, den Vertrag mit der Ausstellungsgesellschaft, der zurzeit bis zum Jahre 1918 noch läuft, bis 1956 zu verlängern. Zur Begründung führte der Vorsitzende des Aufsichtsrats Geheimrat Lucas aus, daß die Ausstellungsgesellschaft den Erwartungen ihrer Schöpfer nicht entsprechen haben, so daß sie sich zurzeit in einer finanziell schwierigen Lage befinden. Um existenzfähig zu bleiben, müssen sie ihr Ziel ausdehnen. Dazu bedürfen sie aber einer Reihe von Neueinrichtungen und Umbauten, die nur dann rentabel erscheinen, wenn der Vertrag auf weiteres zehn Jahre verlängert werde. Der Aufsichtsrat habe nach reiflicher Erwägung geglaubt, die Forderung der Ausstellungsgesellschaft berücksichtigen zu sollen. Die Debatte über diesen Punkt der Tagesordnung war zum Teil recht stürmisch, bis schließlich Geheimrat Oberfinanzrat Böhlen das Wort ergriff, um den Standpunkt der Regierung klarzulegen: Der Vertrag mit der Ausstellungsgesellschaft sei nicht nur vom Zoologischen Garten, sondern auch von der Staatsregierung geschlossen worden. Ursprünglich waltete die Meinung ob, daß es möglich sein würde, eine große Halle für gemeinsinnige Zwecke zu gewinnen; diese Idee habe sich indessen nicht verwirklichen lassen. Es handelt sich nun um die Frage, ob man die Gesellschaft in ihrem Schaden sitzen lassen solle. Die Staatsregierung war der Ansicht, daß man ihre Erleichterung schaffen müsse, zumal man sich von der Uebernahme der Hallen durch den Zoologischen Garten selbst keine Vorteile versprach. Nach längerer Debatte wurde schließlich der Antrag mit einer Majorität von 25 Stimmen angenommen.

Schließung einer Mädchenklasse wegen Diphtherie. Die 7-M-Klasse der 10. Gemeindeschule für Mädchen in der Scharnhorststr. 12 ist gestern wegen Diphtherieerkrankung mehrerer Kinder dieser Klasse auf die Dauer von 14 Tagen geschlossen worden. Auf demselben Grundstück befindet sich auch die 48. Gemeindeschule für Knaben in welcher, auf verschiedene Klassen verteilt, ebenfalls Erkrankungen an Diphtherie vereinzelt aufgetreten sind. Ob es notwendig wird, etwa die Knabenschule zeitweise zu schließen, hängt von dem Ergebnis des schleunigst eingeholten nach den ministeriellen Bestimmungen vorgeschriebenen Gutachtens des Kreisarztes ab. Der zuständige Schularzt hat sich für Schließung beider Schulen ausgesprochen.

Die Ferien des Bezirksausschusses zu Berlin finden in der Zeit vom 21. Juli bis 1. September 1911 statt. In dieser Zeit dürfen Termine zur mündlichen Verhandlung der Regel nach nur in solchen Fällen abgehalten werden. Auf den Lauf der gesetzlichen Fristen bleiben die Ferien ohne Einfluß.

Verstärkter Waffengebrauch der Berliner Schutzmannschaft. Offiziell wird gemeldet: „Die zahlreichen Gewalttätigkeiten gegen Schutzmänner im Dienst, die besonders in letzter Zeit zugenommen haben, haben den Polizeipräsidenten v. Jagow veranlaßt, die Bestimmungen über den Waffengebrauch (§ 8 der allgemeinen Dienstvorschrift) dahin zu erläutern, daß die Beamten der Schutzmannschaft, wenn Gewalt oder Täuschlichkeit gegen sie selbst, während sie sich in Ausübung ihres Dienstes befinden, verübt wird, berechtigt sind, in dazu geeigneten Fällen, ohne vorherige Anwendung der Stiefwaffe, sofort von der Schutzwaffe Gebrauch zu machen.“ Bisher lautete der Passus in dem § 8: „Er darf sich der gefährlichen Waffe nur dann bedienen, wenn nach seiner pflichtmäßigen Ueberzeugung die von ihm geführte, milder gefährliche Stiefwaffe nicht genügt.“

Man kann nichts dagegen einwenden, daß Polizeibeamte im Kampfe gegen Verbrecher in gefährlicher Situation sich mit ihren Waffen zu schützen suchen. Doch sollten die besetzten Stellen auch nicht verabsäumen, den Beamten das Gewissen zu schärfen, um die Waffe nicht dort anzuwenden, wo es nicht dringend erforderlich ist.

Daß unsere Wahrung nicht überflüssig ist, haben gerade die Ereignisse in Noabit gezeigt.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Pferdeomnibus, bei welchem zwei Personen verletzt wurden, fand gestern vormittag gegen 11 1/2 Uhr vor dem Kriminalgericht in Alt-Noabit statt. Der Pferdeomnibus 910 der Linie 19 wollte einen Brauerwagen überholen und fuhr dabei unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 10 (Mittlung Weußelstraße) auf das Gleis. Der Führer des Straßenbahnwagens war nicht mehr in der Lage zu bremsen zu können und so erfolgte ein heftiger Zusammenstoß, wobei das Pferd des Omnibusses stürzte und unter den Vorderperron geriet. Es wurde dabei so schwer verletzt, daß es getötet werden mußte. Die Passagiere des Straßenbahnwagens kamen mit dem Schreck davon, während zwei auf dem Hinterperron stehende Personen, eine in der Spenerstraße wohnende Frau, sowie der Schaffner des Omnibusses auf das Straßenpflaster geschleudert wurden. Die Passagierin erlitt eine leichte Gehirnerschütterung, während der Omnibusschaffner den rechten Arm brach. Die beiden Verletzten wurden nach dem nahe gelegenen städtischen Krankenhaus Noabit geschafft, und erhielten hier die erste Hilfe.

Vorsicht vor Versicherungsagenten! Auf Grund der unter obiger Ueberschrift im „Vorwärts“ besprochenen Geschäftspraktiken einiger Versicherungsagenten geht vom Verband der Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaftlichen Deutschlands, Ortsgruppe Groß-Berlin, folgendes Schreiben aus: Es ist immer wieder darauf hinzuweisen, daß insbesondere Arbeiter, die sie sich auf irgendwelche Gespräche mit Agenten, Kaufleuten usw. einlassen, dieselben nach ihrer Zugehörigkeit zum Verband der Bureauangestellten prüfen. Dabei wird schon die Wahrnehmung gemacht worden sein, daß dann die Herren freisen oder aber nur leere Ausschüfte benutzen, um eben nicht an ihre Pflicht erinnert zu werden. Die großen Versicherungs-gesellschaften verstehen es ja in ganz rigoroser Weise, von ihren Angestellten immer mehr Pflichtversicherungen zu verlangen, so daß es den Leuten bald nicht mehr möglich wird, auch die von ihnen verlangten Abschüsse zu bringen. Die sogenannten blauen Briefe der Direktionen schweben als Damoklesschwert über jeden Angestellten. Hier gilt es eben auch zu zeigen, daß die organisierte Arbeiterschaft auch nur mit organisierten Agenten, Kaufleuten, Einnehmern usw. zu tun haben will. Würde letzteres mehr beachtet werden, würden sich erstens solche Schwindler nicht mehr in Arbeiterwohnungen wagen, und zweitens könnten die großen Gesellschaften auch nicht unerfüllbare Anforderungen an ihre Angestellten stellen. Im Interesse der organisierten Arbeitnehmer sollten

mit keinem Agenten, der kein Solidaritätsgefühl besitzt, auch keine Geschäfte abgeschlossen werden. Der Verband der Bureauangestellten ist bestrebt, gegen die Schwindelmethoden der Agenten anzukämpfen; dazu erbitten wir aber die Hilfe der organisierten Arbeiterschaft.

In der letzten Sitzung der Grundeigentumsdeputation wurde beschlossen, nimmere zwecks Erschließung der zum Verkauf stehenden Gasparzellen den Regulierungsarbeiten für die neue Verbindungsstraße zwischen Kaiser-Friedrich-Straße und Donaustraße weitere Folge zu geben und zwar vorläufig unter Ausföhlung der in Aussicht genommenen Plananlagen. — Der Vorsitzende teilte mit, daß die Regulierung der Straße 131 längs des Badeanstaltsgrundstücks demnächst in Angriff genommen wird. — Zur Aufschließung des Wohnviertels an der Saalestraße (Bahnhof Kaiser-Friedrich-Straße) beschloß die Deputation gleichfalls, die Regulierung der den städtischen Grundbesitz betreffenden Straßen belagigt in Angriff zu nehmen. — Die von dem Landwirt Richard Sandoma angekauften Grundstücke in den Müstertalen sollen der Gartenverwaltung zur Ueulung einer Baumschule überlassen werden. — Die Laubentloosung an der Straße 61 soll in städtische Regie übernommen werden.

Ein unangenehmes Versehen hat sich vor einigen Tagen in der Bucherlenanabteilung der Igl. Charité zugetragen. Vor einiger Zeit wurde von der Berliner Kriminalpolizei eine aus drei Mitgliedern bestehende Bande internationaler Hoteldiebe verhaftet, gegen die unter dem Namen Neumann und Genossen eine umfangreiche Anklage in nächster Zeit erhoben werden sollte. Zu der Bande, die in dem Noabiter Untersuchungsgefängnis in Haft sitzt, gehört auch eine Artistin Wittenberg, die sich auch Chanjonette nennt. Diese wird wegen einer großen Anzahl ähnlicher Hoteldiebstähle von mehreren österreichischen Gerichtsbehörden strafrechtlich verfolgt und sollte nach Verbüßung der hier gegen sie erlassenen Strafe an Oesterreich ausgeliefert werden. In dem Noabiter Untersuchungsgefängnis ergab es sich, daß die W. in anderen Umständen war und in etwa drei Monaten ihrer Niederkunft entgegen sah. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters wurde die W. deshalb als Polizeigefangene nach der Erwidungsaustalt der Igl. Charité geschafft. Als dort vorgelesen der Anwalt der Inhaftierten erschien, um mit der W. auf Grund der ihm erteilten Sprecheraubnis Rücksprache zu nehmen, wurde ihm im Bureau der Charité der überraschende Bescheid zuteil, daß die W. entlassen sei. Da der Anwalt dies für unmöglich hielt, erkundigte er sich bei dem Pflegerpersonal der betreffenden Abteilung, welcher die W. überwiesen war. Es wurde ihm bestätigt, daß die W. einfach weggegangen sei mit dem Bemerkten, daß sie ihren in der Friedrichstraße wohnenden Anwalt aufsuchen wolle. Seit dieser Zeit ist die Wittenberg spurlos verschwunden und konnte bisher nicht aufgefunden gemacht werden. Dem Vernehmen nach soll die irrtümliche Entlassung auf das Versehen eines Oberarztes zurückzuführen sein, der den in den Begleitakten enthaltenen Vermerk „hastunfähig“ falsch ausgelegt haben soll. Hiermit sollte natürlich nur gesagt werden, daß die W. infolge ihres Zustandes zu einer Haft in dem Untersuchungsgefängnis unfähig sei und in ein Krankenhaus gehöre.

Wegen eines größeren Dachstuhlbrandes wurde gestern früh um 3 Uhr die Feuerwehr nach der Pringelstrasse 8 alarmiert. Dort stand der Dachstuhl des Vorderhauses in großer Ausdehnung in Flammen. Durch kräftiges Wassergeben gelang es der Wehr nach zweifelhäufiger Tätigkeit, die Flammen, die an dem Hausdach der Mieter reiche Nahrung gefunden hatten, auf den Dachstuhl zu beschränken. Die Entstehung des Brandes ist noch nicht ermittelt.

Bier Tage tot in der Wohnung gelegen hat der Berliner Gustav Bödner, ein Mann von 40 Jahren, der sich allein in der Lange Straße 90 eine Dachstube bewohnte. Bödner war am vergangenen Sonntag im Hause zum letzten Male gesehen worden. Gestern morgen fand ein Briefträger, der ihm eine Postkarte bringen wollte, keinen Einlaß. Er wandte sich an den Hausbesitzer, der auf das Dach stieg und den Mann tot auf seinem Bett liegen sah. Nimmere ließ die Polizei das Zimmer öffnen und fand, daß die Leiche schon stark verwest war. Bödner hat etwas an Nerven gelitten.

Wollig gekorben ist der 54 Jahre alte aus Prag gebürtige frühere Opernsänger Franz Weisler, der vor drei Wochen mit seiner Gattin hierher kam und in einem Hotel in der Friedrichstraße wohnte. Weisler besuchte am Donnerstag Nachmittag die Berliner Centralkreditgesellschaft in der Köthener Straße. Dort brach er, nachdem er sich kaum gesetzt hatte, auf seinem Stuhl zusammen und verschied. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Ueber den eugherzigen Bureokratismus der Eisenbahnverwaltung werden immer wieder Klagen laut. So teilt uns ein Leser über seine Erfahrungen, die er am letzten Sonntag machte, folgendes mit: Am vergangenen Sonntag fuhr ich von Nixdorf nach Strausberg. Zunächst löste ich für 10 Pf. ein Billett nach dem Schließigen Bahnhof, um von dort eine Karte für 55 Pf. nach Strausberg zu nehmen. Die Karte kostete also zusammen 65 Pf. Zur Rückfahrt wollte ich mir der Einfachheit wegen gleich ein Billett für Nixdorf lösen; jekt wurde ich aber von dem Schalterbeamten dahin belehrt, daß das Billett 70 Pf. koste. Da mir diese Differenz in Fahrpreise nicht recht verständlich war, so löste ich wieder ein Billett für 55 Pf., welches bis Treptow galt. Um nicht noch einmal umsteigen zu müssen, fuhr ich mit dem Sühning gleich durch bis Nixdorf. Wenn ich nun aber vorher glaubte, daß ich nur noch 10 Pf., den Betrag für die Strecke Treptow-Nixdorf, nachzahlen brauchte, so hatte ich mich getäuscht; mir wurde bald begründlich gemacht, daß ich die wunderlichen Praktiken unserer Bahnverwaltung völlig außer acht gelassen hatte. Ich mußte für die Strecke Treptow-Nixdorf in diesem Falle 15 Pf. bezahlen. Auf meine Einwendungen erklärte der Beamte, daß ich in Treptow die Sperrre passieren und alsdann ein 10 Pf.-Billett hätte lösen müssen, auf diese Weise wäre ich dann allerdings wieder mit 65 Pf. von Strausberg bis Nixdorf gefahren. Da der Beamte erklärte, daß es schon vielen Fahrgästen so gegangen sei, so dürfte dieser Fall für die Deffentlichkeit von Interesse sein.

Bei der Arbeit ins Wasser gestürzt und ertrunken ist am letzten Freitagnachmittag der 30jährige Arbeiter Erwin Gelinck, Sganer Straße 20 wohnhaft. Auf der Museumsinsel werden gegenwärtig die Grundmauern für den Neubau nicht am Speuser aufgeführt. E. der dort arbeitete, ging mit einer Kurbel Steinen auf der Mauer entlang. Infolge eines Fehltritts stürzte er plötzlich in die an dieser Stelle ziemlich tiefe Spree. Unglücklicherweise waren an dieser Stelle keine Arbeiter beschäftigt, so daß die Mitter auf die Hilferufe des Unglücklichen zu spät kamen. Es gelang nur noch den leblosen Körper des E. ans Ufer zu bringen. Ein hinzugerufener Arzt stellte Wiederbelebungversuche an, die jedoch ohne Erfolg blieben.

Anlässlich des Provinzial-Sängersfestes, das bekanntlich am letzten Sonntag vom Deutschen Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin, in Reu-Hippin veranstaltet wurde, hatten die Gegner alle Mittel angewendet, um das Fest zu hinterzählen. Zunächst versuchte man es mit dem erprobten Mittel der Saalabtreibung, indem sofort über das in Aussicht genommene Festsokal „Casé Allen“ der Militärbojott verhängt wurde. Da das Lokal jedoch erhalten blieb, machten sich die Gegner daran, die Dampfer, welche zum Ueberlegen nach dem Festsokal gebraucht wurden, abzutreiben. Bei mehreren Versuchen hatten sie hiermit auch Erfolg, denn es fuhrten statt der versprochenen 8 nur 2 Dampfer. Bei etwas Gebuld der Gäste genügten aber dieselben. Ein dritter Dampfer wollte am Nachmittag noch überlegen, doch jekt verzichteten die Sänger darauf. So konnte der Dampfer wieder zur Ruhe gebracht werden.

Auch durch anderweitige Veranstaltungen von Ausflügen sowie durch Verbot des Besuchs unserer Veranstaltungen suchten die Gegner das Fest zu schädigen. Sie hatten aber auch damit wenig Glück, das Fest fand trotz aller Hindernisse unter zahlreicher Beteiligung statt. Schon am Sonnabendabend waren zahlreiche Sänger angelaufen, der Haupttrupp rückte aber erst am Sonntag aus Berlin an. Nach stattgefundener Chorprobe versammelten sich die Sänger mittags zu einem stattlichen Festzuge. Nachmittags entwickelte sich im Festlokal ein reges Treiben. Selbst ein paar Gewitterregen verminderten dem nicht die Euphorie zu tun. Bei den gefanglichen Aufführungen boten sowohl die Gesamtschöre wie auch die einzelnen Vereine ihr Bestes. Der Arbeitergesangsverein Neu-Ruppiner konnte demnach mit der Wirkung des Festes zufrieden sein. Ist auch das Häuflein noch klein, so wird doch die agitatorische Wirkung nicht ausbleiben, und auch die dortigen Arbeiter werden erkennen, wozu sie gehören. — Am Montag fand für diejenigen, die noch einen freien Tag hatten, eine Dampferfahrt nach der herrlich gelegenen Neu-Ruppiner Schweiz statt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 25. Juni, vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee Nr. 15-17 und Rixdorf, Idealpassage: Freireligiöse Vorlesung. Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn H. Baer: „Was ist Konismus.“ Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Katzenkranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 29. Hamburg). Filiale Berlin 11 Sonntag, vorm. 10 Uhr, bei Wile, Deumewitz, 13: Bericht von der Generalversammlung — Filiale Bauhülse u. a. G. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Rading, Baumhülse-Str. 69: Neuwahl der Ortsverwaltung. — Filiale Schöneberg: Heute abend 8 1/2 Uhr bei Döhl, Martin-Luther-Str. 51: Generalversammlung.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen im österreichischen Wahlkampf.

In der diesmaligen Wahlbewegung in Oesterreich waren nicht nur die sozialdemokratischen Frauen tätig, auch die bürgerlichen beteiligten sich vor allem in Wien an der Agitation. Vollständig verschwunden aus dem öffentlichen Leben Wiens ist das einstige „Amazonenkorps“ Dr. Luegers. Der christliche Frauenbund spielt im Dasein der christlichsozialen Partei keine Rolle mehr. Wohl hat am Sonntag vor den Stichwahlen das Organ **Gezmann** an die stürmerproben Frauenbataillone Luegers appelliert, aber ohne Erfolg. Nur in wenigen Bezirken merkte man etwas von ihrer Existenz. Nicht einmal Versammlungen haben sie ab-

gehalten, die christlichen Frauen, die einst aufforderten, Schmuck, Juwelen, Perlen hinzugeben, um den christlichsozialen Wahlfonds zu füllen. Selbst das Schärfein vom „Körpergeld“ des Dienstmädchens haben sie einst, als sie zur Erhebung Wiens auszogen, in Anspruch genommen — und alles, alles ist verstummt. — Unsere Genossinnen haben in Wien etwa 30 Versammlungen abgehalten und zahlreiche in der Provinz. In fast allen Kronländern waren Genossinnen als Rednerinnen tätig. Auch in den Wahlkomitees haben Frauen gearbeitet und mancher Genossin wird großes Lob ob ihrer Umsicht und Energie gesendet. Auch ein Flugblatt an die Frauen wurde von der Partei herausgegeben, ebenso eine billige Agitationsbroschüre, die ziemlich stark verbreitet wurde. — Die bürgerlichen freibürgerlichen Frauen haben ihre Agitation für einige Kandidaten besonders entfaltet. So für alle jene, die sich für die politischen Rechte der Frauen ausgesprochen haben. Bei den Stichwahlen haben sie auch für die sozialdemokratischen Kandidaten einen Aufruf erlassen, weil es gegen die Christlichsozialen ging. Einer der gefälligsten Gegner der Frauenbewegung aus dem früheren Parlament, der „Edle“ v. Stranitzky, der das Wort von der „schrecklichen aller Bewegungen“, womit die Frauenbewegung gemeint war, prägte, ist gefallen. Von ihm ist das Parlament gereinigt.

Unserem Genossen und unserer Genossin
Hugo und Berta Hoferichter
zu ihrer **Silberhochzeit** 2301b
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen u. Genossinnen d. 619. Bezirks.

Unserem Genossen
Wilhelm Nagel nebst Frau
Saarbrücker Straße 33, die
herzlichsten Glückwünsche
zur heutigen silbernen Hochzeit.
Die Genossen der Bezirke
461 und 466.

Monats-Garderobe
Spezialhaus für wenig getragene, fast neue Jackett-Anzüge, Rock-Anzüge, Gehrock-Anzüge, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, Winterpaletots, Wein-Heiber (auch für torpente Herren), sowie Reiter-Jackett, Frack, schwarze Tuchhosen. Dieselben sind teils aus Seide gearbeitet und nur kurze Zeit getragen, läuft man spottbillig bei
Weingarten, Prinzenstr. 28
I. Etage,
Ulrichs-Ritterstr. (früher 20 Jahre
Gülfinger Str.). Bitte auf Straße
und Hausnummer zu achten

Monats-Garderobe!
Die besten Sommer-Paletots und 3-400 getragene Anzüge für Herren, Smoking-Anzüge, Frack-Anzüge, sowie von Kavaliere getragene, fast neue Sachen, für jede Figur passend, in größter Auswahl zu unübertroffen
billigen Preisen.
1 Aeppe, deshalb billiger wie im Laden. 91/4
Hirsch Kieferbaum, Wasserort-straße 12/13 I

Greift zu!
Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlins gearb., von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere u. kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.) Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M. Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Monats-Som.-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Herrn-Hosen 2, 50, 5, 00 M.
Große Abteilung neuer Garderobe.
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 98
(Nähe Strausberger Pl.)
Straßenbahn-Vergütung.

Das gesamte Lager
des Konfektionshauses
WESTMANN
Mohrenstrasse 37a (nahe Jerusalem Str.)
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
im Werte von ca. 4. Million M. soll jetzt nach Möglichkeit
geräumt
werden. Zum Verkauf kommt nur die
gediegenste Konfektion!
Preismässigung zum Teil bis auf die Hälfte, ein Drittel, b. Modell, sogar bis auf ein
Fünftel!

Reinseidene Duchessemäntel, jetzt von M. 25.- bis M. 120.-, Füllmäntel von 60.- bis 100.-, Eiamantmäntel auf Seide (für starkste Figuren) von 55.- bis 150.-, Leinen-Kostüme von 7,50 bis 55.-, Wetterfeste Loden-Kostüme von M. 20.- bis 75.-, Modell-Kostüme in grau Kammergarn (für starke Figuren), Reise-Kostüme von 45.- bis 120.-, seidene Kommoditäten von 15.- bis 40.-, Stabmäntel von 6,50 bis 55.-, Leinwandmäntel von 15.- bis 65.-, Reinsidene Foulardkleider (Eiamine, Volle, Epingle), nach französischen Modellen, 6.- bis 110.-, Röcke in Tuch, Laoting, Alpaka von 6.- bis 8.-, Blusen in Satin, Seide von 3.- bis 55.-, Pelzmäntel, Polzkollern, Pflschmäntel jetzt zu den niedrigsten Sommerpreisen!
Sonntag 20. Juni 1-12, 12-2.



Diese große Tasse
feinster Fleischbrühe liefert
Ihnen ein Aufguß heißen
Wassers auf einen
OXO Bouillon-Würfel
der Comp^{le} **LIEBIG.**



Preis 5 Pfg.
Rezepte für Haus und Familie
von Dr. R.
Nässigen Geruch aus Eischränken zu entfernen.
Man mischt die Eischränke mit zweiprozentigem Lysoformwasser*) aus und läßt ein mit diesem Lysoformwasser getränktes Tuch darin liegen. Die Speisen ziehen nicht davon an, aber der muffige Geruch verschwindet sofort.
) Lysoform ist überall erhältlich (grüne Flasche mit weißer Umhüllung).

Kadda
SCHUTZ-MARKE.
CIGARETTES
KADDA
Spezialmarke: Kadda Gold, beste 2 Pfg.-Cigarette
Cigarettenfabrik „Kadda“
Berlin N. 37.

Loden
für Heller-Pelerinen, Kostüme etc.,
imprägniert, Meter 1,50, 2.-, 2,50.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, vis-à-vis der
Petrikirche.

Zentralhaus mod. Herrenbekleidung
Neue Friedrichstr. 35
neben Zentral-Wartballe
Befest an jedermann elegante
Herren-Garderoben
nach Maß unter Garantie für
tadellosen Sitz geg. wöchentl. Teilz.
von 1 Mk. an. Inskneiderei u. Bekn.
samt im Hause. Kein künstl. Verschö.
Reisenden m. neuest. Stoffmatten.
Sonntags geöffnet.

Ausnahmepreise für Mai, Juni, Juli
A. B. KOCH
Gegr. 1893 Kohlen- u. Briketts-Großhandlung Gegr. 1893
Hauptkontor: **Petersburger Str. 1** Berlin. Telefon: Amt 7, **3040**
O 34. und **3096.**
Lagerplatz 1: O., Rüdersdorfer Str. 71 (am Küstriner Platz, alt. Ostb.)
Lagerplatz 2: O., Fruchtstraße 13 (Ostbahn-Güterbahnhof)
Lagerplatz 3: N., Gehmsir. 36 (Schivelbeiner Str., Ecke Malmöer Str.)
Tel.: Amt 3, 7736.
Preise für 1a Marken ab meinen Lagerplätzen von 10 Zentnern an:
pr. Ztr. pr. Ztr.
1a Sentienb. Mariengluck Salon 74 Pf. 1a Tise Salon 90 Pf.
1a Sentienb. Gotthold Salon . 77 Pf. 1a Halthsteine 74 Pf.
1a Diamant Salon 90 Pf. 1a (w.) Antiracit Cadé 2.10 M.
(Ges. gesch. p. Ztr. 115-120 Stück.)
Bei Frankolieferung je nach Quantum per Ztr. 10-18 Pf. mehr.
Bruchbriketts, Steinkohlen billigst. Koks zu Anstaltspreisen.
Holz, zerleinert, per Zentner 1.95 M.
Bei größeren Abschüssen u. Originalwagg. verl. Sie meine Spezialofferte.
Als besond. preiswert sind meine **Mariengluck-Briketts**
zu empfehlen, welche ich bei 3000 Stück mit
7.50 pr. Taus. bei 30 Ztr. mit **84 Pf. pr. Ztr.**
franko bis 4 Treppen inklusive aller Unkosten liefere.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
liefere elegante
Herren-Moden
fertig und nach Maß
Garantie für tadellosen Sitz und
feinste Verarbeitung
J. KURZBERG
Mass-Schneiderei
Rosenthaler Strasse 40-41
am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstrasse.

1 Mark
wöchentl. Teilzahlung
Vornehme
Herren-Moden
fertig und nach Maß,
gedieg. Ausführung,
Kosthaar-Verarbeitung,
tadellos. Sitz.
Bekleidungshaus
„Rekord“
Dresdener Str. 19, 1
zwischen Kottb. Tor u. Oranienplatz.
Zwecks Maßbestellung wird a. Wunsch
Vertreter ins Haus geschickt.

Eine Mark
wöchentliche
Teilzahlung
elegante
Herren-Moden
fertig und nach Maß,
feinste Verarbeitung.
S. Boltuch
Herren-Schneiderei
RUF
Frankf. Allee 75, 1.
Eingang Tilsiter Str.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41,
dicht am
Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Blumen- und Kranzbinderrei
von Robert Meyer,
u. u. Mariannen-Straße 2.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Kreis Nieder-Barnim.
Bezirk Tegel.
Am Mittwoch, den 21. Juni, verstarb unser braver Genosse, der
August Böhm
Tegel, Brunnenstr. 50.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 25. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeindefriedhofs
aus statt. 2404b
Um recht zahlreiche Beteiligung
erzucht
Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Nieder-Barnim.
Bezirk Weißensee.
In der Nacht vom Montag zum
Dienstag, den 20. Juni, verstarb
plötzlich in Krankheitslage unser
Mitglied, der Reiter
Otto Horn
im 45. Lebensjahre.
Wir werden demselben ein
dauerndes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 25. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, im Gräberfeld bei
Ortner statt. 18/4
Die Bezirksleitung Weißensee.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Metallarbeiter
August Böhm
am 21. d. Mts. am Herzleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 25. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeindefriedhofs in
Tegel, Hermannsdorfer Straße, aus
statt.
Keine Beteiligung erwartet
118/19 Die Ortsverwaltung.

Am 22. d. M. verstarb plötzlich
am Herzschlag mein innigst-
geliebter Mann und lieber Vater
Richard Woite
im 54. Lebensjahre.
Die tiefbetäubten Hinterbliebenen
Martha Woite geb. Reich,
Ernst Woite.
Beerdigung Sonntag, den
25. d. M., nachmittags 3 Uhr,
von der Halle des St. Simon-
Kirchhofes in Drip.

Invaliden - Unterstützungskasse
d. Steindruckers u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 22. Juni
verstorbenen Steindruckers
Max Sander
findet am Sonntag, den 25. Juni,
nachmittags 3 Uhr, von der
Leichenhalle der Blondgemeinde in
Korbend aus statt.
292/13 Das Komitee.

Zentral-Kranken- und Sterbe-
kasse d. deutschen Wagenbauer
Nachruf. 257/13
Am 18. Juni verstarb unser
Mitglied, der Arbeiter
Karl Kuhnke
im Alter von 63 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung Berlin VI.

Allen Freunden, Bekannten und
Kollegen die traurige Nachricht,
daß meine liebe Frau, unsere
gute Mutter, Schwester und
Ehnmutterin
Charlotte Langner
geb. Goerke
am Mittwoch, 21. Juni, nachm.
4 Uhr, nach kurzem, schwerem
Leiden sanft entschlafen ist.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Karl Langner, Bergolder,
Landsberger Str. 108.
Die Beerdigung findet am
Montag, den 26. Juni, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des städt. Zentral-Friedhofs
in Friedrichsfelde aus statt.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes sage ich allen Betei-
ligten, insbesondere dem Metall-
arbeiter-Verband und den Kollegen
der Firma Wischele u. Schumann meinen
tiefsten Dank.
Witwe Anna Krüger



Josefetti

VERA

CIGARETTEN

Wer
Josefetti-Cigaretten
raucht, beweist, dass
er einen guten
Geschmack
hat!

Theater und Vergnügungen

Sonnabend, den 24. Juni.
Neues königl. Opernhaus. Tannhäuser. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
 Anfang 8 Uhr.
Römische Oper. Die Fledermaus. Lesung. Sommeropul. (Anfang 8 Uhr 20 Min.)
Neues Schauspielhaus. Die leuchtende Susanne.
Alte Oper. Die vermaledeite Rache. 4 Tote der Diamanta. Karnaval in Riga. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Schauspielhaus. Unsere Vepi. (Anfang 8 Uhr 20 Min.)
Zirkus. Eine Million. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Thalia. Das Prinzen. Schiller O. (Wagner-Theater.)
Schiller O. (Wagner-Theater.) Panne.
Schiller-Charlottenburg. Der dunkle Punkt.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Kalkenluft.
Neues Opernhaus. Polnische Wirtin. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Zirkus. Neue Heimat. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Hofe. Steffen Langer aus Glogau. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Hofes Caprice. Die letzte Nacht. Die Hochzeitsreise. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hoheit amüsiert sich!
Wagners. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Prinz und Bettlerin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Volgt. Goldene Jugend.
Rosa. Aurora in Del. Der Wunderkranz.
Kaiser-Panorama. II. Jhnd. Indien. Festigung des Großglöckner.
Urania. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.
Sternwarte. Zwalbenstr. 67-69.
Schiller-Theater O. Theater heute abend 8 Uhr:
Panne.
 Lustspiel in 3 Aufzügen von Richard Stourmont.
 Morgen und folgende Tage:
Panne.
Schiller-Theater Charlottenburg.
 Heute abend 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.
 Lustspiel in 3 Akten v. G. Habelburg und Robert Freyher.
 Morgen und folgende Tage:
Der dunkle Punkt.
Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll)
 Sonnabend, den 24. Juni, abends 8 Uhr:
Tannhäuser.
 Sonntag: **Lohengrin.**
 Die Meistersinger von Nürnberg.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Sonnabend, den 24. Juni cr., abends 8 Uhr:
„Kasernenluft“.
 Sonntag und folgende Tage:
„Kasernenluft“.
Trianon-Theater.
 Heute und folgende Tage:
Das Prinzen.
 Liebesroman in 3 Akten v. R. Risch. Anfang 8 1/2 Uhr.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstraße 48/49.
 4 Uhr und 8 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah und fern.
ZOOLOGISCHER GARTEN
 Heute nachm. 4 Uhr:
Monstra-Konzert
 5 Kapellen
 Berlin. Sänger-Verein
 Abends: Die neue gr. Licht-Illumination.
 Eintritt 1 R. die Person; Freisparten ausbezogen; Abonnenten 50 Pf.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Steffen Langer aus Glogau.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 Auf der Gartenbühne täglich:
 Konzert, Theateraufführung, Spezialitäten. Anf. 4 1/2 Uhr. — Um 8 Uhr: Die große Revue: Es gibt nur ein Berlin.

Metropol-Theater.
Hoheit amüsiert sich!
 Operette in 3 Akten von J. Fremd. Musik von Rudolf Kellon.
 In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
 Anfang 8 Uhr. Nachen geteilt.

Apollo Theater
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Die großen Weltstadt-Attraktionen.
 Rechen ohne Exp!
Der zerbrochene Spiegel
 Rom. Original der Webe. Schwarz.
 Um ein Weib.
 Großes amerikan. Knackstellungsspiel.
Volgt-Theater
 Gefundenbrunnen, Badstraße 58.
 Heute sowie täglich:
Goldene Jugend.
 Gr. Lebensbild in Ges. u. Tanz i. 3 Akten u. Auftreten erstklassiger Spezialitäten. Stoffenscheidung 2. Anfang 4 Uhr.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Die schöne Maroussia
 die Tänzerin klass. Kunst.
Nina Bitowey
 kaukas. Volkssängerin, und das neue große Programm!
 14 erstklass. Attraktionen.

Passage-Panoptikum.
 Die **Neger-Riesin**
 Abomal, die größte Frau, die je geliebt.
 Alles ohne Extra-Entree!

Luna-Park
 Heute: **Elite-Tag.**
Rosen-Fest
 Rosenspenden für die ersten 5000 Besucher. Pracht-Illumination des Parks. 4 Kapellen. Sensationelle Attraktionen.
Johnstowns Untergang.
 Der größte Erfolg der Neuzeit
Cairo.
 Unverwundbare Derwische. Sudan-neger, Harom, Straßensinger, Handwerker, Kamel- und Eselritte.
 Hippodrom, Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn, Moulin rouge, Marionettentheater, Teufelsrad usw.

Neue Welt
 Amerikanischer Vergnügungs-Park
 Heute: **Johannisfest der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer**
 Großes Pracht-Fest in noch nie gezeigter Vollendung.
Große Spezialitäten-Vorstellung. Ganz neues Programm. Sensationelle Attraktionen. **Doppel-Konzert.** Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn, Liebesmühle, Teufelsrad u. a. Am 1. Juli: Sommerfest des Berliner Bierergewerkschaftsvorstands. Juni 1911. Die ausgeschnittene Anzeige gilt als Freikarte für den Eintritt in den Park, jedoch nicht an Sonn-, Elite- und Vereinstagen.

Reederei Kahnt & Hertzner. Tel. VII. 2002.
 Billige Dampfer-Extrajahrten ab Waisenbrücke.
 Jeden Montag u. Donnerstag nach Freibad Grünau, Krampdenburg und Neue Mühle
 Jeden Dienstag u. Freitag u. Wollersdorfer Schleuse
 Jeden Mittwoch nach Freibad Grünau, Krampdenburg und Ziegenhärd
 Jeden Mittwoch nach Tenditz (Tosnowe) 30 Pf. 7 1/2 Uhr vorm. Hin und zurück 2 R.
 Von Stralau (Alle Tavernen) alle Fahrten 1/2 Stunde später. — Dampfer sind an Vereine, Gewerkschaften, Schulen usw. zu äußerst billigen Preisen zu vergeben.

Von der Michaelbrücke, a. d. Michaelkirchstraße.
 Heute Sonnabend: Gr. Sommerachts-Promenadenfahrt mit Musik u. Schindler (Kellner, Seddinger). Dasselbe groß Ball. Abf. 10 abends. Preis hin u. zurück 50 Pf. Dampfer u. Motorboote sind noch billiger. v. verm. Reederei Zachow, Tel. 7.6965.

Abfahrtsstelle **Schillingsbrücke** (am Schlossischen Bahnhof).
Morgen, Sonntag dorf Schleuse. Hin 50, zurück 50 Pf. Früh 8 Uhr nach **Neue Mühle.** Ein. Fahrt 50 Pf. Tägl. v. mittags 2 Uhr ab circa halbh. u. Restaurant Kyffhäuser, Niederschöneweide. Bochent. 20 Pf., Sonnt. 30 Pf. Dasselbe Mittagskonzert. Fahrgäste zahlen kein Entree.

Moabiter Wintergarten Artus-Hof
 Perleberger Str. 26, Stendaler Str. 18.
 Direktion: Karl Pirnau.
Die Bummelstudenten.
 Vorher:
Spezialitäten-Vorstellung.
Das Riesen-Juni-Programm.
 Sonntag 6 Uhr. Vorstellung 7 1/2 Uhr.

WINTERGARTEN
 Die ausserordentlichen Attraktionen!
LA TORTAJADA.
 Die 7 Korinnas, klassische Tanzstudien.
Karl Reinisch und Lucia
 mit ihren Vollblutpferden und Hunden.
De Dio.
 Charles Barons Burlesko-Menagerie.
Tschia Maas Sheil, Chungusen und eine Kette
 hervorragender Kunstkräfte!
Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Sonntag, den 25. Juni 1911:
Theater und Spezialitäten.
 Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.
 Jeden Montag: **Lustige Säger.**
Noacks Theater.
 Direktion: Robert Hill.
 Berlin N., Brunnstraße 16.
Große Extra-Vorstellung!
 Aurora in Ost. Der Wanderranz.
 Haack u. Haack, Sportspiele. Otto Müller-Römer, Jahn, Bärken usw.
 Anfang 6 Uhr.
 Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.
Volksgarten-Theater
 Sonnabend, den 24. Juni:
 Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Neues Programm.
 Leopold Kossar — Emmy Lyon — Ewald Treffer. — Grappo Brothers.
„Goldener Boden.“
 Sommerfest d. Allg. Krantent. der Metallarbeiter, VII. 6.
Folies Caprice.
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Parisiana-Ensemble.
 Die letzte Nacht.
 Ein Fenster zu vermieten.
 Die Hochzeitsreise.
 Das Strumpfband.
Berliner Prater-Theater
 Kallanienallee 7-9.
 Täglich 7-9.
Die drei Grazien.
 Hofe in 4 Akten von Teptom.
 Spezialitäten und Konzert.
 Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Carl Haverland-Theater
 Kommandantenstr. 77/79.
Kölnen Blatzheim-Burlesken.
 Ren! Walzerträume. Ren!
 Wenn der Vater mit dem Sohne!
 Anfang präzis 8 1/2 Uhr.
 Nur freies Kommen sichert guten Platz!

Max Kliems Sommer-Theater
 Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15.
 Täglich: Erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen. Geliebter Theatergarten, bei ungünstiger Witterung Schutz bietend.
 Donnerstag: **Elite-Tag.**

Admiralspalast
 Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
 Geöffnet von 10 Uhr vorm. in der heißen Jahreszeit angenehm-kühler Aufenthalt.
 Allabendlich:
 Das prunkvolle Eisballott Montreal
 Die Stadt auf Schlittschuhen.
 Zahlreiche Kunstlaufprediktionen.
 Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts.
 Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends: halbe Kassenpreise.

Café Bellevue.
 Kummelsburg am See.
 Inh.: G. Tempel.
 Jeden Sonnabend und Donnerstag:
Soireen der Hoffmanns Sänger
 Jeden Sonntag:
Spezialitäten-Vorstellung u. Garten-Konzert.

Königstadt-Kasino.
 Dolgardenstr. 72. Gde. Alexanderstr.
 Tägl. im herrlichen Naturgarten:
Unsere Wäschermädel.
 Außerdem: Grifflast, Spezial.
 Jeden Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Tanzkränzchen.**
 Anf. 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Nibles Fest-Säle
 Dennewitzstraße 13.
 Der Garten ist eröffnet.
Jeden Sonnabend: Tanzkränzchen
 bei freiem Zutree. C. NIBLE.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger.
 Britton!
 Wieche im Hofcurd.
 Anfang wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.

Sechster Wahlkreis.

Die

Stichwahl

welchen den Genossen Fahrow und Frank findet am

Sonntag, den 25. Juni,

in folgenden Lokalen statt:

Obligo, Schwedter Straße 23-24.
Schirmer, Wörther Straße 15.
Dobroslaw, Schliemannstraße 39.
Hönisch, Wichertstraße 3.
Hensel, Straßander Straße 17.
Mökel, Anklamer Straße 51.
Gense, Boyenstraße 19.
Köhler, Wittstoder Straße 19.

Paersch, Oldenburger Straße 10.
Bachstein, Salzwedeler Straße 16.
Welzer, Wiesenstraße 29.
Engler, Tegeler Straße 23.
Dohe, Müllerstraße 38.
Glatwe, Liebenwalder Straße 4.
Frisch, Drontheimer Straße 4.
Franke, Badstraße 19.

Hoffmann, Swinemünder Straße 47.

Gewählt wird in der Zeit von 9 bis 1 Uhr.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Wer länger als drei Monate mit seinen Beiträgen restiert, hat kein Wahlrecht.

238/20*

Der Vorstand.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands = Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 25. Juni 1911, mittags 12 Uhr, in den Prachtsälen Nord-West (großer Saal), Wielestraße 24 und Endener Straße 41:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Ereignisse der letzten Wochen in den drei großen Zeitungsbetrieben Scherl, Mosse und Illstein u. Co.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht

27/14*

Anfang präzise 12 1/2 Uhr.

Die Ortsverwaltung, Mitgliedsbuch legitimiert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Col L. Amt 3. 1299. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3. 1987.

Montag, den 26. Juni 1911:

Bezirks-Versammlungen

Moabit: Prachtsäle Nord-West, Wielestr. 24, abends 8 1/2 Uhr.

Norden: Pharos-Säle, Müllerstraße 142, abends 8 1/2 Uhr.

Rixdorf: Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49, abends 8 1/2 Uhr.

Stralau u. Rummelsburg: Markgrafen-Säle, Marktgrafenbaum 34, abds. 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Fortsetzung der Bezirksversammlung vom 19. Juni.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 26. Juni, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in den Reminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Versammlung

aller in den

Metallschleifereien und galvanischen Anstalten beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Bezirks-Generalversammlung in Mannheim. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenvertreter, sowie Ersatzwahlen zur Kommission. — Die Vertragskollegen werden ersucht, um 6 Uhr im Saale anwesend zu sein.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir zahlreichen Besuch. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Gürtler.

Montag, den 26. Juni 1911, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 15, Saal 4:

Versammlung

aller in Gürtlereien besch. Kollegen und Kolleginnen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Verbandstag. 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl der Delegationskommission. 4. Verschiedenes. — Es wird erwartet, daß niemand in dieser Versammlung fehlt; alle müssen erscheinen.

118/20 Die Ortsverwaltung.



Sporthemden, Blusen, Kuffenmittel,

Knaben-Wasch-Anzüge

Spezialität: Original Kieler Waschkleidung

Große Auswahl □ □ Waschecht □ □ Billige Preise!

Leineweber

6, Kölnischer Fischmarkt 4-5-6

Juni, Juli, August

Sonntags nur von 8-10 geöffnet.

Kasseler 80 Pf.

ohne Knochen — auch bei einzelnen Pfunden

Fett Schwarte ohne 24005

2 Pfd. 95 Pf., 6 Pfd. 2.80.

Verpackung nach auswärts 55 Pf. franko.

Zu Partien und Reise empfehle:

unser beliebte rohe Polnische 90 Pf. anstatt

u. Hohenzollernwurst 1.10 anstatt

F. Nietsch, Friedrichstraße 245, Wilhelmstr. 109-110.

Konsumgenossenschaft von Adlershof und Umgegend.

(E. G. m. b. H.)

Sonabend, den 8. Juli 1911, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

im „Adlershofer Garten“, Adlershof, Widmarsstr. 60 (am Bahnhof).

Tages-Ordnung: 103/4*

1. Beschlusfassung betreffend Liquidation der Genossenschaft und Einschluß derselben an die Konsumgenossenschaft von Berlin und Umgegend.

2. Wahl von Liquidatoren.

Anträge zur Außerordentlichen General-Versammlung müssen bis zum 29. Juni in den Händen des Vorstandes sein.

Mitgliedsbuch oder Legitimationskarte legitimiert.

Der Vorstand.

Gerhard Hildebrandt, Wilhelm Köhl.

KAVALIER



beste Lederputz-Creme der Welt

Gibt mühelos schönsten wasserfesten Hochglanz

Macht das Leder geschmeidig weich

und haltbar

Färbt in der Nähe nicht ab.

Niederlage in Berlin S.W. 68

Markgrafenstr. 91 G.F. Müller-Telephon IV 10302.

Geldnot

ist das Uebel der jetzigen Zeit. Wollen Sie sparen, so sparen Sie am rechten Fleck. In dem Kaufhaus für Monats-Garderoben erhalten Sie von

Millionären

Reisenden, Kavaliere, Doktoren nur wenig getragene reinwollene, vielfach auf Seide gearbeitete

Serie I Serie II Serie III

Maß-Anzüge 8 M. 14 M. 18 M.

Maß-Paletots 6 M. 12 M. 16 M.

Gesellschafts-Anzüge werden billigst verliehen.

Kaufhaus für Monats-Garderoben

nur Große Frankfurter Str. 93 nur

Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Keine Filialen am Plage. Versand nach außerhalb.

teilung II: Neue Garderoben.

Nur Große Frankfurter Straße 93

1 MARK



wöchentliche
Teilzahlungen

Herren-Garderobe

Ersatz für Mass
Anfertigung, u. Mass
Tadellos, Ausfüh.

Julius Fabian

Schneidermeister

Gr. Frankfurter Str. 37, II

Eingang Straßberger Platz

II. Geschäft:

Turm-Strasse 18

nur erste Etage
kein Laden

MÖBEL

auf Kredit!

Unsere Leistungsfähigkeit steht nicht auf dem Papier, sondern jeder kann sich selbst davon überzeugen. Wir bieten beispielsweise

Kleine Einrichtung	Mittel-Einrichtung
Anzahlung nur 12 bis 15 Mk.	Anzahlung nur 20 bis 25 Mk.

sowie jede bessere Einrichtung bis 3000 Mark bei geringer Anzahlung und kleiner Abzahlung.

S. Gottlieb G.m.b.H.
Rosenthaler Strasse 54, I.

Stadtverordneten-Versammlung.

Schluss der Sitzung vom Donnerstag, den 22. Juni.

Zu der Befamngabe des Magistrats, das er eine vor- gngige Verftndigung mit dem Hausministerium ber die Unterwerfung der Befucher der Hofbuhne unter die Luftbarkeitssteuer

nicht fur angemessen erachtet, fuhrt

Kammerer Dr. Steinger unter anderem aus: Um den Freunden der Vorlage entgegenzukommen, hatten wir gern den ange- rateten Weg beschritten, aber wir waren nicht sicher, das die Gegner die Vorlage annahmen, auch wenn die Hofbuhnen zu- stimmen. Das Angehen der Hofbuhnen war von Anfang an un- bequem und ist durch Ihre Verhandlungen nicht bequemer ge- worden. Ich habe es noch nicht erlebt, das jemand, wenn man ihn vorher befragt, ob er eine neu einzufuhrende Steuer zahlen will, sich bereit dazu erklart. Tatsachlich war es das einzig Richtige, eine Steuerordnung zu beschließen, die auch die Hofbuhnen heranzieht, und dann abzuwarten, was geschieht. Diese Situation ist ganz erheblich verschlechtert

worden. Die Stellungnahme der Herren hier hat unser Ansehen ganz gewaltig geschadigt. (Obol-Rufe.) Die Wurde der Selbstver- waltung muhte leiden, wenn wir in der Weise an das Haus- ministerium herantraten. Wie konnen wir erwarten, das die Wurde unserer Selbstverwaltung von andern geachtet wird, wenn wir selbst sie weniger achten? Nach diesen Erfahrungen ist mein Ver- trauen im Sinne fruchtbarer Arbeit behufs Schaffung neuer Ein- nahmequellen auf dem Nullpunkt gesunken. Schuld an diesem Gang der Dinge ist auch die gewaltige Agitation in der Oeffentlichkeit ge- wesen. Die Vorlage zuruckziehen, konnen wir nicht; die Ver- antwortung wollen wir nicht ubernehmen.

Stadtv. Heimann: Eine solche Rede in solchem Ton gegenuber einem grohen Teil der Versammlung habe ich in den zwolf Jahren meiner Mitgliedschaft noch nicht gehort. (Zustimmung.) Die noch- malige Ausschussberatung am 24. April blieb in bezug auf den fraglichen Hauptpunkt ganzlich ergebnislos; wir erlebten da eine geradezu groteske Enttauschung, indem der Kammerer erklarte, er habe den Beschluss des Plenums

gar nicht verstanden

und erwarde erst vom Ausschuss Aufklarung. Seitdem sind wieder zwei Monate vergangen, ohne das das geringste geschah. Darum haben wir am 8. Juni in der Sache interpelliert. Unterm 19. Juni erhalten wir die Antwort, das der Magistrat die ihm „angefonnene“ Verhandlung mit dem Hausministerium ablehnt! Ich hatte es weit richtiger gefunden, wenn der Magistrat ehrlich und offen die Vorlage zuruckgezogen hatte. Statt dessen wirft er mit einem: „Wag draus werden, was du willst“, die Fugel zu Boden! Kaum je hat uns eine Vorlage soviel Schwierigkeiten gemacht; wie schwierig die Materie war, lehrt eine 85jahrige Geschichte. Es ware doch

geradezu ungeheuerlich

gewesen, private Unternehmer steuerlich zu treffen, aber die Hof- buhne frei zu lassen; darum muhte diese letztere Frage vorweg erledigt werden. Das die Wurde der Selbstverwaltung leidet, wenn im Hausministerium angefragt wird, ein solches Argument hatte ich von dieser Seite am allerwenigsten erwartet. Agi- tation ohne sachlichen Untergrund kann niemals Erfolg haben;

hat aber unsere Agitation den Erfolg gehabt, diese Vorlage zum Scheitern zu bringen, so haben wir nie eine bessere Arbeit getan! (Beifall.)

Stadtv. Gaffel bewundert das diplomatische Geschick des Kammerers, dem es fast darauf anzukommen scheint, das diese Debatte sich nochmals mit allen ihren Scharfen wiederhole. Der Kammerer habe doch beinahe eine Art Strafrede gehalten, nicht nur den Gegnern, sondern auch den Freunden der Vorlage. Auch fur die Letzteren sei die Heranziehung der koniglichen Theater Vor- aussetzung ihrer Zustimmung gewesen. Es sei am hochsten Nahe zweifelhaft, ob die Stadt Mittel besitze, die koniglichen Theater zu zwingen, die Steuer von den Besuchern zu erheben. Daruber sollte der Magistrat Gewissheit schaffen; man habe kein Zwischen- stadium haben wollen, wahrend dessen die Privattheater bezahlten, bis nach der Weigerung der koniglichen Theater die Steuer wieder hatte aufgehoben werden mussen. Obwohl Weiterberatung keinen Zweck habe, ziehe der Magistrat die Vorlage nicht zuruck; seine Grunde dafur seien unverständlich.

Der Kammerer entgegnet, das die Sache nicht eher an die Ver- sammlung kommen konnte, denn zuerst habe er drei Wochen Urlaub gehabt und dann sei der Magistrat mit anderen wichtigen Vorlagen schwer belastet gewesen.

Auch Burgermeister Dr. Reide sucht das Verhalten des Ma- gistrats noch weiter zu rechtfertigen. Zuruckziehen konnte der Magistrat die Vorlage nicht, denn er hatte sie damit fur ungewis- sig erklart; hatte er 1/2 Proz. Einkommensteuergzuschlag be- antragt, so ware das auch als unfreundliche Handlung bezeichnet worden. Die verlangte Gewissheit sei uberdauert nicht zu geben oder zu verlangen. Der Burgermeister entschuldigt dann quasi das Auftreten des Kammerers mit seinem Temperament. In diesem Jahre werde ja aus der Vorlage nichts mehr werden.

Stadtv. Korte befurwortet Ausschussberatung unter ausdruck- licher Billigung des Verhaltens und der Grunde des Magistrats. Etwas weniger lechhaft hatte die Auslassung des Kammerers aus- fallen konnen.

Stadtv. Max Schulz (N. L.): Aus der ganzen Debatte geht nur die Verlegenheit hervor, in die sich der Magistrat versetzt hat. Der Wechselbalg der Luftbarkeitssteuer ist tot. Die Versammlung wird das Odium der Ablehnung gern auf sich nehmen. Das Kab- und-Maus-Spielen mit der Versammlung hat endlich ein Ende. Nicht unser Ansehen, sondern das

Ansehen des Magistrats hat arg gelitten.

Jeder in Berlin weih, wie die Antwort bezuglich der Hofbuhne aus- fallen wird.

Nachdem noch Stadtv. Dr. Nathan auf die Bedeutung der Frage der Deckung des Defizits von 1 Million hingewiesen und sein Erkaunen daruber ausgedruckt hat, das angesichts dieser Sachlage der Magistrat so lange gezogert habe, der Stadtv. Labewig eine mehr personliche Abwehr gegen den Kammerer vorgetragen hat, verbittet sich Stadtv. Rosenow, das die Versammlung wie Schulbuben vom Kammerer koramiert werde, und Stadtv. Debe (N. L.) in bezug auf letzteren Punkt mit anderen Worten dasselbe gesagt hat, wird nach dem Antrag Korte beschlossen.

Schluss 1/211 Uhr.

Gerichts-Zeitung.

Die Duellkassare Thiffen Jun.

sand heute vor dem Roabiter Strafrichter ihren Abschluss. Wegen Herausforderung zum Zweikampf hatte sich August Thiffen Jun. vor

der 5. Strafkammer des Landgerichts III. zu verantworten. — Wie noch erinnerlich sein durfte, waren zwischen Thiffen und dem Gene- ralbevollmachtigten Dr. Vorchard Differenzen rein geschftlicher Na- tur entstanden, die schliehlich zu personlichen Bemerkungen fuhren. Diese wiederum fuhren dazu, das Dr. Vorchard am 8. Februar im Bristol-Hotel Thiffen tatlich angriff und beleidigte. Thiffen erwiderte diesen Angriff mit einer Herausforderung zum Zwei- kampf, die dem Dr. V. schon eine Stunde nach dem Vorfall uber- bracht wurde. Die anfanglich schweren Bedingungen, die Thiffen gestellt hatte, wurden von dem Ehrengericht des Bezirkskommandos, dem Dr. V. unterstellt ist, gemildert, welches nur einen einmaligen Angewechsel fur zulassig hielt. Der Zweikampf wurde jedoch im letzten Augenblick verhindert, da die Behorde hier von Kenntnis er- halten hatte. In dem Augenblick, als Thiffen vom Esplanade- Hotel aus die Fahrt nach dem Grunewald, wo das Duell stattfinden sollte, antreten wollte, wurde er von dem Kriminalkommissar Schnellrath in Schutzhaft genommen und dem Dezerenten der Staatsanwaltschaft zugefuhrt. Auf sein Ersuchen wurde Thiffen sofort wieder entlassen. Das Duell fand dann funf Tage spater in der Nahe von Mubersdorf statt, wohin sich die Beteiligten in Auto- mobilien begeben hatten. Der einmalige Angewechsel verlief un- blutig. — Dr. Vorchard wurde von dem Kriegsgericht wegen Zwei- kampfes zu 4 Monaten Festungshaft verurteilt, wahrend die Anklage gegen Thiffen vor dem Zivilgericht erhoben wurde. Nach Eintritt in die Verhandlung gab Rechtsanwalt Dr. Philipp fur den Ange- klagten folgende Erklarung ab: Mit Rucksicht darauf, das nach dem Duell eine Ausfohnung stattgefunden hat, halt es Herr Thiffen nicht fur zweckmssig, in irgendeiner Form auf die Vorgeichte zuruck- zugreifen.

Nach kurzer Beratung erlannte das Gericht auf die niedrigste gesetzliche Strafe von drei Monaten Festungshaft.

Der Margolin-Prozess.

Das Reichsgericht hat gestern die Revisionen des Vermittlers Josef Margolin und der Sangerin Erna Frhlich ver- urteilt. Ersterer war am 25. April vom Schwurgericht zu Berlin wegen schwerer Urkundenfalschung und versuchten Betruges zu drei Jahren und sechs Monaten Zuchhaus, letztere wegen schwerer Ur- fundenfalschung zu einem Jahr und sechs Monaten Gefangnis ver- urteilt worden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt fur Gewasserkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Table with 4 columns: Wasserstand, am, leit, am, leit. Lists water levels for various locations like Remel, Bregel, Weichsel, etc.

+) + bedeutet Zuhs, - Fall. — *) Unterpegel.

Saison-Ausverkauf

Dauer bis 30. Juni

Dauer bis 30. Juni

Billiger Verkauf

von Herren- und Knaben- Anzugen, Joppen, Ulster, Manteln, Pelerinen usw.

teilweise erheblich unter :: Selbstkostenpreis ::

Herren-Anzuege in verschiedenen Stoffarten und guter Verarbeitung, darunter auch einzelne Modellstuecke von M. 8.50 an

Herren-Ulster u. Paletots Moderne gestreifte und karierte Stoffe. Neueste Formen von M. 12.00 an

Loden-Pelerinen fur Herren und Damen, impragnierte Stoffe, grau und olive von M. 7.50 an

Herren-Strand-Anzuege in vielen Streifen von M. 6.00 an

Luster-Jacketts schwarz, blau, gestreift u. cremefarbig von M. 1.85 an

Herren-Joppen u. Jacketts graue u. grunliche Waschstoffe von 90 Pf. an

Wasch-Westen einfarbig und in vielen Streifen von M. 1.95 an

Gummi-Mantel echt englische und deutsche Fabrikate . von M. 12.50 an

Burschen-Stoff-Anzuege Groehen von 7-12. In vielen Mustern, 1- und 2reihig von M. 7.50 an

Strohhute fur Herren u. Knaben 75, 50 und 25 Pf.

Schul-Anzuege Gute Waschstoffe in Sport-Fassons und glatten Joppen-Formen von M. 3.00 an

Knaben-Manchester-Anzuege braun, blau, grau und mode- farben M. 3.50

Knaben-Wasch-Anzuege gestreift, hochgeschlossene und Matrosen-Blusenform von M. 1.10 an

Knaben- u. Madchen-Pelerinen Impragnierte Loden, Grau und olive von M. 4.50 an

Groeh-Posten Modelle in Knaben-Anzugen Pyjacks und Paletots, Prima Stoffe. Besonders schone Fassons . von M. 6.50 an

Echt englische Haar-Hute

Partiware von M. 2.65 an

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands groeste Fabrik dieser Art

ChausseestraeBe 29-30 Gr. Frankfurter StraeBe 20

11 BrueckenstraeBe 11 Schoneberg, Hauptstr. 10

Reise-Anzuege

nach MaB in 12 Stunden

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Berliner Credit-Haus

Credit-Haus Moabit... Jubascher, S. Spandau

Alkoholfreie Getränke... Sinalco (Bilzbrause)

Gen.-Vertret. Otto Starick... Franz Abraham

Bestes alkoholfreies Getränk... Si-Si

Arbeiter-Bekleidung... F.Fak!

Hohnen & Jöring... Bäckereien, Konditor

Blottner's Großbäckerei... Arnold Beuster's Landbrotfabrik

Großbäckerei Max Bothe... Brotfabrik

Brotfabrik... Buehl & Sohn

Engel's Landbrot... W. Engel

Gustav Fenske... Feronia

Präzisions-Gaedicke's Bäckerei

Alfred Graf... Oskar Hauke's Brotbäckerei

Berberg, Paul... Oscar Hildebrandt

Carl Kappler... Haupt-Bäckerei, Köpenick

Landbrot-Großbäckerei... Rich. Liebenow

Mache, Carl... Landbrot-Großbäckerei

Rich. Liebenow... Landbrot-Großbäckerei

Erscheint 2 mal wöchentlich

Albert Manthey... Bäckerlei 'Nordstern'

Pezer's Großbäckerei

Conrad Richter

Max Sander... Otto Scillat

Ulrich... C. Vogt, Wellensee

Heinrich Wittler

Badeanstalten

Bad Friedrichshain... Bad Bürger-Bad

Erstes Lohtannin-Bad

Kuranstalt M. Schutz

Köhn's Samariter-Bad

Prinze-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Viktoria-Bad

Bade-Einrichtungen

Bandagen, Gummiw.

Beordig.-Anst. Sargm.

Berndt, W.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Belucht.-Gegenst. Bunzel, R.

Serufekleidung

Wilh. Scholem

Bierbrauereien, Biorh.

W. Adelung & A. Hoffmann

Bergbrauerei

Berliner Bock-Brauerei

Brauerei Königstätt

Brauerei Pfefferberg

Groterjans

Goldbier

S. D. Moewes

Richter & Co.

Roland

Schlossbrauerei

Blumen und Kränze

Butter, Eier, Käse

J. F. Assmann

Fritz Bartz

Oskar Beck

Buntrock, W.

F. Hagen 22

August Holtz

Carl Jacobczyk

Maeding, J.

W. Riesner

Schröter, R.

A. Talman

Uhl & Wolfram

Vereinigte Pommerse Meiereien

Georg Wunder

Bouillon-Würfel

„Krone“

Michaelis & Co.

Bücher

Gratis Prospekt

Cacao, Chocolate

Cylix, G.

Westmann

Adler-Drogerie

Krone-Drogerie

Edel, Max

Alfr. Göting

Knesebeck-Drog.

Leincke

Unternehmende Geschäfte

Fahrräd., Nähmasch. Brennabor

Alex Dam

Fahrrad-Leihhaus

Klinik d. Westens

Ernst Machnow

Färberel., Wäscher.

H. Bergmann

Cöpenicker Groß-Dampfwäscherei

Dampfwäscherei

Lebensmittel-Großhandlung

Fleisch- u. Wurst-Centrale

Franz Fritsch

Gerhardt

Eduard Grunwald

Otto Grube

Herm. Hartmann

Hegel, Wilh.

Georg Heiter

Ernst Höne

Albert Jähner

Fritz Jentsch

Franz Jördy

Jul. Kempe

Fritz Klein

Oskar Klähn

Max Knaut

August Koch

Linke's Fleischzentrale

Herm. Leucht

Wilhelm Liebherr

H. Matzker

Otto Menzel

Merker, P.

Gottfr. Meussling

G. Müller

Adolf Nagel

Karl Petrich

Max Neubert

P. Pogorzelsky

Max Pöhl

Fritz Rasch

A. Rathenow

Peter Rechel

Reinhold Spandau

O. Rosemann

Oscar Röhr

Wilhelm Röder

R. Rother

Walter Rudolph

Ottomar Rudolf

E. Schauer

Rob. Schäfer

H. Scherzer

Bernhard Schnell

A. Niewert

Wilhelm Schade

E. Hebersberg

Eduard Schmiech

J. Scholz

Schönhäuser

Oskar Schubert

Max Schubert

Albert Schuch

E. Schneider

O. Schreiber

Max Sommer

Suppen-Fleisch-Zentrale

W. Tauche

Fr. Thiel

Edw. Thiel

Thiel, N.

Thüring. Fleisch- u. Wurst-Fabr.

F. Sommermann

E. Trapp

Albert Urban

Karl Unte

Franz Veit

W. Geig, Dietrich

O. Weillitz

E. Wetzel

Emil Wilhelm

Fortsetzung siehe nächste Seite

Schirme u. Stöcke
G. Dahinter, Bild. Kist. Friedrichstr. 16.
Reparaturen, Bezüge billigst.

Joh. Baggerow, Charl. Tegel Weg 103
J. Behrendt, Wrangelerstr. 52.
Arnold Beyer, Oberschönwoldstr. 61

Leisegang, Now., Lindenstr. 61.
Ernst Lenter, O. am Radolfplatz 1.
Lewin, Adolf, Königsstr. 42/44.

Adolf Völkel, Frank. Chaussee 159.
Reinh. Wankel, Brunnenstr. 163.
Otto Warrig, Triftstr. 2.

Warenhaus M. Hirsch
Spandau
Weine, Liköre u. Fruchtstäfte

Weiß, Wollw., Trikol.
Abtscher, Gust., Chorinerstr. 75.
Max Bahr, Möhlenstr. 42.

Schaefer, Hussitenstr. 43.
M. Schaefer
S.W. Hollmannstr. 43

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte
Worte). Stellengeschäfte und Schlafstellen-Anzeigen
5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte
mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annahme-
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

John Prozent Rabatt, Vormärts-
lernen.
Teppiche, Karbenblätter, jetzt labell-
haft billig. Riesen-Jackmaler, Große
Frankfurterstr. 125, im Hause der
Möbel- und Teppichfabrik; billiger wie überall.
Vormärtslernen nach extra 10 Prozent
Rabatt. Sonntags geöffnet.

Teppiche! (sehrstark) in allen
Größen, fast für die Hälfte des Wertes
Teppichlager Prüm, Hadericher
Markt 4, Bahnhofstraße. (Fleier des
„Vormärts“ erhalten 5 Prozent
Rabatt.) Sonntags geöffnet!
Grundstück in Velten i. d. R., mit
Wohnhaus, Stallung, Obst- und
Gemüsegarten, ist preiswert zu ver-
kaufen. Zu erfragen Velten, Koch-
straße 8. 4149
Grundstücke der Pöhlitz, von
Friedrich Stampfer. Gebunden 3 R.
Buchhandlung Vormärts, Linden-
straße 69 (Radon).
Wasch-Dringmaschinen, prima,
billig, Abzahlung, günstig, Beckmann,
Goltzowstraße 26. 20608*

Es lohnt nur bei Rag Weiß
87, Große Frankfurterstraße 87, alt-
bekannte Firma, zu kaufen. Man
wird am reellsten und billigsten be-
dient. Wenig getragene, teilweise auf
Seide, von Kapellern nur kurze
Zeit getragene Jacketts, Rod-
anzüge, Gehrockanzüge, Frackanzüge,
Smokinganzüge, Paletots, Hüter,
Hosen, einzelne Fracks und Smoking-
anzüge werden zu billigen Preisen ver-
kauft. Die elegantesten Sachen sind auch
leibweise sehr billig zu haben. 87,
Große Frankfurterstraße 87. Bitte
in eigenen Interesses auf die Firma
zu achten. 91/8*

Warenhäuser
Berhard, G., Ober-Schönwold.
Hieber, N., Yorkstr. 37, am Bf.
Warenhaus Max Codik
SO, Wrangelerstr. 20, Ecke Fiedlerstr.
MaxBlumenreich, Schwed.
Str. 1.
Julius Loewenberg Nachflg.
am Goltzstr. 19, a. d. Schönwold-Allee.
Heinze, Partiewar., Langhausstr. 101

Warenhaus M. Hirsch
Spandau
Hugo Boling
50 Filialen in allen Stadtteilen.
Bettlinger, Eug., Wald-Eck, Wiekof
Grosß, Zur Sonne, P. Freudenberg.
K. Lehmann, Nowawes, Grünseeplatz 29
Martin, Bruno, R. Hermannsplatz 5
Ries, Fritz, R. Hermannsplatz 5
Sello, Hermann, Phil. Lall.
Brannenstr. 16 u. 17.
Ignatz Sello
Schwendy, H., Rosenhainstr. 67.
Welthe, W., Hermannstr. 160.
Wormuth, Oswald, Kopenh. Str. 1.
Waschmittel
Verlangen Sie
„Edelweiß“
Krone aller Waschmittel.

Markenräder, Teilszahlungen,
eventuell ohne Anzahlung. Dreise,
Danzigerstr. 95. 27708*
Serrenfahrrad, Damenfabrad,
neuerhalten, aufgebessert, Billig
Kopp, Kopenh. Str. 95. 90/15*

Schlaftelle, anständigen Herrn,
Franz Veltzschel, Kreuzbergstraße 9,
Seitenflügel parterre. 24056
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Gliesenleger, tüchtig, selbständig
arbeitend, stellt ein Köhler, Marien-
böck, Köhlerstraße 111. 27528*

Der Prozeß der Hamburger Kreedler gegen den Hafenarbeiterverband.

In einem Sturm, der nicht sterben kann, hat sich der bekannte Prozeß des Hafenbetriebsvereins gegen den Hafenarbeiterverband und gegen vier Funktionäre desselben entwickelt. Seit beinahe vier Jahren haben die Gerichte aller Instanzen die Frage zu prüfen gehabt, ob durch die im „Vorwärts“, „Hamburger Echo“, „Stettiner Volksboten“ und „Hafenarbeiter“ erfolgten Warnungen vor Zugang von Arbeitskräften nach dem Hamburger Hafen eine Verletzung des am 18. April 1907 von den Vertretern der Arbeitgeber und der Hafenarbeiter ratifizierten Vertrages erfolgt sei.

Durch Verbandsbeschlüsse vom 28. Mai 1906 verweigerte die Mitgliedschaft der Schauerleute Hamburgs prinzipiell die Nacharbeit und erklärte sich bereit, „nur“ bis 10 Uhr abends Arbeit zu leisten. Zunächst fanden die Kreedler sich damit ab, aber im Winter 1906/07 behaupteten sie, ohne die Nacharbeit nicht auskommen zu können, da ihr nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung ständen, zumal die Arbeiter den Zugang zu hindern trachteten. Die bedingungslose Wiederaufnahme der Nacharbeit lehnten die Schauerleute ab, worauf diese vom Februar bis April 1907 ausgesperrt wurden. Es kam im April zu Verhandlungen, die mit der Annahme eines Vertrages endeten, wonach die Arbeiter sich verpflichteten: 1. zum Zusammenarbeiten mit den Nichtorganisierten, 2. zur Unterlassung jeglicher Störung des Zuganges und jeder Verletzung der Zugelassenen in Zeiten friedlicher Arbeitsverhältnisse im hiesigen Hafen, 3. zur Anerkennung einer Schichtenteilung und 4. zur Arbeit nach dem alten Tarif wie vor dem Beschluß der Schauerleute über Verweigerung der Nacharbeit bis zur eventuellen Einführung eines Schichtwechsels.

Am 18. April erfolgte der Nachsatz: „Wahls die Verhandlungen mit den übrigen Instanzen bis zum 1. Oktober 1907 zur Einführung der Nacharbeit geführt haben, werden die Arbeitgeber in Verhandlungen über anderweitige Regelung der Nach- und Sonntagsarbeit mit den Arbeitern eintreten.“

Die Arbeitgeber begeben sich trotzdem nicht die Kriegsbart, sondern erließen in der inländischen Presse Anzeigen, um ihren Kontraktarbeiterstamm auf 2000 Köpfe zu komplettieren. Ende des Sommers und bis in den Herbst hinein herrschte im Hamburger Hafen eine große Arbeitsklause, viele hundert Hafenarbeiter waren beschäftigungslos. Die erfolgten Warnungen vor Zugang legte der Hafenbetriebsverein den Funktionären Hänel, Böring, Fendt und Häußler zur Last, ferner will er den Hafenarbeiterverband wie die Mitgliedschaft der Hamburger Schauerleute für den Schaden verantwortlich machen. In seiner Klage verlangte der Arbeitgeberverband die Feststellung, daß der zwischen den Parteien geschlossene Vertrag nicht am 1. Oktober 1907 erloschen ist. Ferner beantragte Kläger, die Beklagten zu verurteilen, die Warnungen vor Zugang zu unterlassen und die beklagten Personen zur Vornahme dieser Handlungen zu verurteilen.

Innerhalb drei Tage nach Rechtskraft des Urteils die Redaktionen des „Vorwärts“, des „Hamburger Echo“ und des „Stettiner Volksboten“ aufzufordern (1), den erlernenden Teil des Urteils in ihrer nächsten, noch nicht abgeklärten Nummer auf Kosten der Beklagten zu veröffentlichen, ferner den erlernenden Teil des Urteils ohne Auslassungen oder Zusätze im „Hafenarbeiter“ aufzunehmen. Im Falle Nichterfüllung verlangt Kläger die Ermächtigung, den erlernenden Teil des Urteils in anderer geeigneter Weise zur Kenntnis der Hafenarbeiter und inländischen Arbeitsvermittlungen zu bringen und zwar bis zum Höchstbetrage von 3000 M. auf Kosten der hierfür als Gesamtschuldner haftenden Personen. Der Kläger behält sich außerdem die Geltendmachung weiteren Schadenersatzes vor.

Die Beklagten erwiderten: 1. Sie hätten auf die Redaktionen der genannten Zeitungen keinen Einfluß, 2. sie hätten keine Kontraktarbeiter zur Kündigung gezwungen, 3. es habe kein Arbeitermangel im Hafen geherrscht und 4. der Vertrag habe nur gelten sollen für Zeiten friedlicher Arbeitsverhältnisse, aber solche hätten nicht geherrscht.

Nachdem eine einstweilige Verfügung zugunsten der Kläger ergangen, erließ am 4. Februar 1908 die Zivilkammer III des Landgerichts Hamburg ein Teilverurteil, wonach die Klage gegen die Mitgliedschaft der Schauerleute zwar abgewiesen, im übrigen aber den Klageansprüchen Folge gegeben wurde.

Das Oberlandesgericht verworft die Berufung der Kläger und hob in einer späteren Entscheidung die Urteile der Vorinstanz auf und wies die ganze Klage kostenpflichtig ab, weil kein Vertrag im Rechtssinne in Frage komme.

Das Reichsgericht gab aber der Revision der Kläger statt und verwies die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung an einen anderen Senat des hiesigen Oberlandesgerichts zurück. Die Klageabweisung gegen die Schauerleute blieb rechtskräftig.

Das Oberlandesgericht hat sich inzwischen wiederholt mit der umfangreichen Sache beschäftigt und fällt am 22. Juni einen Entscheid, in dem die Klage des Hafenbetriebsvereins abermals in allen Teilen zurückgewiesen wurde!

Vorort-Nachrichten.

Spandau.

Die Angriffe des Professors Dr. Eberstadt waren Gegenstand der Beratung der letzten Stadtverordnetenversammlung. Von den Stadtverordneten Lüdke und Genossen lag folgender Antrag vor: „Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um die Zustimmung zur Bildung einer gemischten Kommission zu ersuchen, welcher es obliegen soll: a) die Vorwürfe des Professors Dr. Eberstadt in seinem Aufsatz in den „Preussischen Jahrbüchern“ über „Wohnverhältnisse und Städtebau in Spandau“ einer Untersuchung zu unterziehen; b) die geeigneten Maßnahmen gegen unbedeutende Angriffe zu ergreifen.“ Der Zuhörerraum war namentlich von Mitgliedern der Bauernschaft stark besucht. Das Referat war anfänglich dem Mitantagssteller Stadtverordneten W. C. H. (frei.) übertragen. Dieser aber war nicht erschienen und hatte sein Ausbleiben entschuldigt. Statt seiner übernahm der fernere Mitantagssteller Stadtverordneter und Verbandsvorsitzender der Grundbesitzervereine Justizrat Dr. Baumert (1.) das Referat. Man hatte hier aber den Votum zum Gärtner gemacht, denn statt sich kritisch an den Antrag zu halten und eine Kommission mit der Untersuchung der gemachten Vorwürfe zu empfehlen, ging der Referat auf die Angriffe selbst ein und fing an, dieselben zu widerlegen. Er bezeichnete die Darlegungen Eberstads als grundlose Verhöhnungen. Die Ausführungen des in den „Preussischen Jahrbüchern“ gegen ihn, den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung seien unwahr und folgedessen sei es auch zu falschen Schlüssen gekommen. Der hiesige Magistrat habe eine Unterlassungsbüße begangen, indem er bei Abfassung des Protokolls über die Ergebnisse der Wohnungsuntersuchungs-

kommission nicht vertreten war; unbedingt hätte der Magistrat das Material der Wohnungsuntersuchung nachprüfen müssen. Redner stellte dann sich und die Spandauer Hausbesitzer als die reinen unschuldigen Engel hin, die kein Wasserchen trüben können, und die ihre vornehmste Aufgabe darin sehen, mit ihren Mietern in Frieden zu leben. (Große Lärme im Zuhörerraum.) Wenn in manchen Grundstücken so kleine Höfe sich befinden, so trage hieran die Baupolizeiordnung, aber nicht die Hausbesitzer die Schuld. Die Ausführungen des Referenten, der schließlich die Annahme des Antrages empfahl, gingen selbst dem Magistratsvertreter, Oberbürgermeister Koelbe, über die Querschnur. Er empfahl dem Referenten, wenn er künftig wieder einmal ein Referat halte, seine Nase vorher in die Atten zu stecken, denn wenn der Referent in dieser Weise mit dem Professor Dr. Eberstadt gesprochen habe, dann dürfe man sich nicht wundern, daß dieser dem Magistrat Vorwürfe gemacht habe. Die dem Magistrat von Professor Dr. E. gemachten Vorwürfe der Parteilichkeit zugunsten der Hausbesitzer wies der Oberbürgermeister energisch zurück. Er sprach auch dem Artikelschreiber jedes Verständnis für eine praktische Stadtverwaltung ab. Dieser könne wohl allgemeine Theorien, wie die Einfamilienhäuser, aufstellen, in der Praxis werde sich dies aber in einer Stadt nicht durchführen lassen. Ueber die Schritte, welche gegen den Artikelschreiber, der selber in Berlin, Wendlerstraße 29, 4 Treppen, wohne, unternommen werden sollen, werde ja die Kommission beraten; er vertrete aber heute schon den Standpunkt: „Derr, vergiß ihn, denn sie wissen nicht, was sie tun.“ In der Diskussion nahm auch Stadtverordneter Genosse Pieper das Wort, um den Hausbesitzern mal ihr Sündenregister in recht drastischer Weise vor Augen zu führen. Dr. Eberstadt habe zu einem Teile nicht unrecht, und das konnte er auch nicht haben, da er ja sein Material von berufener Seite, nämlich vom Stadtverordneten Dr. Baumert, erhalten habe. Er und die folgenden Redner vertraten die Ansicht, daß sich die Angelegenheit zur Besprechung in Plenum noch nicht eigne. Man solle lieber erst der Kommission Gelegenheit zur Nachprüfung der gemachten Vorwürfe geben, dann könne man in breiterer Öffentlichkeit weiter über die Sache sprechen. Nachdem der Referent Dr. Baumert sich in seinem Schlusswort gegen die ihm gemachten Vorwürfe zu verwehren versucht und den sonderbaren Standpunkt vertreten hatte, daß eine Grundstückspekulation nie die Mietpreise erhöhe, wurde der Antrag angenommen.

Um dem augenblicklichen Geldmangel abzuhelfen, beschloß die Versammlung, daß 310 000 M. à conto der vierten Straßenbahnanleihe und 1 000 000 M. à conto der Hafenanleihe von dem Bauhaus Haasengier u. Co. gegen 4 Proz. Zinsen und 1 Proz. Damno auf zehn Jahre fest beschafft werden, davon sind 310 000 Mark mit 1 1/2 Proz. und 1 000 000 M. mit 1 1/2 Proz. zu tilgen. — Ein hiesiger Ueberfluß, nämlich 279 915,96 M., ist für das Etatsjahr 1910/11 herausgewirtschaftet worden. Die Finanzdeputation hatte beschlossen, daß von diesen Ueberflüssen dem Etat 1912 125 000 M., dem Straßenregulierungsfonds 20 000 M., dem Schulhausbaufonds 40 000 M. und dem Steuerausgleichsfonds 94 915,96 Mark zugeführt werden sollen. Die Versammlung war hiermit nicht einverstanden. Es wurde gewünscht, daß eine größere Summe dem Etat 1912 zugeführt wird. Die Vorlage wurde deshalb an die Stadtkommission verwiesen. — Der Hygieneausstellung in Dresden werden nach einem Beschluß der Versammlung die sämtlichen Mitglieder der städtischen Körperschaften sowie sämtliche Leiter der städtischen Vertriebe auf städtische Kosten einen Besuch abstatten. Die Reisekosten hierfür betragen allein etwa 3400 M. Die übrige Vorlage wurde debattelos erledigt.

Charlottenburg.

Großfeuer kam vorgestern abend in der Kaiserin-Augusta-Allee 69 an der Schloßbrücke aus bisher nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch. Als die Hauptwache an der Brandstelle erschien, stand der Dachstuhl des prächtigen neuen Hauses schon in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten anscheinend schon längere Zeit dort unbemerkt gewütet. Ueber die bereits verqualmten Treppen und über mehrere mechanische Leitern wurde mit großer Trabour vorgegangen. In kurzer Zeit konnte mit fünf Schlauchleitungen von Dampfstrahlen von drei Seiten Wasser gegeben werden. Dadurch gelang es, eine weitere Ausdehnung zu verhindern und das angrenzende Gebäude wirksam zu schützen. Der Dachstuhl Nr. 69 war indes verloren. Auch haben die oberen Etagen etwas durch Wasser gelitten. Gegen Mitternacht konnte das Gros der Wehr wieder abrücken.

Lichtenberg.

Eine recht große Arbeitslosigkeit hatte der Stadtverordneten-Vorsteher noch vor den Ferien bei dem Kollegium vorausgesehen, denn mit nicht weniger als 22 Punkten war die Tagesordnung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag besetzt. Unter Geschäftliches erhielt die Versammlung Kenntnis, daß am 3. Juli die Grundsteinlegung des neu zu erbauenden Krankenhauses mit einer entsprechenden Feier geplant sei. Die ersten Punkte betrafen Wahlen von Schiedsmännern und Waisenräten, wobei Genosse Grauer sich vom Magistrat Auskunft erbat über die Gründe, die zur Enthebung des Lehrers Hoffmann von seinem Posten als Waisenrat des 13. Bezirks geführt haben. Nach Bekanntgabe der Gründe wurde Lehrer Otto Müller an dessen Stelle gewählt. Die Petition wegen Errichtung einer kaufmännischen Fortbildungsschule wurde namens des Petitionsausschusses in Ansehung an den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 28. April dem Magistrat empfohlen und derselbe ersucht, der Versammlung eine Vorlage zu machen. Namens der bürgerlichen Fraktion erklärte Stadtverordneter Knopf den Zeitpunkt trotz der 80 000 Einwohner Lichtenbergs noch für verfrüht, es würde auch gegen die Stimmen unierer Genossen zu beschließen, trotzdem Bürgermeister Bietzen die Geneigtheit des Magistrats zur Errichtung betont hatte.

In einer längeren Debatte führte Punkt 6, die Neupflasterung der Frankfurter Chaussee betreffend. In der Sitzung vom 27. April hatte die Mehrheit den Antrag des Magistrats, die Straße in ihrer ganzen Länge zu pflastern und zu diesem Zweck ein Darlehen aufzunehmen, abgelehnt. Statt dessen beschloß die Stadtverordnetenversammlung: 1. daß die Ausbesserung in Teilstrecken erfolgen soll, und zwar nach Auffassung des Straßenlandes durch die Anlieger des betreffenden Straßenteiles an die Gemeinde; 2. daß die Kosten der jedesmal erforderlichen Teilbeträge als Anleihe aufzunehmen seien, die jährlich mit nicht mehr als 5 Prozent zu amortisieren wäre; 3. daß 1911 nur der Teil zwischen Ringbahn und Rathausstraße asphaltiert und die Entscheidung für die Inangriffnahme der übrigen Teile der Stadtverordnetenversammlung für die folgenden Jahre vorbehalten bleiben sollte. Der Magistrat war nun nach Beratung mit der Baukommission erneut mit einer Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung herangetreten, die Neupflasterung der Frankfurter Chaussee in drei Abschnitten nach der Magistratsvorlage vom 4. März vorzunehmen, und zwar zuerst den Teil zwischen Rathausstraße und Hubertusstraße. Außerdem hält der Magistrat es für ausgeschlossen, daß die Aufsichtsbehörde Teilanleihen mit höchstens 5 Proz. Amorti-

sation genehmigt. Die Bürgerlichen waren in dieser Frage gespalten; während sich ein Teil auf den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 27. April stellte, wollte ein anderer Teil der Magistratsvorlage zustimmen. Schließlich wurde aus dem ursprünglichen Beschluß, nachdem der Vaurat auf den unhaltbaren Zustand des Teiles der Chaussee, welcher durch die wiederholten Ueberflutungen schwer gelitten hat, hingewiesen hatte, die Bestimmung der teilweisen Aufnahme der Anleihe gestrichen. Eine nochmalige Beschlußfassung wünscht der Magistrat auch über seine Vorlage betreffend die Ausbesserung der Frankfurter Chaussee. Die Mehrheit hatte in der Sitzung vom 27. April die Vorlage des Magistrats, die Mittelpromenade bis zur Rathausstraße anzuschmiden, abgelehnt, trotzdem Baumbestand und Rasenstreifen auf dieser Strecke nicht vorhanden sind, andererseits die Kosten mit 12 500 M. bereits in den Etat eingestellt sind. Wegen die Stimmen der Sozialdemokraten wurde der Magistratsantrag abgelehnt.

Bei der Wahl eines vierten stellvertretenden Vorsitzenden zum Kaufmannsgericht fragte Genosse Grauer den Magistrat, wie weit es mit der Einführung der Sonntagstraße der offenen Labengelände um, entsprechend der Petition des Handlungsgewerksverbandes sei. Bürgermeister Bietzen macht Mitteilung, daß der Magistrat beabsichtigt, gemeinsam mit den Orten Schöneberg, Charlottenburg, Himmelsburg usw. in dieser Frage vorzugehen, es hätten bereits Besprechungen stattgefunden. Genosse Grauer ersuchte den Magistrat, dahin zu wirken, daß die Bestimmungen baldigt erlassen würden, damit die Handlungsgewerkschaften und Hilfsarbeiter im Handelsgewerbe noch in diesem Sommer in den Genuß der größeren Ruhe kommen.

Weiter hatte der Magistrat den Stadtverordneten eine Vorlage zugehen lassen, wonach er die Belegung größerer Geländestücke bei Privatbanken wünscht, ohne daß diese entsprechend Sicherheit leisten müssen. Unsere Vertreter wandten sich gegen diesen Vorschlag und wünschten die Anlegung bei der hiesigen Sparkasse. Gegen unsere Stimmen wurde die Vorlage angenommen. Aus der Begründung, die Bürgermeister Linger gibt, geht hervor, daß bereits größere Beträge bei einer Bank ohne Sicherheit hinterlegt sind; dies ist gefahrlos, ohne daß ein Beschluß der Stadtverordneten vorliegt. Auf die Frage eines unserer Genossen, wer denn die Verantwortung übernehme, wenn nun wirklich ein Verlust entstanden wäre, rührte sich der Magistrat nicht. Gleichzeitig wurde zur Sprache gebracht, daß die hiesigen Banken für die Entgegennahme der Steuergelder von der Stadt eine Entschädigung erhielten; auch hierüber hatte der Magistrat bisher der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage zur Bewilligung dieser Gelder nicht gemacht. Genosse Grauer wies den Magistrat darauf hin, daß es nicht auf die Höhe dieser Summen ankommt, sondern auf die Bewilligung an sich, die nur durch die Stadtverordnetenversammlung geschehen kann. Die Vorlage wurde genehmigt. Zur Beschlußfassung über die Entsendung von Delegationen zum Deutschen Städtetag sowie zur Hygiene-Ausstellung wurde der Wahlausschuß gemeinsam mit vier Magistratsmitgliedern als gemischte Kommission beauftragt. Es wird der Kommission gleichzeitig die Beratung der Beschädigung des Brandenburgischen Städtetages aufgegeben. Die Punkte betreffend Abschluß eines Vertrages mit den Gemeinden Himmelsburg, Hohen-Schönhausen wegen Erbauung einer Limnenführung des Regenwasserkanals wurde an eine Kommission verwiesen, die die Genossen Grauer und Hegerl angehört. Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen sowie Nachbetrachtung von Petitionskosten wurde in die geheime Sitzung eingetreten, die außer Anstellung einiger Beamten den Ankauf eines Grundstücks für den Teil Herzberge, Wilhelmsberg sowie eines weiteren Grundstücks auf Himmelsburger Gebiet zum Zwecke der Ausführung des Regenwasserkanals beschloß.

Schöneberg.

Großes Unheil wurde vorgestern auf dem Winterfeldplatz durch die Entschlossenheit eines Schutzmannes verübt. Im Laufe des Nachmittags kreuzte dort vor einem entgegenkommenden Automobil die Pferde eines Wagens des Obsthändlers Holzhausen aus Steglitz und jagten in wilder Karriere den zu jener Zeit sehr belebten Platz entlang, das schwere Gefährt hinter sich herdrückend. Als die Pferde nach dem Bürgersteig hin überbogen, warf sich ihnen der Schutzmann Wendig entgegen. Der Beamte wurde jedoch zu Boden gerissen und eine Strecke weit mitgeschleift. An der Vordschwelle des Bürgersteiges gelang es dem Schutzmann aber, sich zu erheben und die Tiere herumzureißen, so daß sie unmittelbar vor dem Schaufenster eines Ladens zum Stehen gebracht werden konnten. Der Beamte hatte erhebliche Verletzungen erlitten und mußte die Hilfe der Unfallstation in Anspruch nehmen.

Rixdorf.

Beim Baden ertrunken ist am Donnerstag der 17jährige Arbeitsbursche Franz Andross aus der Jägerstr. 99. Der junge Mann, der im Kabelwerk Oberspree in Ober-Schöneweide beschäftigt war, wollte vorgestern früh gegen 6 Uhr vor Arbeitsbeginn in der Nähe des Restaurants „Strandflöß“ ein erfrischendes Bad in der Spree nehmen. Kaum war er eine Strecke weit in den Fluß hineingeschwommen, als er plötzlich einen Krampfanfall bekam und vor den Augen eines Arbeitstollgen in den Fluten versank. Die Leiche des Ertrunkenen konnte bisher noch nicht gelandet werden.

Wannsee.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich vorgestern abend gegen 1/10 Uhr in der Königsstraße. Ein in der Richtung Berlin fahrender Kraftwagen passierte um diese Zeit die Königsstraße in dem Augenblick, als der 19jährige Koloniar Genosse, der Sohn eines Fabrikunternehmers G., in der Chausseest. 22 wohnhaft, auf seinem Rade die Straße queren wollte. Er wurde vom Auto erfasst, kam unter die Räder und erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurz darauf verstarb.

Friedenau.

Die Freie Turnerschaft Friedenau beranstaltet am Sonntag, den 25. d. M., einen Familienausflug. Treffpunkt 2 Uhr nachmittags Bahnhofs Steglitz, dann Fahrt bis Hehlenberg nach dem Restaurant Zur Rennbahn (Nah, Schwarz). Kaffeetrinken von 4 Uhr ab. Spielt im Walde für Erwachsene und Kinder. Die Freunde und Gönner der Freien Turnerschaft sind mit ihren Familien eingeladen.

Adlershof.

Ihr zehnjähriges Besehen feiert die Konsumgenossenschaft Adlershof und Umgegend am Sonntag, den 25. Juni, von nachmittags 3 Uhr ab, durch ein großes Volksfest in Adlershofs Lustgarten unter Mithilfe der Arbeiter-Turnvereine und Gelangvereine von Adlershof, Alt-Glienide, Grünau, Ober-Schöneweide, Friedrichshagen, Eichen und Johannisdorf. Das Konzert wird ausgeführt von dem Berliner Sinfonie-Orchester unter Leitung seines Dirigenten Herrn Kapellmeister Maxmilian Fischer. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf. Da das vorzüglich zusammengestellte Programm die Gewinne für einige genussreiche Stunden gibt, wird die Arbeitererschaft um ihr Erscheinen ersucht.

Röpenitz.

Ein aufsehender Unglücksfall hat sich vorgestern in der Adlershofer Str. 1 ereignet. Bei einer vorläufig wohnenden Familie hielt sich der dreijährige Sohn Otto des Konsums Rixdorf besuchungsweise auf. Als die Frau des Hauses sich auf kurze Zeit entfernen mußte, blieb deren siebenjährige Tochter mit dem kleinen R. allein in der

Wohnung zurück. Während des Spiels Kletterte der Knabe auf einen an dem geöffneten Fenster der Küche stehenden Stuhl, verlor das Gleichgewicht und stürzte aus der Höhe der dritten Etage kopfüber auf den gepflasterten Hof hinab, wo er mit zerschmetterten Gliedern tot liegend blieb.

Weihensee.

Für Straßenregulierungen hat die letzte Gemeindevertretung 176 200 M. bewilligt. Davon entfallen auf die Gemeinde 97 550 M. und auf die Anlieger nach den Bestimmungen des Ortsstatuts 78 650 M. Es werden reguliert: die nordwestlichen Bürgersteige in der Gustav-Adolf-Straße vom Hamburger Platz bis zur Gasanstalt, die Bürgersteige in der Charlottenburger Straße von der Pumpstation bis zur Friedstraße und an gleicher Stelle auch der Strahndamm. Der Bürgersteig an der alten Kirche in der Falkenberger Straße soll um einen Meter verbreitert werden und der alte baufällige Staketensaum soll durch eine Steinwand ersetzt werden. Die Kosten hierfür betragen zirka 2000 M., wovon ein Viertel die Gemeinde zahlt, die restierenden 1500 M. muß die politische Gemeinde der Kirchengemeinde auf vier Jahre vorstrecken, weil die Kirche zu arm ist. Die Kirchengemeinde hätte diesen Winkeln vielleicht noch lange in dem elenden Zustand liegen lassen, wenn nicht im nächsten Monat aus Anlaß der Einweihung des Säuglingskrankenhauses hoher Besuch erwartet wird.

Pankow.

Die Erweiterung der Sonntagstraße im Handelsgewerbe soll für Pankow nach einem im April d. J. gefassten Beschluß der Gemeindevertretung in der Weise erfolgen, daß in Zukunft die Verkaufszeit in offenen Verkaufsstellen an gewöhnlichen Sonntagen während des ganzen Jahres gleichmäßig auf die Zeit von 8-10 Uhr früh und 12-2 Uhr mittags festgesetzt wird. Das ist gegen den bisherigen Zustand eine Beschränkung um nur eine Stunde und entspricht durchaus nicht der von der Berliner Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Regelung der Frage. Berlin hat bekanntlich beschlossen, die offenen Verkaufsstellen mit Ausschluß der Nahrungs- und Genussmittelbranche an gewöhnlichen Sonntagen nur zwei Stunden offen zu halten, und zwar im Sommer (Mai bis September) von 8-10 Uhr morgens und im Winter (Oktober bis April) von 12-2 Uhr mittags. Die Durchführung dieses Beschlusses ist aber vom Magistrat Berlin davon abhängig gemacht, daß die Vororte sich dieser Regelung einheitlich anschließen. Wie die in dieser Frage bis jetzt gefassten abweichenden Beschlüsse anderer Vorortgemeinden, bildet somit auch der Beschluß Pankows ein Hindernis für die Durchführung des Berliner Stadtverordnetenbeschlusses. Dieses Hindernis aus dem Wege räumen zu helfen, war der Zweck einer vom hiesigen Gewerkschaftsrat zum Mittwoch einberufenen, leider nur schwach besuchten Versammlung, zu der außer allen Interessenten auch sämtliche Gemeindevertreter eingeladen, letztere aber mit Ausnahme unserer Genossen nicht erschienen waren. Der Referent Genosse Reichstagsabgeordneter Eichhorn beleuchtete in trefflichen Darlegungen die Frage von den verschiedenen Gesichtspunkten und lenkte namentlich die Aufmerksamkeit und Rücksichtbarkeit der Gegner der Sonntagstraße im allgemeinen wie der Pankower Gewerbetreibenden und der Mehrheit der Pankower Gemeindevertretung im besonderen. Von den Pankower Interessenten und Konsumenten müsse nochmals versucht werden, die Gemeindevertretung für den Anschluß an den Berliner Beschluß zu bewegen. In der lebhaften Diskussion wurde den Ausführungen des Referenten allseitig zugestimmt; einige Redner gingen mit der persönlichen Interessenpolitik im Gemeindeparkament, namentlich mit der eines bekannten hiesigen bürgerlichen Gemeindevertreters scharf ins Gericht. Es gelang schließlich eine Resolution zur Annahme, die der Pankower Gemeindevertretung übermitteln soll und die folgenden Wortlaut hat: „Die heutige öffentliche Versammlung, einberufen von den im Pankower Gewerkschaftsrat organisierten Pankower Arbeitern, protestiert auf das entschiedenste gegen die reaktionäre Stellungnahme der Gemeindevertretung, betreffend die Sonntagstraße in offenen Verkaufsstellen. Die Pankower Konsumenten sprechen ihre Mißbilligung darüber aus, daß durch das rücksichtslose Verhalten der Mehrheit der Gemeindevertretung die

Einführung der Sonntagstraße für Groß-Berlin gefährdet wird und erwarten, daß sich die Mehrheit der Gemeindevertretung den von der Berliner Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschlüssen nunmehr anschließt.“

Nieder-Schönhäusen.

Die letzte Gemeindevertretung hatte sich nochmals mit dem Projekt des Neubaus der höheren Mädchenschule zu beschäftigen. Die Regierung verlangte, daß die Lurnhalle 10 Meter breit und 20 Meter lang gebaut werde; dem Wunsch soll Rechnung getragen werden. Hierauf wurde die Vergebung der Steinlieferung für den Bau der höheren Mädchenschule beraten, worüber eine lange Debatte entstand. Von 15 vorliegenden Offerten war die der Virlenwerderer Werke die billigste mit 28 682 M., als zweitbilligste kam die Firma Herms in Mühlenbeck mit 28 775 M. Die Baukommission hatte der Firma Herms den Zuschlag erteilt und zwar deshalb, weil Herr Herms hiesiger Steuerzahler ist und der Preisunterschied kein großer sei; nebenbei bemerkt, ist Herr Herms zugleich Gemeindevertreter der hiesigen Gemeinde. Gegen das Mühlenbecker Fabrikat wurde von unserem Genossen Woschke der Einwand erhoben, daß die Steine sehr salpeterhaltig seien und somit eine gewisse Garantie für einen soliden Bau nicht gegeben wäre. Die Baukommission habe in Pankow das Realgymnasium beschäftigt, das aus Mühlenbecker Steinen gebaut ist; man habe schadhafte Stellen nicht gefunden, um daraus schließen zu können, daß die Steine nicht salpeterhaltig seien. Als Fachmann könne er jedoch sagen, daß der Salpetergehalt der Steine sich erst nach 10-15 Jahren und noch später bemerkbar mache. Er schlage vor, die Steine von der Virlenwerderer Aktiengesellschaft zu entnehmen. Nach längerer Debatte, in der fast sämtliche Redner die Bedenken unseres Genossen zu zerstreuen versuchten, wurde beschlossen, um alle Zweifel zu beseitigen, die Steine von beiden Firmen von einem Chemiker untersuchen zu lassen. Ein Besuch der Lehrpersonen um Abänderung der Befolgsordnung wurde der Rasterprüfungs-Kommission überwiesen.

Vernau.

In der Generalversammlung des Wahlvereins Vernau erstattete Genosse Maß den Geschäftsbericht. Danach fanden statt: 8 Mitgliederversammlungen, 9 öffentliche Versammlungen und 28 Sitzungen der Bezirksleitung. „Vorwärts“-Feier fand im ganzen Bezirk 408. Der Kasinbericht, welchen der Genosse Kunze erstattete, ergab bei einem Mitgliederstand von 216 männlichen und 28 weiblichen folgenden Bild: Bestand am 1. Juli 1910 78,80 M., Einnahme 1812,18 M., Ausgabe 1740,71 M., Bestand am 15. Juni 1911 71,47 M. Als Kandidaten für die im November stattfindende Stadtverordnetenwahl wurden die Genossen Helbig, Werner, Knöschke und Swabina für die 3. Abteilung und die Genossen Helbig und Wünsche für die 2. Abteilung nominiert. Die Neuwahl der Bezirksleitung ergab folgendes Resultat: Schneider Bezirksleiter, Maß 2. Bezirksleiter, Kunze Kassierer, Freudenreich Schriftführer. Revisoren: Glanz, Mittelstadt, Bauz. Als Gruppenführer fungieren: Arunow I. Bezirk, Genz, II. Bezirk, Reumann und Lange III. Bezirk, Röntgenal: Hölzer und Müller. Schönow: Dufwiz, Ladeburg, Road, Brenden, Gläser, Nuhlsdorf; Bree. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Krüger und Heise gewählt. Als Bibliothekar wurde der Genosse Vogdan bestimmt. Der Genosse Stöckel wurde als Lokalkommissionsmitglied gewählt. In die Zeitungsbeschwerdekommission wurden die Genossen Wehrhold, Räder und Troppe gewählt. Zum Schluss gab Genosse Kunze die Abrechnung von der Raiffeier. Der Ueberseh, welcher an den Raiffonds abgeliefert ist, beträgt 94,47 M.

Potsdam.

Verzweiflungstat einer jungen Frau. Gestern vormittag stürzte sich am Kiewitz unweit der Saranischen Holzlage eine junge Frau Anfang der 20er Jahre in die Havel. Der diensttuende Schuttmann sprang ihr nach und rettete sie. Man schaffte die Frau im Krankenwagen nach dem Städtischen Krankenhaus. Ihr Befinden hat sich gebessert. Die Frau soll die Gattin eines Kaufmanns aus der Viktoriastraße sein.

Notwende.

Die Ortsarbeiterlöhne haben durch Beschluß der letzten Gemeindevertretung eine annehmbare Aufbesserung erfahren, für die bereits bei der Etatsaufstellung die sozialdemokratischen Vertreter warm eintraten. Nach der neuen Arbeitsordnung beträgt der Wochenlohn für sechs Arbeitstage:

	in Lohnkl. I	in Lohnkl. II	in Lohnkl. III
jetzt früher	27,00	24,84	23,00
jetzt früher	27,00	24,84	21,60
zu Anfang	28,08	26,50	25,92
nach dem 1. Dienstjahre	29,16	27,50	27,00
" " 4. "	30,24	28,50	28,00
" " 7. "	31,32	29,50	29,16
" " 10. "			27,00
			25,92
			24,50

Zur Lohnklasse I zählen die Kolonnenführer bei der Kanalisation und die Desinfektoren, zur Lohnklasse II die Gärtnergehilfen, Kutscher, Handwerker und Kanalisationsarbeiter, zur Lohnklasse III alle übrigen Arbeiter. Für in besonders verantwortlicher Stellung befindliche Leute kann unter Fortfall der Ueberstundenentschädigung eine Einkommenspauschale von 1800 M., steigend in dreijährigen Abschnitten um je 100 M., bis zu 2000 M. vereinbart werden. Die Annahme der Arbeiter erfolgt auf tägliche, soweit solche jedoch Mitglieder der hiesigen freiwilligen Feuerwehr sind, auf vierwöchentliche Kündigung. Durch letztere Bestimmung sollen möglichst alle körperlich gesunden Arbeiter angeregt werden, der freiwilligen Feuerwehr beizutreten, so daß abwechselnd einer derselben den Feuerwachdienst versehen kann. Dadurch hofft man nämlich die überaus kostspielige Einrichtung einer Berufsfeuerwehr, die seinerzeit auf Drängen der Aufsichtsbehörde geschaffen werden mußte, ersparen zu können. Der Normalarbeitstag beträgt durchschnittlich 9 Stunden, und zwar vom 1. April bis 30. September 9 1/2 Stunden, vom 1. Oktober bis 31. März 8 1/2 Stunden. Ueberstunden sowie auch stundenweise Sonntagsarbeit sollen den Arbeitern jetzt mit einem Zuschlag von 25 Proz. vergütet werden; an den auf einen Wochentag fallenden Festtagen wird für die geleistete normale Arbeitsstunde der normale Stundenlohn gezahlt. Eine Verbesserung besteht auch darin, daß in Zukunft den Arbeitern in Erkrankungsfällen die Differenz zwischen Wochenlohn und Krankengeld gezahlt wird. Auch Ferien unter Belassung des Lohnes können den Arbeitern auf Antrag bewilligt werden, und zwar nach 6 Jahren bis zu 8 Tagen, nach 8 Jahren bis zu 8 Tagen, nach 9 Jahren bis zu 10 Tagen. Die Mehrkosten, die durch diese mit rückwirkender Kraft vom 1. April d. J. ab zu zahlende Aufbesserung verursacht werden, betragen rund 2500 M.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Erker. Heute Sonnabend, den 24. Juni, abends 8 Uhr, in Degehrodt's Gesellschaftshaus: Versammlung. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen wird vollständiges Erscheinen erwartet.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz, Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freizugempfehlungen sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Witterungsüberblick vom 23. Juni 1911.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. d. G. u. N.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Wolkenart	Wetter	Temp. u. d. G. u. N.
Stettin	764	SW	2 wolkig	19		Habaranda	761	SW	2 bedeckt	11	
Damberg	762	SW	2 bedeckt	17		Petersburg	765	SW	1 heiter	17	
Berlin	763	SW	3 wolkig	22		Scilly	757	SW	2 halb bb.	13	
Frankfurt	762	SW	1 Dunst	17		Verden	751	SW	3 heiter	14	
Witten	764	SW	1 halb bb.	18		Paris	761	SW	1 bedeckt	17	
Wien	766	SW	1 wolkenl.	17							

Grosse Posten in Wollstoffen enorm billig

Grosse Posten in Waschstoffen enorm billig

Grosse Posten in Seidenstoffen enorm billig

Mein Sommer Räumungs Verkauf

beginnt am Sonnabend den **24. Juni** früh 8 Uhr

und bezweckt eine gänzliche Räumung der noch vorhandenen Lagerbestände in **Sommerstoffen & Confection** zu ganz erstaunlich billigen Preisen.

S. Weissenberg

Berlin O. Gr. Frankfurterstr. 126.

Grosse Posten in Blusen & Costüm-Röcken enorm billig

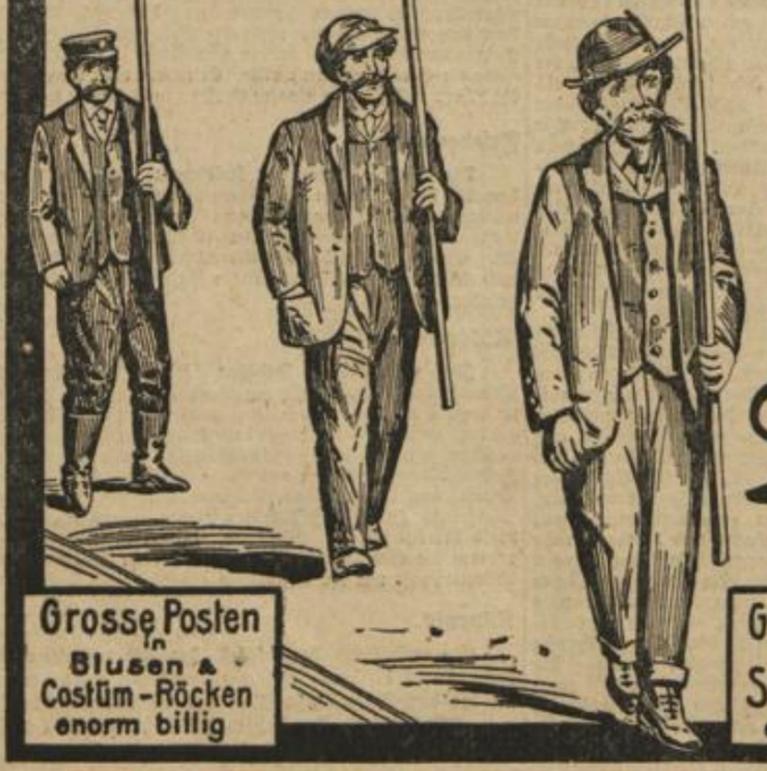
Grosse Posten in Staubmänteln enorm billig

Grosse Posten in Unterröcken & Schürzen enorm billig

Achten Sie gut während des Saison-Räumungs-Verkaufs die vorteilhaften Angebote in meinen 6 Fenstern.

Ganz besonders billig zum Einkauf für die Ferienreise

Saison-Räumungs-Verkauf bei S. Weissenberg



Wetterprognose für Sonnabend, den 24. Juni 1911.
Etwas kühler, zeitweise heiter, aber veränderlich mit Gewitterregen und mäßigen südwestlichen Winden. **Berliner Wetterbureau.**

Briefkasten der Redaktion.

Um heutigen Sonnabend fällt die Sprechstunde aus.
Vom Montag, den 26. Juni, bis Sonnabend, den 15. Juli einschließlich, findet die Sprechstunde in der Zeit von 7^{1/2} bis 9^{1/2} statt.
R. Z., Südde. Ja. — Jacob. Ja. — G. Z. 1. und 2. Nein. Ein Verfahren vor dem Schiedsmann ist in diesem Fall nicht erforderlich. Es kann ohne weiteres die Privatklage erhoben werden. — G. S. 14. Ja. Auch die Eltern. — L. Z. 100. Die Wirtin ist im Recht. — F. 100. Sie sind auf Grund der Bestimmung im Mietvertrag haftbar. — Ziegel 1911. Ja. — Trude 100. Gelder läßt sich dagegen mit Rücksicht auf Erfolg nicht tun. — G. J. 86. Erbieten Sie sich, die erforderliche Auskunft schriftlich zu erteilen; dann brauchen Sie der Vorladung nicht Folge leisten. — R. A. 100. An den Magistrat. Höhe: 25,20 M. — R. 9. 1. Ja. 2. Durch Klage und Zwangsvollstreckung. — J. R. 100. 1. Ja. An das

Standesamt unter Vorlegung des mit Rechtskraftattest versehenen Scheidungsurteils. 2. Dem unglücklichen Teil. 3. Dafür ist das vom Gericht festzusetzende Objekt maßgebend. 4. Am 15. Juli. Zwei Monate. — M. 100. Ja, bis Vollendung des 21. Lebensjahres. — Zora 20. 1. Ja. 2. Das Rechtskraftattest muß auf dem Urteil stehen. Die Erteilung des Urteiles erfolgt kostenlos. 3. Innerhalb drei Monaten nach Rechtskraft. 4. Etwa 23 M. — C. Z. 100. Bei der Steuerdeputation des Magistrats. — G. W. 28. Wiederholen Sie die Anfrage und geben Sie noch an, wann die Ehe geschlossen ist. — J. J. Nein.

Eingegangene Druckschriften.

Das Geheimnis der Camorra, des Geheimbundes Ursprung und Ziele. Von Adolf Sommerfeld-Rom. 200 Seiten, broch. 2 M., geb. 3 M. Verlag: Continent G. m. b. H., Berlin W. 15.
Die Erbfinde. Roman von Hans Kirchsteiger. 298 Seiten. Preis 2 M. Verlag von R. Singer u. Co., Berlin O. 2.
Otto Sonta, Das Debarium der Ehre, Roman. Gebunden 4 M., gebunden in Leinen 3,50 M., in Halbfranz 7 M. Verlag von Albert Langen in München.

Gustav B. Steffen. Die Demokratie in England. Einige Beobachtungen im neuen Jahrhundert und ein Renaissanceprogramm. 1. und 2. Tausend. Preis in Pappband 3 M. — William Benjamin Smith. Ecco Deus. Die urchristliche Lehre des rein göttlichen Geistes. Preis brosch. 6,00 M., geb. 6,50 M. — G. G. Weiss. Die Zukunft in Amerika. 1.—4. Tausend. Preis in Pappband 3 M. Eugen Diederich, Verlag in Jena.
Dr. Heinrich Brann. Annalen für soziale Politik und Gesetzgebung. 6ter Band 2.—6. Heft. Preis 18 M. Verlagsbuchhandlung von Julius Springer, Berlin.
Marktpreise von Berlin am 22. Juni 1911, nach Ermittlung des königlichen Holzprüfungsamts. Marktpreise (Kleinhandel): 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 30,00—50,00. Linsen 20,00—60,00. Kartoffeln 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Ferkelfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,80. Schweinefleisch 1,30—1,80. Kalbfleisch 1,20—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 3,00—4,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,20. Halm 1,60—3,00. Jander 1,50—3,50. Hechte 1,20 bis 2,80. Barfische 0,90—2,40. Schleihe 1,20—3,40. Mele 0,80—1,80. 60 Stück Äpfel 3,00—36,00.

Schuh-Haus „Amerika“ Frankfurter **Billigste Bezugsquelle** Pablo Levy. Allee 157. von **Schuhwaren** aller Art.

Wer
Blitz-Briketts im Hause hat, braucht weder Steinkohle noch Holz.
Toupe, Locken, Zöpfe
billigste Bezugsquelle.
Nur reelle Ware.
O. Kafka, Rixdorf, Erkstr. 3.

Wanzen
tötet unsichtbar mit **Reichels Wanzenöl** „Radikal“. 50 Pf. 1.—, 2.—, 3.—, Liter 5.—. Absolut keimfrei, nicht feuergefährlich. Kein übl. Geruch, nachhaltige Wirkung.
Schwaben
vernichtet mit **Reichels Spezial-Schwaben-Poudre** „Martial“. 50 Pf. 1.—, 2.—, 3.—, 4.—.

Motten
werden ganz sicher vertrieben und vollkommen ausgerottet durch **Reichels Spezial-Mottenpulver** „Total“. Paket 50 Pf. 1.—, 2.—, 3.—. Sprühhapparat von 50 Pf. an.
Einzig echt u. garantiert wirksam **Tob u. Teufel** sam nur i Originalpackungen mit Marke.
in den Drogerien und bei **Otto Reichel**, Eisenbahnstr. 4, Fernspr.-Anschlüsse IV 4751, 4752, 4753.

Verboten
wurde den Soldaten die Lesartüre des in unserem Verlage erschienenen Buches „**Preussischer Romantik**“ von August Winnig. Erzählungen aus dem Soldatenleben. Mit zahlreichen Illustrationen. Preis 1,50 Mark, gebunden 2 Mark. Auch zu beziehen in 10 Lieferungen à 15 Pfennig durch alle Versandstellen des „Vorwärts“ sowie durch die **Buchhandlg. Vorwärts** Lindenstr. 69 (Laden).

Blitz-Briketts
Erstklassig
100 Stk. ab Lager 76 Pf., 1. 10 Pf., 13 St.
1000 Stk. frei Keller 8 20 M.
3000 St. u. mehr fr. Stell. 8 M. 2. 170 St.
Bernh. Raeder, SO33, Zeughausstr. 21.
Detail-Verkauf in meinen 10 Filialen.

Wichtig für Tochter-Hausfrauen u. Schneiderinnen!
Ein neuer Zuschneide-Frei-Kursus
Eintrittszeit bis auf weiteres tägl. beginnt am Montag, den 3. Juli 1911.
Der Frei-Kursus dauert, je nach Vorkenntnissen, 1—6 Monate.
Der Unterricht, welcher durch tüchtige Fachlehrerinnen vollständig unentgeltlich erteilt wird, erfolgt vormittags von 9—11, nachmittags von 2—4 und 5—7, abends 8—9^{1/2} Uhr. Der Lehrplan umfasst das akad. Schnittzeichnen und praktische Zuschneiden aller erdenklichen Damen- und Kinder-Garderobe. Jede Dame arbeitet für sich selbst oder ihren Familienbedarf. Unterrichtstage, Stunden nach eigener Wahl. Anzughausen sind nur Lehrmittel. Hundefurten, Prospekte kostenlos von morgens 8—9 Uhr abends auch Sonntags zu haben.
Zuschneide-Akademie Dir. Abraham
nur Gr. Frankfurter Str. 115, an der Andreasstr.

Bevor Sie
Anzüge
Tuche und Maßsachen kaufen, bitte besuchen Sie erst die **Tuchgesellschaft**, Kottbuser Damm 16/17. Sie sparen dadurch viel Geld und werden entzückt sein. Bei Kauf $\times \times \times \times \times$ wird die Fahrt vergütet $\times \times \times \times \times$



Schick und elegant
kleidet man sich nur bei **M. Katz**
Schneidermeister
Dresdener Str. 76 II.
nahe Thalia-Theater.
II. Geschäft: **Schöneberg, Hauptstr. 150 I.**
Als Spezialität empfehle meine 3 wunder-vollen **Schlager-Anzüge, Paletots** nach Maß zum Preise von Mark 48,00—58,00—68,00 in künstlerischer Vollendung des Sitzes.
Große Lager in deutschen und englischen Stoffen.
Teilzahlungen gestattet.

Hosen-Woche
Außergewöhnliches Angebot. Beginn heute, Sonnabend, 24. Juni.
Stoffhose viele Muster. Serie I M. 1,85
Stoffhose für den Werktag. Serie II M. 2,50
Stoffhose haltbare Qualität. Serie III M. 3,50
Stoffhose sehr haltbar, viele Muster. Serie IV M. 4,50
Stoffhose Strapazierware. Serie V M. 5,50
Stoffhose Kammgarnartig, schick. Serie VI M. 6,50
Stoffhosen großartige Auswahl. Serie VII M. 9,50
Extra-Qualitäten in Kammgarn und Cheviot sehr dauerhaft und gut, von 10,50 bis 19,50 in allen Größen für **schlanke u. sehr starke Figuren.**
Arbeits-hosen von M. 1,10 an.
Arbeits-hosen sehr dauerhaft M. 2,50
Arbeits-hosen Herkules M. 3,50
Arbeits-hosen gestreift Leder M. 2,50 und 4,50
Sämtliche Preise sind deutlich in Zahlen auf jeder Hose gezeichnet und streng fest.
Julius Lindenbaum
141 Große Frankfurter Straße 141
Ecke Fruchtstraße.

Die reellsten und billigsten Möbel
und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassapreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichenberger Straße 5.
Zigarren-Import
en gros en detail
Gustav Adler, Berlin O., Inslerburger Straße 1.
Rein-Schnellberichte.
Starke-Liegen liegen aus!

Die von mir aus der
KONKURS-MASSE der Firma **Paul Schultz Nflg.**
erworbenen Waren:
Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion, Wäsche, Trikotagen, Gardinen
Teppiche, Betten, Kleiderstoffe, Weiss- und Baumwollwaren etc. etc.
verkaufe ich, um schnell damit zu räumen, zum Teil
noch unter Taxpreis!
Der Verkauf findet im alten Geschäftslokal von heute Sonnabend ab täglich von 8—12 Uhr und 2—8 Uhr statt.
Arthur Schlicht, Rixdorf, Berliner Str. 41, eine Treppe.

Warenhaus Hermann Tietz

Von Sonnabend, den 24.
bis Freitag, den 30. cr.

Frankfurter Allee

Sowelt Vorrat

Enorm billiger Verkauf von Strumpfwaren u. Trikotagen

Herrensocken makofarb. 15 Pf.	Schweißsocken grau meliert 15 Pf.	Ersatzfüße ohne Naht, schwarz und leder 15 Pf.
Damenstrümpfe schwarz, Leder } 25 Herren-Socken schwarz, Leder } Schweiss-Socken grau } Pfennig Herren-Socken makofarbig }	Damenstrümpfe durchbroch., feinfarbig } 45 Damenstrümpfe schwarz, Leder } Damenstrümpfe bunt } Pfennig Herren-Socken schwarz, Leder, bunt }	Damenstrümpfe durchbrochen, Flor, schwarz, Leder, feinfarbig } 85 Damenstrümpfe Seidenflor, schwarz, Leder, feinfarbig } Damenstrümpfe bunt, Jacquard } Pfennig Herren-Socken bunt, Jacquard }
Damenstrümpfe schwarz, Leder, feinfarbig } 35 Damenstrümpfe bunt Klemmuster } Herren-Socken schwarz, Leder, makofarbig } Pfennig Herren-Socken geringelt }	Damenstrümpfe Flor durchbrochen, schwarz, Leder, feinfarbig } 65 Damenstrümpfe schwarz, Leder } Damenstrümpfe Ringel u. langgestreift } Pfennig Herren-Socken schwarz, Leder, langgestreift }	Damenstrümpfe durchbrochen, Flor, Blumenmuster } 125 Damenstrümpfe bunt, langgestreift } Damenstrümpfe reine Seide, schwarz, Leder, feinfarbig } Herren-Socken bunt, langgestreift }
Kinderstrümpfe schwarz, led., 1x1 gestr. Gr. 1-5 25 6-9 35 Pf. Kinderstrümpfe bunt geringelt und gestreift, 1. Qual. Gr. 1-3 35 4-6 45 7-9 65 Pf.	Kindersöckchen schwarz, Leder, bunt Gr. 1-5 15 Gr. 6-9 25 Pf. Kindersöckchen bunt mit farb. Rand Gr. 1-5 25 Gr. 6-9 35 Pf.	

Trikotagen

Herren-Hemden makofarbig } 90 Herren-Hosen makofarbig } Herr.- u. Dam.- Jacken echt makofarbig } Pfennig Knab.-Sport-Hemden gestreift Trikot }	Herren-Hemden makofarbig } 135 Herren-Hosen makofarbig } Herr.- u. Dam.- Jacken echt makofarbig } Trikot-Oberhemden mit Perkak-Einsatz }	Herren-Hemden echt makofarbig } 165 Herren-Hosen echt makofarbig } Herren-Sport-Hemden glatt u. gestreift } Trikot-Oberhemden weiss, mit Einsatz }	Herren-Hemden in makofarbig } 190 Herren-Hosen in makofarbig } Herren-Sport-Hemden glatt u. gestreift in allen Farben }
Bunte Garnituren Hose u. Jacke gestreift 1⁹⁰ einfarbig 2⁹⁰	Baumwoll. Untertailen weiss Trikot 65, 45 Pf.		

Glas und Porzellan

Ein Posten Kelchgläser und Becher zum Aussuchen 8 Pf.	1 Waggon weisses Porzellan enorm billig Flache Teller 10 Pf. Tiefe Teller 15 Pf. Abendbrotteller 8 Pf. Kompotteller 6 Pf. Saucieren 45 Pf. Salatieren 28, 38 Pf. Bratenplatten oval 35, 45 Pf. Kaffeetassen 8 Pf.	Obstservice 7 tellig 125 mit apartem Fruchtdekor
Weinglasgarnitur „Breslau“ moderne Form mit Band-Bordüre Rotweingläser . . . 18 Pf. Sektkelche . . . 28 Pf. Rheinweingläser 20 Pf. Likörgläser . . . 15 Pf. Portweingläser . . 17 Pf. Bierbecher . . . 15 Pf. Milchsaaten 7 Pf. Weissbieregläser 20 Pf. Kompotteller 5 Pf. Zitronenpressen . . 7 Pf.	Ein gr. Posten Waschgarnituren besonders preiswert Form Anna 4tellig 95 Pf. Form Memel 5tellig 1⁹⁵ Form Tilsit 5tellig 2⁵⁰ Form Lindau elfenbein mit Gold 2⁷⁵ Form Nerry elfenbein mit Gold 3⁹⁵ Form Driesen elfenbein mit Gold 4⁷⁵	Nur einmaliges Angebot! Küchenservice Hilda Tonne 35 Pf. Flasche 35 Pf. Meste 95 Pf. Gewürztonne . . 18 Pf. Satz Milchtöpfe 6 Stück 1⁵⁰
1000 Weingläser mit moderner Bordüre 20 Pf.	Eimer elfenbein oder weiss mit Bügel 2⁷⁵ Einz. Waschbeck. 95 Pf.	Satz Näpfe 7 tellig 95 Pf. gerippt
		Patent-Einmachegläser „Adler“ 2/3 Liter 28 Pf. 1 Liter 35 Pf. 1 1/2 Liter 38 Pf. 2 Liter 45 Pf. 3 Liter 55 Pf.

Emaile

Schmortöpfe 55, 68, 80, 90 Pf.	Wannen oval 1²⁵ 1⁵⁰ 1⁷⁵ 2⁰⁰
Wannen rund 90 Pf.	Eimer ca. 28 cm grau 70 Pf, blau 80 Pf.
Konsole Sand, Seife, Soda 90 Pf.	Kehrschaufeln gestanzt 38 Pf.

Tollette-Eimer mit Deckel 95 Pf. 1⁷⁵ 2⁰⁰
Ein Post. Wasserleitungsschoner emailliert, weiss und blau 95 Pf. dekoriert 1⁴⁵

Wirtschafts-Artikel

Wasch-Wannen Zink 6⁵⁰ 8⁷⁵ 10²⁵	Wasch-Zober Zink 6⁵⁰ 9⁰⁰ 10⁵⁰
Schaefer's u. Schmidt's Schnell-Waschmaschine 35⁰⁰	
Wäscheleinen 80 Mtr. 1⁷⁵ 40 Mtr. 2²⁵ 50 Mtr. 2⁵⁵ 60 Mtr. 3²⁵	Gasplatten 2 Eisen, 1 Erhitzer 4²⁵
Spiritusplatten 3⁷⁵ 4⁵⁰ 6²⁵	Kohlen-Eisen 2⁷⁵ 3⁰⁰ 3⁵⁰ 3⁷⁵
Aermelplättbretter 38 Pf., zusammenlegbar 65 Pf.	Plättbretter bezogen 95 Pf. 1⁴⁵

Gurkenhobel 45, 60, 70, 75 Pf.	Messingkessel 3⁰⁰ 3⁵⁰ 4⁰⁰
Fruchtpressen 80, 95 Pf.	Picknickdosen 95 Pf.
Spirituskocher 28, 40, 50, 75 Pf.	Petroleumkocher 1³⁵ 1⁵⁰ 2⁰⁰ 2⁵⁰

Ein Post. Aluminium-Geschirr als: Schmortöpfe, Kasserollen, Pfannen etc., für die Reise sehr geeignet 60, 75 Pf.
Ein Post. Glühstrümpfe 3 Stück inkl. Steuer 50, 75 Pf.